

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 3 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal,  
 eingetragene in der Post-Zeitung-  
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen  
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf. für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inletzte für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508,  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Freitag, den 21. September 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### Kohlenwucher.

Ein neuer Raubzug unserer Kohlenherren sieht bevor! In dieser Zeit haben wir alle unsere Augen auf die Finger zu legen und das Volk schon aufmerksam zu machen auf die Pläne der Kohlenwucherer, wenn sie noch in der Reife sich befinden.

Kachschender Artikel des Organs des Kohlenyndikats, der „Arbeit-Weiß-Zeitung“ vom 18. d. M. verdient volle Aufmerksamkeit:

„Die deutschen „organisierten“ Bergleute haben schon seit längerer Zeit schufähig nach Amerika geschaut; der Streik der 142 420 Arbeiter im Anthracit-Kohlengebiet in Nordamerika ist ihnen nicht unerwartet gekommen. Die ganze Welt leidet unter der Kohlennot, und wenn auch der amerikanische Streik für die Kohlenversorgung Deutschlands direkt nicht in Betracht kommt, so wird er doch die Preisreduktion der Kohle in Deutschland verhindern; denn einerseits wird die englische Kohle kaum nach Deutschland ausgeführt werden können — die Hausbrandkohle ist übrigens pro Tonne um 2 Sh. in England vorläufige Woche gestiegen! — und andererseits werden die deutschen Bergleute, weil sie dies wissen, mit immer neuen Forderungen kommen. Wie in Amerika alles einen Riesenumfang annimmt, so ist es auch mit der Kohlenproduktion gewesen; 1880 betrug dort die Kohlenproduktion 100 Millionen Tonnen, 1890 141 und 1899 225 Mill. Tonnen gegen 220 in England, und 101,6 in Deutschland. 1890 tritt Amerika als Kohlen exportierendes Land auf, es ist freilich nur 1 Million Tonnen, die es in diesem Jahre versieht, 1899 sind es bereits 5 Millionen; für jetzt lagen in Amerika größere bindende Abschlüsse mit englischen Kohlenhändlern vor. Von den im letzten amerikanischen Bistoffjahre ausgeführten Kohlen kamen nur 2003 Tonnen auf Deutschland; es tragen sich große amerikanische Kohlenindustrielle ebenfalls mit der Idee, die Kohlenausfuhr nach Deutschland in viel größerem Maßstabe zu betreiben. Von den 62 204 885 D.-C. Kohlen, die Deutschland im Jahre 1899 von auswärts empfing, kamen 5 964 764 auf Belgien, 168 366 auf die Niederlande, 6 187 201 auf Oesterreich und 48 735 545 auf England; dieses englische Quantum muß sich naturgemäß verringern, wenn England der in Calcül gezogenen Zufuhr aus Amerika entbehren muß; der Beschluß unseres Staatsministeriums wegen der Kohlen-tarifiermäßigung wird, wenn der amerikanische Streik lange andauert, leider (!!) ein Schlag ins Wasser werden. Die Mäßigkeit der deutschen Bergleute, soweit sie der Fühne Schröders, Müllers, Sachses folgen, ist zur Zeit eine ganz enorme; sie behaupten, daß angefaßt der Kohlennot der Ruf: Verstaatlichung der Bergwerke, so populär wie nur möglich sei und die weitesten Kreise mobil machen werde. In einer Art Aufmarsch, die Verstaatlichung der Bergwerke“, schreibt das Verbandsorgan: „Die Bergwerksverstaatlichung wird kommen, das ist so sicher, wie die Erde sich dreht. Die freiorganisierten Bergleute haben sicher nichts dagegen einzuwenden. Bisher haben wir uns passiv gehalten.“ Aus dieser Passivität sollen die Bergleute nun heraus. „Einer volkswirtschaftlich notwendigen Maßregel sich widersetzen, kann nur derjenige, dem am Gemeinwohl nichts gelegen ist.“ In der nächsten Zeit soll es in den Bergwerksvereinen an Volks-versammlungen mit der Tagesordnung: Verstaatlichung der Bergwerke“ wimmeln; der amerikanische Streik hat die Mäßigkeit noch erhöht; zweifellos verdient angesichts der Kohlennot die Bergarbeiterbewegung die denkbar größte Aufmerksamkeit.

Was bezweckt die plumpe Stimmungsmache? Nichts anderes als die Vorbereitung einer neuen Kohlenverteuerung!! Da das Publikum gegen den Kohlenwucher mit Recht schon sehr aufgebracht ist, muß der Versuch gemacht werden, die Bergarbeiter zu demütigen als ständig Forderungen, daher Kohlenverteuerer. Daher der an den Haaren herbeigezogene „Zusammenhang“ der deutschen Bergarbeiter-Bewegung mit dem amerikanischen Streik bezug der Kohlenbergbau-Verstaatlichung.

Wie sieht's mit diesem Zusammenhang? Schon seit nahezu 2 Monaten beschäftigen sich vornehmlich die Ruhr-Bergleute mit dem von der „Industrie“ ausgeplanten Projekt der Kohlenherren, ein Lohnrücker-Kartell zu bilden. Als diese Bewegung anhub, da war noch keine Rede von einem amerikanischen Kohlenbergbau-Streik. Derselbe wird erst seit etwa 14 Tagen in der Presse erörtert, die Bergarbeiter-Versammlungen haben noch keinen Bezug auf ihn genommen. Wohl aber protestierten sie gegen die Behauptung der Bergpresse, sie, die Arbeiter, hätten durch ihre Wegezähigkeit den Kohlenwucher gereizigt. In den Arbeiter-versammlungen konstatierten praktische Kohlengräber, daß sie seit Jahr und Tag keine Lohnrückhöhung erleben! Sie stellten fest, daß sogar in ganzen Werksabteilungen allgemeine Lohnreduktionen stattfanden! Die Unterbeamten hätten sie gerechtfertigt mit dem „Ablauf der kalten Zeit“. Die vereinzelten Lohnrückhebungen seien nichtsbedeutend gegenüber den ständig anhaltenden Bedingeverkürzungen! So sprachen sich die hauptbeteiligten Arbeiter aus in Versammlungen im Dortmund, Bochumer, Gelsenkirchener und Essener Bergrevier. In der Essener Bergarbeiter-Versammlung erzählte ein Bergmann, daß er 1895 für den 10-Centner-Wagen Kohle 2 Mk. erhalten; heute seien es 12 Centner-Wagen und noch immer gebe es nur 2 Mk. Wenn nicht massenhafte Ueberführungen verfahren werden dürften, dann wäre der Lohn heute nicht höher wie früher.

Will die Bergpresse diese vor aller Öffentlichkeit gethanen Arbeiterauslagen läugerisch nennen? Mag sie es thun, aber an

der Unwahrheit der Anschulldigung, die Arbeiter würden die „günstige Konjunktur“ ausnützen zu „immer neuen Forderungen“, wird nichts geändert.

Gewiß haben die Arbeiter Forderungen aufgestellt — aber sie sind unerfüllt geblieben. Eben werden zum Glück die amtlichen Lohnangaben der preussischen Grubenarbeiter für das 2. Quartal d. J. veröffentlicht. Unsere Leser erinnern sich, daß im Laufe des J. die Kohlenpreise mehrfach stiegen. Was haben die Bergarbeiter davon erhalten? Es verdient nach amtlicher Ermittlung die Kohlengräber pro Schicht (in Mark):

	I. Quartal	II. Quartal	Jahresdurchschnitt
Oberschlesien	3,08	3,09	2,87
Niederschlesien	2,90	2,95	2,80
Ruhrrevier	4,11	4,17	3,96
Saarbezirk	3,54	3,54	3,46
Kächener Bezirk	3,69	3,68	3,45

Diese Tabelle redet gegen den Kohlenwucher eine laute Sprache! Gerade ab 1. April d. J. sind die Kohlenpreise erheblich verteuert worden seitens der Werksbesitzer! Die Ruhrkohle ist ab 1. April um durchschnittlich eine Mark höher angelegt worden vom Kohlenyndikat! Und die Ruhr-Bergleute haben ganze 6 Pf. pro Schicht mehr erhalten von der Preisrückhöhung!!! Da durchschnittlich pro Kopf der Belegschaft beinahe eine Tonne Kohle pro Tag gefördert wurde, so kann sich manmehr jeder selbst nachrechnen, wo die Kohlenwucherer zu suchen sind.

Hochinteressant ist auch die Angabe der verfahrenen Schichten. Wird doch von Pastor Hülle bis zum Oberbergvater Bachler behauptet, daß die Kohlennot nicht zuletzt zurück zu führen sei auf die Unlust (um nicht zu sagen Faulheit) der Bergleute, die notwendigen Schichten zu absolvieren. Antisch wird nun angegeben, daß pro Arbeiter Schichten gezählt wurden in

	I. Quartal	II. Quartal
Oberschlesien	71	62
Niederschlesien	77	74
Saarbezirk	74	71
Burmberg	77	76
Ruhrrevier	80	77

Da im ersten Quartal 77 „eigentliche Arbeitstage“, im zweiten nur 76 waren (hierbei sind sämtliche kirchliche Feiertage an der eigentlichen Sonntagen als „Arbeitsstage“ gezählt, so haben die Arbeiter nicht nur regelrecht ihre Schichten eingehalten, sondern es sind auch noch massenhafte Ueberstunden gemacht worden. Und gerade dort, wo am lautesten über die „Bimmelrei der Bergleute“ gejammer wird, im Ruhrbezirk, ist das Uebersehen am kräftigsten ausgebildet! Die Oberschlesier werden sich wundern, daß sie so wenig Arbeitstage hatten; die Saarbergleute sind ja zum Glück „gut erzogen“. Daß gerade die Ruhrbergleute, die Niederschlesier und Burmberggräber, die bewußtlich von den „wählenden Agitatoren“ „zur Faulheit“ erzogen werden, weil über die normale Schichtzahl verfahren, wie werden das die Gegner der Arbeiter zurechtweisen?

Hier sieht also nach amtlichen Angaben, daß die Kohlengräber nur Pfennige einheimsten, wo die Kohlenpreise sich um Marken erhöhten. Hier sieht, daß die Forderungen der Arbeiter nicht bewilligt wurden, und dennoch soll das deutsche Volk auf der Hut sein, vor — den Kohlengräbern, die „jetzt wieder mit weiteren Forderungen kommen werden“, um den amerikanischen Streik auszunutzen! Es ist ein Landauf!

Lasse sich das Publikum nicht einfassen! Bei den Bergleuten ist keine Rede von „weiteren Forderungen“, da sie wie die früheren doch nicht bewilligt wurden, dank der systematisch seit Jahrzehnten betriebenen Zersplitterung der Arbeiter. Wenn die Kohlenherren den amerikanischen Streik zu Kohlenpreisrückhebungen ausnützen, so ist das durch nichts gerechtfertigt! Weber erhalten die Arbeiter höhere Löhne, noch wird die englische u. a. Kohle in höherer Maße ausbleiben! Denn erstens hinderten ja die sehr hohen Frachtpreise die amerikanischen Kohlenherren bisher, ihren gewaltigen Kohlenüberschuß nach dem europäischen Festlande zu exportieren; derselbe Vehründerungsgrund besteht natürlich auch für die Engländer. Zweitens liegt das amerikanische Eisengewerbe so stark darnieder, daß diese bedeutendste Abnehmerin der Kohle ungeheure Quanten derselben entbehren kann. Also wird so bald in Amerika nicht von einer „Kohlennot“ die Rede sein. Ja es besteht die begründete Ansicht, daß die amerikanischen Bergwerksbesitzer angesichts der eingetretenen Geschäftslähmung den Streik der Arbeiter provocieren! Und wir sind der festen Ueberzeugung, daß den kontinentalen Kohlenwucherern kein größerer Gefallen geschehen könnte, als wenn die deutschen Kohlengräber in Rußland freizügig! Deshalb wird der Haupteitel in der „Arbeit-Weiß-Zeitung“ veröffentlicht? Deshalb werden dort Behauptungen über die Absichten der deutschen Bergleute aufgestellt, die jeder Begründung entbehren!!

Das deutsche Volk möge die Augen aufhalten. Die Staatsregierung sollte endlich einmal energisch eingreifen, damit dem Treiben der Spekulant ein harter Riegel vorgeschoben wird. Denn daß die Aufhebung bezw. Ermäßigung der günstigen Frachtpreise für Kohlenfahren ein Schlag ins Wasser ist, haben die Organe der Kohlenherren höhnend wie immer schon den Kohlenverbrauchern mitgeteilt.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. September.  
 Wilow-Reskame.

Die auswärtigen Regierungen mehren den Ruhm des Grafen Wilow durch Verzögerung ihrer Antworten auf sein Cirkular-Telegramm. Jeder Tag, der ohne Beantwortung der Note verstreicht, giebt dem Telegraphenbureau Gelegenheit, Zeitungsäußerungen zu häufen, die das Cirkular als staatsmännische Großthat feiern. Die Wilow-Reskame nimmt Dimensionen an, daß sie bald die Waldersee-Reskame in Schatten stellen wird.

O. gewiß, die deutsche Chinapolitik eilt von Erfolg zu Erfolg. Erst kündeten wir, daß unsere deutsch-christlichen Hohen auf Pekings Mauern wehen sollen. Die Presse des Inlands und Auslands jubelte. Aber wir kamen zu spät und die japanischen Fahnen flatterten auf Pekings Mauern. Dann stellten wir den Weltfeldmarschall als Oberkommandierenden in China. Wieder großer Preßpektakel ob der genialen Chinapolitik Deutschlands; ja, in diesem Fall nicht nur Preßpektakel, sogar Zustimmung aller fremden Kabinette. Leider aber erklärten wenige Tage später verschiedene der zustimmenden Mächte: Unser Kriegswort ist gethan, wir nehmen unsere Soldaten zurück. Jetzt bringt Wilow die ganze Weltgeschichte, die schon fast verfahren schien, wieder in Schwung. Ungeheurer Preßlärm: Der unge Wilow, der vorsichtige Wilow, der energische Wilow, der große Wilow.

Was jetzt hat noch keine Regierung die nav-drollige Note unseres Auswärtigen Amtes beantwortet. In Washington findet heute, Donnerstag, eine Kabinettsitzung statt, in der über die Antwort beraten wird. Londoner Blätter melden, das Staatsdepartement der Vereinigten Staaten werde den deutschen „Vorschlag“ in un-günstigster Sinne beantworten; wenn auf der deutschen Vorbedingung der Auslieferung der Anstifter und Leiter des Aufstands bestanden werde, so würde Amerika aus dem Konzert der Mächte austreten und selbständig mit China verhandeln. Wie zweifeln an der Richtigkeit dieser Meldung der Londoner Blätter. Die amerikanische Regierung wird sicherlich sehr entgegenkommend antworten. Was sie thun wird und was die anderen höflichen Beantworter der Note thun werden, das ist eine andre Frage.

Die deutsche Chinapresse erneuert ihren Anmut wider uns ob unserer hartnäckigen Verschleppung gegen die ausgezeichnete Wilow-Politik. Der „Hamb. Corresp.“ eskreut uns durch die Auerkennung unserer „gewohnten Nichterregbarkeit“, in der wir uns über die Note ausgelassen hätten. Die „Köln. Ztg.“ bemüht sich um eine Widerlegung unserer Kritik; sie läßt sich aus Berlin telegraphieren:

„Durchaus abfällig, wie das zu erwarten war, spricht sich der „Vorwärts“ aus und zwar in wesentlichen, weil er meint, auch die Befanden in Peking hätten nicht die geringste Ahnung, wer eigentlich die Anstifter der Verbrechen gewesen seien. Niemand vermöge überhaupt Auskunft über die Schuldigen zu erteilen, und selbst die Befanden, denen jetzt auch der Telegraph zur Verfügung stünde hätten sich über die Schuldfrage ausgeschwiegen. Der „Vorwärts“ muß wohl über die Berichte der Befanden ganz besonders gut unterrichtet sein, aber wenn auch Befandensberichte mit formellen Anschuldigungen einzelner Persönlichkeiten nicht in die Öffentlichkeit gedrungen sind, so schließt das doch keineswegs die Möglichkeit aus, daß sie vorhanden sind.“

Die „Köln. Ztg.“ ist Vertraute der intimsten Geheimnisse der chinesischen Abteilung des Auswärtigen Amtes. Vielleicht verriet sie gelegentlich die Gründe des absoluten Schweigens der Mitglieder der deutschen Gesandtschaft in Peking; wenn auch Berichte dieser für die deutsche Regierung nächsten Gewährungsmänner „mit formellen Anschuldigungen einzelner Persönlichkeiten nicht in die Öffentlichkeit gedrungen sind, so schließt das doch keineswegs die Möglichkeit aus, daß sie vorhanden sind“. Also heraus damit! Welch schändes Sämen, wenn man die chinesischen Wüstlinge kennt und ihnen immer längere Frist gewährt, die Spuren ihrer Thaten zu beseitigen und sich selbst in Sicherheit zu bringen.

Vielleicht sind einige der Mächte aber in der That so liebenswürdig, einige hohe chinesische Beamte und Militärs als Schuldige zu bezeichnen. Was dann? Diese Schuldigen haben sich vielleicht einige tausend Meilen in das Innere des Landes zurückgezogen. Dafür aber landet ja alsbald Generalissimus Waldersee. Der wird sie schon fassen.

Graf Waldersee nähert sich dem Schauplatz seines Zukunftsbums. Schon wird aus Shanghai bedeutames von ihm berichtet. Das Scherblatt, ein durchaus würdiges Instrument zur Verlebändung Wilowischer und Walderseeischer Thaten, meldet aus Shanghai:

„Hier werden große Vorbereitungen für den Empfang des Grafen Waldersee getroffen, der am Vord des Kreuzers „Hertha“ am Freitag eintrifft und eine Parade über alle fremdländischen Truppen abnehmen wird. Die Häuser werden festlich geschmückt. Graf Waldersee bleibt 24 Stunden hier und steigt bei dem deutschen Befanden v. Munst ab. Dann geht er seine Reise nach Norden fort.“

Die Wilow-Reskamen und die Waldersee-Reskamen beginnen nun also in Wettsireit zu treten. Das deutsche Volk wird dieses Schauspiel modernster Staats- und Kriegskunst mit gebührender Achtung betrachten.

Die Parade „über alle fremdländischen Truppen“ dürfte übrigens nicht allzu glänzend ausfallen. Außer einer stärkeren englischen Truppe stehen in Shanghai nur ganz geringfügige



Militärausgebote einiger anderer Mächte. Für einen Generalissimus ist das nicht viel.

Unter den sind die Truppen in Petschili, sogar die deutschen, so grausam, auch ohne Waldersee sich neue Glorie an Vorgeleichen zu erwerben. Es liegen hierüber folgende Nachrichten vor:

**London, 20. September.** Dem „Mentersch Bureau“ wird aus Peking unter dem 12. d. M. telegraphiert: Die Kolonne des Generals von Höpner tritt am 11. September früh die Stadt Liang-Hsiang an. Der Ort war voll von Bogern und Kaiserlich Chinesischen Truppen und wurde zunächst von der Artillerie Höpners beschossen. Die Thore wurden mit Dynamit gesprengt, und nun entspann sich ein Straßenkampf, 5000 Chinesen wurden getödtet.

**Taku, 20. September.** Die Verbündeten griffen heute früh die Forts bei Peking an. Eine heftige Kanonade dauerte an. Nach einer weiteren Nachricht haben die „Verbündeten“ die Peitang-Forts bereits eingenommen, dabei aber erhebliche Verluste gehabt.

Wenn man alle Chinesischen Orte, die voll sind von Bogern und Truppen, erobern will, so kann man noch manche That in China verrichten.

Die Ansichten auf Friedenserhebung, auf Rückkehr unserer Soldaten, auf Einhalt der Geldbergendeung werden bei alledem täglich schlechter. Aber was thut das? Der Ruhm Pälowscher Staatskunst schwillt bis zu den Sternen.

**Die Chinafreiwilligkeit** wird demnächst vor der Strafkammer in Erfurt behandelt werden. Unser dortiges Parteiblatt hatte die Keuherung eines Soldaten vom 3. bayrischen Infanterieregiment wiedergegeben, der behauptet hätte, er gehe sehr ungern nach China; er habe sich gar nicht freiwillig gemeldet und sei gar nicht gefragt worden.

Dadurch fühlte sich der Kommandeur des Regiments beleidigt und stellte Strafantrag. In dem Termin, der dieshalb schon stattfand, gab selbst der Staatsanwalt zu, daß der Soldat die Keuherung gethan habe; doch seien dessen Behauptungen falsch. Das Kommando habe im Gegentheil alles gethan, um nur Freiwillige zu bekommen.

Die Verhandlung wurde vertagt, um eine Anzahl Teilnehmer der Expedition zu vernehmen.

Es wird also zu einer ausführlichen Erörterung darüber kommen, ob die Chinafahrer alle freiwillig begeistert waren!

**Ein willkommenes Vorschlag.** Nach Mitteilungen einer Berliner Korrespondenz hat die Chinapolitik bei den diesjährigen Entlassungen der Reservisten dieselbe Rolle wie sonst vielfach die Warnungen vor der „vaterlandslosen Socialdemokratie“. Vielleicht lag eine allgemeine Anordnung höherer Kommandostellen vor. Die Korrespondenz berichtet:

„Bei den diesjährigen Abschiedsreden bildete der China-Krieg ein Hauptmoment. Die Chefs wiesen auf die kriegerischen Verwicklungen hin und forderten die Leute auf, bei ihrer Rückkehr in die Heimat dahin zu wirken, daß die Abgeordneten, welche von der Chinapolitik nichts wissen wollten, von dem guten Willen des Kaisers überzeugt würden und den Forderungen der Regierung zustimmten. „Leute“, hieß es in einer solchen Rede, „unser Bräuer und Kammeraden sind draußen im Felde. Ich kann Euch versichern, daß noch Nachschüsse für China nötig und geplant sind. Ergeht an Euch der Ruf zur Bildung eines Freiwilligen-Corps, so stellt Euch alle, Mann für Mann, Eurem Kaiser, Eurem Vaterland, um hinauszugehen und einzutreten für das Recht und die Ehre des Deutschen Reichs.“

Es ist fast, als wären die Soldaten während ihrer letzten Dienstmonate gründlich in die Mythen der Chinapolitik eingeführt, daß man die Aufgabe sieht, die oppositionellen Abgeordneten zur China-Begeisterung zu belehren. Der Vorschlag ist und willkommen; im Lauf der nächsten Zeit wird den Reservisten vielerorts in öffentlichen Versammlungen Gelegenheit geboten sein, Belehrungsversuche zu unternehmen. Mögen sie nur zahlreich erscheinen.

**Ein Jahr Gefängnis für ein Wort.** Wir teilten gestern bereits mit, daß in Erfurt der verantwortliche Redacteur unseres dortigen Parteiblatts, Genosse Richard Levy, wegen Majestätsbeleidigung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und sofort in Haft genommen worden ist. Es handelt sich um den Abdruck eines Witzes aus einem Witzblatt.

Von einer Majestät ist in der Witz keine Rede, aber so etwas ist auch heute nicht nötig zu einer Verurteilung wegen Majestätsbeleidigung, es genügt ja vollkommen, daß Staatsanwalt und Richter annehmen, jemand habe eine Majestätsbeleidigung begangen wollen. Da die Verhandlung unter vollständigem Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, erfährt man auch nichts über die Konstruktion des Urteils. Jedenfalls ist es eine ganz außerordentlich harte Strafe und das erschreckende Urteil ist sehr geeignet, auf neue zu beweisen, wie notwendig die Aufhebung des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen ist.

Gegen das Urteil ist Revision angemeldet. Auch ist Kaution angeboten worden, um die vorläufige Entlassung des Verurteilten zu erreichen.

**Ein Ordnungshohle.** In Harburg existiert unter dem Namen „Wirtschaftlicher Schutzverband“ eine anonyme Gründung, die die Bekämpfung der Socialdemokratie und die Rettung des Mittelstands auf ihre Fahne geschrieben hat. Diese Ordnungshohle veröffentlicht in Harburger Blättern folgendes Inserat:

**W. S. H.**  
Wirtschaftlicher Schutzverband  
bittet seine Mitglieder, sowie alle nicht socialdemokratischen Einwohner des Stadt- und Landgebiets Kenntnis davon zu nehmen, daß nachstehende Firmen  
Julius Marcus, 1. Wilsdorferstr. 15,  
Fedor Eger (vorm. Gebr. Behr), Lüneburgerstr. 16,  
Julius Weintal, Sand 11,  
trotz mehrfacher Bitte das hiesige socialdemokratische „Witzblatt“ durch Inserate unterstützen und dadurch den socialdemokratischen Parteien liefern.  
Wirtschaftlicher Schutzverband.

Wenn wir einen Gastwirt hochtönnen, weil er uns seinen Saal zu Versammlungen verweigert und dadurch dazu beiträgt, uns die Ausübung des Versammlungsrechts unmöglich zu machen, wenn wir in der Polizeivacht zu diesem einzigen uns zu Gebote stehenden Mittel gegen polizeiliche oder ordnungsparteiliche Chikanen greifen, so ist das Befahren über Terrorismus groß; vielerorts werden sogar diese Bonfotter gerichtlich bestraft. Einen Geschäftsmann aber zu bonfotterieren, weil er in einem nichtsocialdemokratischen Blatte inseriert, wird keinem Socialdemokraten einfallen, weil das eine ganz verwerfliche Handlung ist.

Wird man auch hier über Terrorismus schreiben?

**Noblesse oblige.** Der „Dresdener Zeitung“ wird aus Weutchen a. O. geschrieben: Trotz der vielen Klagen seitens der die hiesige Fährte passierenden Fuhrwerksbesitzer über die jenseits der Oder jeder Verschreibung spottenden Fährpassage hat die Fürstlich Carolathische Verwaltung, obgleich dieselbe vertragmäßig zur Instandhaltung verpflichtet ist, sich immer noch nicht dazu bequemen können. Der im Reich von Jahre 1858 enthaltene Paragraph lautet dem „Niederhessischen Anzeiger“ zufolge wörtlich: „Das Majoratsfürstentum Carolath-Weutchen ist verpflichtet, das der Weutchner Oberfähre gegenüberliegende rechtsseitige Oberufer zu bauen. Es bleibt daher auch das Fürstentum für alle Zukunft verpflichtet, den Uferbau auf der rechten Oberseite so herzustellen, daß die Anlegung des Oberfährahms daselbst und die Passage möglich ist.“ Ihre vermeintlichen und wirklichen

Rechte verstehen unsere adligen und fürstlichen Herren schon besser zu erfüllen. Demers: Die Zustände der unter gütsherrlichem Protektorat stehenden Dorfschulen.

**Christliche Duldsamkeit.** Vor einiger Zeit wurde aus München gemeldet, daß der dortige Lehrer Kerschkeiner von der katholischen Kirche exkommuniziert werden sollte, weil er das fürwärtige Verbrechen begangen hat, eine „Kerberin“, d. h. eine Protestantin zur Frau zu nehmen. Jetzt wird zu diesem Fall berichtet, daß Erzbischof v. Stein des konfessionellen Friedens wegen und weil er das Odium in der ganzen Sache nicht auf sich nehmen wollte, sich entschieden geweigert hat, Kerschkeiner in aller Form zu exkommunizieren. Uebrigens ist jetzt außer dem Oberlehrer Kerschkeiner noch zwei weiteren Münchener Lehrern, welche in Mischebe leben und ihre Kinder nicht in ihrer katholischen Konfession erziehen lassen, vom erzbischoflichen Ordinariate eröffnet worden, daß ihnen die Erteilung des Unterrichts in Religion und biblischer Geschichte unterzogen werde, weil sie der „größeren Exkommunikation“ verfallen seien. Es sind das die Lehrer Gschwald von der Simultanschule II und Kilbert von der katholischen Ludwigschule. Die beiden Lehrer leben seit ungefähr zwei Jahrzehnten in dieser gemischten Ehe und haben diese langen Jahre hindurch unbeanstandet Unterricht in Religion und biblischer Geschichte erteilt.

**Socialdemokraten dürfen nicht Chauffeurwalzen.** Die Königsberger Volksstimme“ erzählt von Terrorismus, der eines komischen Verzeichnisses nicht entbehrt. Ein Parteigenosse in Senzberg in Preußen wird von einem Unternehmer seit Jahren mit Chauffeurwalzen beschäftigt und hat diese Arbeit stets zur Zufriedenheit ausgeführt. Eines Tags erschien der Kreisbaumeister bei dem Unternehmer und verlangte, daß er den Arbeiter von dieser Arbeit wegnähme, weil er Socialdemokrat sei. Auf seiner Strede dürfe kein Socialdemokrat walzen.

Der Unternehmer mußte dem zwar nachkommen, schließlich wurde der Arbeiter aber auf Veranlassung des Chauffeurwalzen doch wieder an die Walze gestellt, weil kein so zuverlässiger Arbeiter zu finden war. Am nächsten Tage erschien jedoch der Herr Landrat und verlangte, daß der Socialdemokrat von der Walze fortgeschickt werde. Auf die Anwendung des Aufsehers, daß sämtliche Arbeiter von Senzberg und umgehend Socialdemokraten seien, erwiderte der Landrat: Wenn es schon so weit ist, dann muß der Mann erst recht aufhören, denn er hat die andern so weit gebracht.

Es blieb nichts weiter übrig, als den Mann endgültig zu entlassen. Es wirkt außerordentlich komisch, daß man selbst für das Chauffeurwalzen eine Gefahr in der socialdemokratischen Gesinnung der Arbeiter erblickt. Das Gerücht an dem Vorgang ist aber, daß ein tüchtiger Arbeiter, der jahrelang zur Zufriedenheit gearbeitet hat, selbst gegen den Willen seines Unternehmers auf Veranlassung staatlicher Organe aus der Arbeit entlassen werden muß, lediglich seiner politischen Gesinnung wegen. Er hat nicht, rein gar nichts verbrochen; er gehört einer Partei an, der Mission seiner Klaffenangehörigen angehört, die ihre Vertreter in allen parlamentarischen Körperschaften auf Grund rechtens hat, und dafür muß er aus der Arbeit entlassen werden, weil das einem Landrat so gefällt. Ist das kein Terrorismus?

**Karlruhe, 19. September.** (Fig. Ver.) Als vor einigen Tagen die „Frankf. Ztg.“ die Nachricht brachte, im badischen Ministerium stünden Veränderungen bevor, der Großherzog beabsichtige, die Regierungsbehörden seinem Sohn zu übertragen und die Minister Röll und Eisenlohr wollten zurücktreten, da erklärte die gesamte nationalliberale Presse Baden diese Nachricht als lächerlich. Gestern abend nun brachte die „Karlsruher Zeitung“, der amtliche Monitor der badischen Regierung, die Mitteilung, daß Minister Eisenlohr am 15. September, also an dem Tage, an welchem die „Frankf. Ztg.“ die oben citierte Mitteilung brachte, vom Großherzog die erbetene Entlassung bewilligt erhalten hat. Ob die andern Einzelheiten der Meldung der „Frankf. Ztg.“ sich bewahrheiten, wird ja die nächste Zeit lehren; so sehr unwahrscheinlich klingt die Meldung nicht.

Minister Eisenlohr, durch seine kleinlichen Polizeipraktiken gegen unsere Partei, wie durch seine schroff ablehnende Haltung gegenüber der Forderung auf Einführung des lautlosen direkten Landtags-Wahlrechts weit über die Grenzen Badens hinaus bekannt, war als Verwaltungsbeamter zweifellos tüchtig und vor allem fleißig. Als Politiker aber war er ein Reaktionsär durch und durch. Sein Auftreten im Landtag gelegentlich der politischen Debatten hatte immer etwas Schreffes, Provogzierendes an sich. Gegen die Oppositionsparteien war er thätlos, wohingegen er der nationalliberalen Partei mit Leib und Seele zugewandt war. Die ihm unterstellten Beamten haben sich mit der Zeit zu einem Heer nationalliberaler Wahlfahrer angebildet. Eisenlohr ließ bei jeder Wahl den ganzen Beamtenapparat für die nationalliberale Partei in Bewegung setzen. Ohne diese Unterstützung wäre die Partei „Dreißigste“ in Baden ebenso todt darn, wie jetzt in der Pfalz. Darum trifft der Rücktritt Eisenlohrs diese Partei auf das allerschwerste. Immerhin noch und zerfallen, vermochte nur der kolossale Einfluß Eisenlohrs diese Partei noch einigermaßen zusammenzuhalten.

Der Nachfolger Eisenlohrs ist der Präsident des Verwaltungsgerichtshofs Dr. Schenk. Dieser war bis vor zwei Jahren Ministerialdirektor im Ministerium Eisenlohr. Er ist ebenfalls nationalliberal, doch gehört er nicht zu der intransigenten Richtung. Dr. Schenk ist nebenbei auch etwas christlich-social angehaucht. Als Mitglied der ersten Kammer vertrat er stets den Standpunkt der Regierung. Ein Schienwechsel tritt mit der Ernennung Schenks also nicht ein. Inwieweit der neue Minister sich der politischen Praktiken Eisenlohrs gegenüber unserer Partei bedienen wird oder ob er ganz davon absehen wird, die Politik der Radikalität fortzusetzen, wird ja die nächste Zukunft lehren. Auch über die Stellung Dr. Schenks zur Forderung des lautlosen direkten Landtagswahlrechts ist nichts Genaues bekannt. Wir haben nur wenig Hoffnung, daß Dr. Schenk in dieser Beziehung eine andere Stellung einnehmen wird, als sein Vorgänger. Schon der Umstand, daß Dr. Röll, der Staatsminister und Freund Eisenlohrs, die beide den gleichen politischen Standpunkt vertreten, nicht mit Eisenlohr gegangen ist, läßt wenig Hoffnung, daß es in Zukunft besser wird, wie in der Vergangenheit. Wie dem auch sei, die Opposition wird ihren Kampf für die Eringung des lautlosen direkten Wahlrechts nicht eher einstellen, als bis dasselbe errungen ist. Giebt der neue Minister nicht nach, dann dürfte seine Ministerherrlichkeit nicht gar lange dauern. Mit der dominierenden Stellung des intransigenten Nationalliberalismus ist es auch in Baden endgültig vorbei.

**Herr von Puttkamer, der Diktaturminister, in Rötten.**

Aus Straßburg i. E. wird uns vom 19. d. M. geschrieben: Wenn nicht alle Feinden trügen, wird das Hühnchen, welches das Diktaturministerium Puttkamer mit dem Herausgeber des „Erfasslichen“ Journal des Colmar, Reichstags-Abgeordneten Parrer Wetzels, von der Wälder Reichstagswahl her noch zu rupfen hat, für alle Zeiten ungerupft bleiben. Der Hühner des beiden Herren ist bekanntlich auf die vielgenannte Wahlerählung des neuen Wälder Reichstags-Abgeordneten Schumberger zurückzuführen. Diese Entfaltung gab Herrn Wetzels in seinem „Journal des Colmar“ Veranlassung zu scharfen Angriffen gegen das Ministerium Puttkamer und diesem zu einem in entschiedenem Tone gehaltenen Dementi in der amtlichen „Straßburger Korrespondenz“, das mit der Verschönerung schloß.

Herr Schumberger werde übrigens Gelegenheit haben, in dem gegen den Redacteur des „Journal des Colmar“ in dieser Angelegenheit eingeleiteten Strafverfahren den Widerspruch zwischen den verschiedenen ihm zugeschriebenen Keuherungen aufzuklären.

Wir wiesen im „Vorwärts“ bereits damals darauf hin, daß der Puttkamer-Wetzelsche Konflikt nicht allzu tragisch zu nehmen sei. Diese unsere Auffassung von dem ausgeprochenen Friedensbedürfnis des sonst so freisinnigen Ministeriums Puttkamer hat in den That-

sachen eine kräftige Stütze gefunden. Heute Mittwoch sollte vor der Strafkammer des Landgerichts Colmar der mit so großer Spannung erwartete Prozeß Wetzels zur Verhandlung kommen. Von Seiten des Angeklagten waren die Beweiszeugen geladen, die Zeitschriften der Reichsminister waren zum Entwurf des diktaturpolitischen Stimmungsbildes haarigst gespickt. Da wird ihnen allen in letzter Stunde mitgeteilt, die Sache sei auf Grund des kaiserlichen Ministeriums vertagt, auf unbestimmte Zeit vertagt worden. Es war natürlich niemand auch nur einen Augenblick im Zweifel darüber, daß derjenige alt, sehr alt werden könne, der nur noch auf den gerichtlichen Austrag der Sache warten wollte.

Was sollte mit der Klage denn auch bezweckt werden? Die Person des bösen Herrn Wetzels war in der ganzen Angelegenheit ja völlig nebensächlich. In den Vordergrund des allgemeinen Interesses trat vielmehr allein Herr Schumberger, der neue ordnungsparteiliche Reichstags-Abgeordnete von Wälderhausen. War dieser in der Lage, für seine kühnen erregende Wahlerählung im Verfahren gegen Wetzels den Beweis der Wahrheit zu erbringen, so war die Niederlage des Ministeriums eskalant; gelang ihm dies nicht, entpuppte sich also jene „Entfaltung“ als ein plummes Wahlmanöver, dann hätte die Regierung ihren eigenen Schilling, den „glorreichen“ Ueberwinder der Socialdemokratie, den Träger des „Reichsgedankens“ und Verteidiger der deutschen Weltmachtspolitik im Wahlkampf gegen die vaterlandslosen Umstürzler, vor seiner Wählerchaft aufs schälimste discreditiert, seine politische Karriere ein für allemal vernichtet und damit die ganze laure Mäße der ordnungsparteilichen Wohlthäter ihres Preises beraubt. Die Niederlegung seines kaum erkämpften Mandats war dann für Herrn Schumberger ein Gebot des primitivsten politischen Aufstands. In beiden Fällen waren also die Socialdemokraten die einzigen, die zu aufrichtiger, durch nichts getrübtter Freude am Ausgang der Sache Anlaß haben konnten.

Das Dilemma war zum Verzweifeln. Die heutigen Stimmen der oppositionellen Presse des Landes beweisen bereits, daß der Schlich lässlich micklungen ist. Einzig und allein die regierungsoffiziöse „Straßburger Post“, sonst so gut und rasch unterrichtet über alles, was an maßgebender Stelle in der Landeshauptstadt geschehen und gelassen wird, sie hat vom Kläglich der Puttkamer noch keine Kunde.

Es ist eben nicht immer angenehm, „offiziös“ zu sein.

### Ausland.

#### Arbeitsräte in Frankreich.

Der französische Handelsminister Millerand hat dem Präsidenten der Republik ein Dekret unterbreitet, welches die Schaffung von Arbeitsräten bezw. Arbeitskammern vorseht. Diese „Conseils du travail“ sind zur Hälfte aus Delegierten der Unternehmer, zur Hälfte aus Delegierten der Arbeiter zusammengesetzt. Die Aufgaben dieser Körperschaften sind:

1. Ihre Meinung, sei es auf Wunsch der Beteiligten, sei es auf Verlangen der Regierung, über alle die Arbeit betreffenden Fragen abzugeben; 2. an den von dem Oberarbeitsamt verlangten und von dem Handelsminister angeordneten Untersuchungen mitzuwirken; 3. in jeder Hinsicht für die in den verschiedenen Räten vertretenen Gewerbe durch möglichste Zusammenwirken der Arbeitgeber- und Arbeitergewerkschaften Tabellen aufzustellen, die den normalen und laufenden Stand der Löhne und die durchschnittliche Dauer der Arbeitsstage feststellen; 4. den öffentlichen Gewalten die Maßregeln abzugeben und anzugeben, die geeignet sind, eintretendenfalls der Arbeitslosigkeit in ihren Bezirken vorzubeugen; 5. den zuständigen Behörden Berichte über die Beteiligung und über die Verwendung der Subventionen zu unterbreiten, die den Arbeiterschulung- und Arbeitererleichterungen der Gegend zugewendet werden; 6. hinsichtlich der Durchführung der Gesetze, Dekrete und Erlasse, die die Arbeit regulieren, und der Verbesserungen, deren sie fähig sind, einen Jahresbericht auszuarbeiten, der dem Handelsminister zu übermitteln ist.

Die Arbeitsräte zerfallen in Sektionen, die je von Mitgliedern desselben oder verwandter Gewerbe zusammengesetzt sind. Die einzelnen Sektionen müssen mindestens alle Vierteljahre einmal zusammenzutreten. Sie haben als Schiedsrichter bei Streitfragen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zu wirken. Jede Sektion ernannt einen Präsidenten und einen Sekretär, von denen je einer Arbeiter und einer Unternehmer sein muß. Jedes Jahr müssen sämtliche Sektionen zu einer Vollversammlung zusammenzutreten, deren Datum von dem Präsidenten des Departements festgesetzt wird. In den Motiven wird gesagt, daß in der modernen Großindustrie Arbeiter und Arbeitgeber den Arbeitsvertrag nicht auf dem Fuße der Gleichheit abschließen, wenn der Arbeiter Holtert dem Unternehmer gegenübertritt. Gegen die Gefahren der Arbeitslosigkeit, des Lohn- drucks haben die Arbeiter nur ein Mittel, die Organisation. Es sei Aufgabe einer republikanischen Regierung, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Bildung solcher Verbände, die dem sozialen Frieden dienen, zu fördern.

Dieses neue Dekret ist für die Arbeiter von größter Wichtigkeit, sie erhalten damit eine Vertretung, die gesetzlich anerkannt ist und deren Stimme auch gehört werden wird. Allerdings wäre es besser gewesen, diese neue Reform wäre durch ein Gesetz zu Stande gekommen, anstatt durch eine ministerielle Verordnung. Millerand mag aber wohl dessen sicher gewesen sein, daß die Reform auf dem Wege parlamentarischer Verhandlungen noch lange hätte auf sich warten lassen. Es ist darum recht billiger Hohn, den das „Journal des Debats“ darüber äußert, daß Millerand die Presse, die Öffentlichkeit, das Parlament dabei umgangen, daß er diese wohl gefürchtet habe. Es sei auch gar nichts Neues, so heißt es in dem Blatte weiter, was Millerand da thut. Das Prinzip sei alt und bürgerliche Politiker seien es gewesen, die sich schon Jahre lang damit beschäftigt hätten. Schon 1895 habe eine Kommission unter Leou Saut ein Projekt vollständig ausgearbeitet und einstimmig angenommen gehabt, später allerdings habe man es wieder verworfen. Dieses Projekt habe Millerand unter Hintertüchern dessen, was ihm nicht gepaßt habe, benutzt.

Alles das mag richtig sein, nur ist ebenso richtig, daß die schönsten Projekte den Arbeitern nichts nützen, wenn sie in den Schränken der Ministerien und Parlamente liegen bleiben.

Sehr unzufrieden ist das genannte Blatt mit der Bestimmung, daß nur organisierte Arbeiter zu den Wahlen zu den Arbeitsräten zugelassen werden. Das sei eine Verneinung der großen Massen, die heute noch den Organisationen der Arbeiter fernstehen. Demgegenüber möchten wir darauf hinweisen, daß als die Vertreter der Masseninteressen der Arbeiter nur diejenigen gelten können, welche die Notwendigkeit der Vereinigung erkannt haben.

#### Ungarien.

**Partielle Ministerkrise.** Der Handelsminister Ratschowitsch ist von seinem Amt zurückgetreten. Angeblich sollen es Gesundheitsrücksichten sein, die den Minister dazu bewegen. In Wirklichkeit scheint aber der rumänisch-bulgarische Konflikt die Ursache zu sein.

#### Rußland.

**Das russische Regiment in Finnland.** Der stellvertretende Generalgouverneur von Finnland hat das Erscheinen der Wiborg Zeitung „Wiprin Sanomat“ auf die Dauer von zwei Monaten untersagt. — Das in Helsinki erscheinende Blatt „Uusi Suometar“ erhielt die dritte Verwarnung.

#### Frankreich.

**Eine schwere Niederlage** hat der französische Nationalismus erlitten. Wie wir schon mitgeteilt haben, ist das Fest, das der nationalistische Pariser Stadtrat geben wollte, um dem Lande sich als Herrscher von Paris vorzustellen, ins Wasser gefallen. Der Ausschuß des Gemeinderats hat nun beschlossen, die für das unterbleibende Festspekt bestimmten 200000 Fr. den Armen zuzuwenden. Das ist gewiß ein recht lobenswerter Beschluß, eine Schlappe hat der Stadtrat aber democh. Dies umso mehr, als das Festmahl



welches die Regierung am nächsten Sonntag den Gemeinderäten gibt, ein glänzendes zu werden verspricht. Der Präsident der Republik wird den Vorsitz führen, der Kammer- und Senatspräsident nehmen ebenfalls daran Teil. Das Festmahl, zu welchem 2000 Bürgermeister zugezogen haben, wird so zu einer politischen Kundgebung ersten Rangs.

**Paris, 19. September.** Nach einer dem Kolonialministerium zugegangenen Depesche ist Hauptmann Reichel mit zwei Offizieren und 140 algerischen Schützen in Brazzaville eingetroffen. Der Rest der Saharainmission wird daselbst erwartet.

### Afrika.

**Der Krieg in Transvaal** scheint nun in der That zu Ende zu sein. Eine Depesche Lord Roberts aus Kelspruit meldet nach London:

Von den Boeren, 3000 an der Zahl, welche sich nach Komatipoort zurückzogen, haben 700 die portugiesische Grenze überschritten, die übrigen haben sich zerstreut, nachdem sie vorher die schweren Geschütze und die Feldgeschütze zerstört haben. Von dem Boerenheer ist nichts mehr übrig geblieben, als einige marodierende Banden.

Danach scheint aller Widerstand der Boeren gebrochen zu sein; die größte Tapferkeit und Todesmutigkeit wird an dem Schicksal der Republik nichts mehr ändern. In Kapstadt wird bereits in der nächsten Woche die Proklamation des Friedens erwartet.

Die Sieger selbst sind des Kriegs sehr müde, namentlich gilt das von den englischen Offizieren. Die „Army and Navy Gazette“ schreibt in ihrer letzten Ausgabe u. a. wie folgt:

„In der letzten Zeit treffen häufig Briefe von Offizieren in England ein, die mir zu deutlich bezeugen, daß die Herren längst des Kriegs müde sind und eine weitere Fortsetzung desselben nur mit großem Verdruß betrachten. Diese Thatsache kann auch nicht durch offizielle Erklärungen in das gerade Gegenteil verdrängt werden, zumal die Verlustlisten noch andauernd die vielen Fälle von Dysenterie, Fieber etc. verzeichnen, die als böse Gäste unsere Truppen begleitet haben, seit die Operationen in Südafrika eröffnet wurden. Viele Offiziere schreiben ihren Freunden und Verwandten, daß sie „des Kriegs herzlich müde sind“, daß sie „formlich brennen, nach Hause zu kommen“, und daß „sie das Land unausstehlich und fluchwürdig elend finden“. Andre schildern die Strapazen, denen die Truppen zudem noch oft ganz nutzlos ausgesetzt würden, als ungeheuerlich und wundern sich, daß die gemeinen Soldaten nicht häufiger und nicht mehr nurten, als es thatsächlich geschehen ist und noch geschieht. Einige Infanterie-Bataillone sind seit Monaten, seit sie die Eisenbahn verlassen, auf der Straße und auf dem Feld gewesen mit der denkbar mangelhaftesten Verpflegung und ohne Mäntel, mit nur einer Wolldecke, die auch noch oft fehlte, für den Ertrag ihrer Nationen auf den langsamem, unternehmenden Ochsen-Transport angewiesen, während sehr oft sogar der abgetriebene Zugochse selbst zur notdürftigen Ernährung der Soldaten herhalten mußte. Dabei ist der Wechsel von Kleidungs- und Wäscheartikeln meistens überhaupt unmöglich, oder nur ganz imaginär, wenn man nicht das Glück hat, irgend einem Stabe anzugehören. Noch schlimmer ist es mit dem Schuhzeug bestellt, und so ist es kein Wunder, wenn ein Offizier wörtlich schreibt: „Ich glaube nicht, daß viele Mannschaften noch Beendigung des Kriegs dafür zu haben sein werden, sich als Anstödler mit üblichen drei Morgen Freiland etc. in Transvaal niederzulassen.“

Aus Lourenço Marques wird berichtet, daß dort täglich Flüchtlinge aus Transvaal in großen Mengen eintreffen. Die Portugiesen haben ein Komitee eingesetzt, welches die aus Transvaal ankommenden Flüchtlinge empfangen und mit Nahrungsmitteln versehen soll. Den fremden Konsuln wurde mitgeteilt, daß man erwarte, sie würden sich ihrer aus Transvaal ankommenden Landsleute annehmen.

Präsident Krüger wird in Holland nur einen kurzen Aufenthalt nehmen. Die Königin Wilhelmina, welche das Schicksal der Boeren sehr interessiert, soll den Präsidenten bewegen haben, sich in erster Reihe an Frankreich zu wenden und sich dessen Sympathien zu Gunsten der Boeren zu sichern. Die Königin soll bereits in diesem Sinn auf die französische Regierung einwirken.

Ueber London wird berichtet, der Präsident Krüger habe auf einer Bank in Lourenço Marques 1 1/2 Millionen Pfund Sterling deponiert.

Die internationale Friedensliga protestiert, wie aus dem Haag gemeldet wird, gegen die letzte Proklamation des Lord Roberts, welche eine Wahrung der jüngst im Haag vereinbarten Rechte der Völker und Personen sei. — Das dürfte richtig sein, aber jedenfalls ist es weder die erste, noch die einzige Wahrung der Haager Beschlüsse, die seit der Tagung des samsonischen Friedenskongresses zu verzeichnen ist.

## Partei-Nachrichten.

**Partei-Literatur.** Der Arbeiter-Kalender für 1901 ist in Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienen. — Er ist mit einem Bildnis unfers verstorbenen Genossen W. Liebknecht geziert. Aus dem Inhalt nennen wir: Die wichtigsten Bestimmungen des Invalidenversicherungsgesetzes. Adressen der Gewerkschaftsorganisationen und der Arbeiterssekretariate. Unterstützung der Familienangehörigen der zu Lebzeiten Einberufenen. Die Reichstags-Wahlresultate von 1898 bis Juli 1900. Adressen der deutschen Gewerbe-Inspektoren. Landfläche und Bevölkerung der Erde. Der deutsche Flottenbestand und seine Kosten nach den Vorklagen von 1898 und 1900. Hundert Jahre deutsche Städte-Entwicklung. Wichtige Erfindungen und Entdeckungen bis 1900. Wachstum der Socialdemokratie in den einzelnen preussischen Provinzen und Bundesstaaten. Porträts und Biographien der socialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten. Die socialdemokratischen Landtags-Abgeordneten in den einzelnen Bundesstaaten. Porträts, Maße, Gewichte, Kalendarium etc.

Ausstattung und Preis sind die gleichen wie bisher. Zugleich erschien im selben Verlage eine Broschüre von Kurt Eisner: **Wilhelm Liebknecht.** Sein Leben und Wirken. Unter Benutzung ungedruckter Briefe und Aufzeichnungen. Mit Porträts und Abbildungen. Die 4 Bogen starke Broschüre, die zum Preise von 30 Pf. erhältlich ist, dürfte allen Parteigenossen und Verehrern Liebknechts ein willkommenes Erinnerungsblatt sein.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

**Zur Prüfung des Muts.** Wir haben uns bisher schon oft vergeblich gefragt: Warum? wenn ein Zeuge oder Angeklagter vor Gericht nach seiner politischen Meinung gefragt wurde. Das Schöffengericht in Schönebeck hat einiges Licht darüber verbreitet. Der dortige Genosse Schütze war mit einer Polizeistrafe von 3 M. bestraft worden, weil er durch Tragen eines Kranzes mit roter Schleife bei der Beerdigung eines Parteigenossen großen Unfug verübt haben soll. Auf seinen Einspruch beschlagnahmte sich das Schöffengericht damit und beurteilte Schütze zu 3 Tagen Haft.

Auf die Frage, ob er Socialdemokrat sei, hatte Schütze die Antwort verweigert. Darauf hieß es in der Urteilsbegründung, der Angeklagte habe nicht den Mut gehabt, sich offen als Socialdemokrat zu bekennen. Hat das Gericht Kenntnis von Thatsachen, die zu dem Urteil berechtigen, daß für Schütze zu solchem Bekenntnis Mut gehörte?

Das Urteil ist auch noch von Interesse durch die Art, wie die zur Konstitution des großen Unfuges nötige Verlesung des Publikums festgestellt wurde. Es beschwor nämlich ein Polizist, daß er an der roten Schleife Kergeris genommen habe.

## Die Wahlen zum Gewerbegericht

finden heute von mittags 12 bis abends 9 Uhr statt. Ueber die Ausübung der Wahl, die Wahlbezirke, Wahllokale und die für uns in Betracht kommenden Kandidaten haben wir gestern ausführlich das Erforderliche mitgeteilt. Die Berliner Gewerkschaftskommission hat am heutigen Tag eine Anzahl Wahlbureaus eingerichtet, und zwar für den 1. Wahlbezirk bei Körber, Jüdenstr. 35/36; für den 4. Wahlbezirk bei Werner, Bülowstr. 59; für den 7. Wahlbezirk bei Quandt, Bellealliancestr. 74; für den 10. Wahlbezirk bei Müller, Gräfestr. 81; für den 13. Wahlbezirk bei Rehner, Skalierstr. 59; für den 16. Wahlbezirk bei Stramm, Mitterstr. 123; für den 19. Wahlbezirk im Restaurant „Gewerkschaftshaus“; für den 22. Wahlbezirk bei Haselof, Landsbergerstr. 8; für den 25. Wahlbezirk bei Jabel, Frankfurter Allee 90; für den 28. Wahlbezirk bei Preuss, Neue Friedrichstraße 20; für den 31. Wahlbezirk bei Bernau, Schwedterstr. 23/24; für den 34. Wahlbezirk bei Augustin, Schönhauser Allee 78; für den 37. Wahlbezirk bei Reumann, Brunnstr. 150; für den 40. und 46. Wahlbezirk bei Fr. Bergmann, Papestr. 3; für den 43. Wahlbezirk bei Fischer, Dusselstr. 9.

Das Centralbureau befindet sich Engel-Ufer 15, 1 Treppe, Zimmer Nr. 8. Telephon: Amt VII Nr. 3733.

Ueber die Bedeutung der Gewerbegerichtswahlen noch ein Wort zu verlieren, wäre zwecklos, wenn die Selbstverständlichkeit, daß wenigstens auf der Arbeitnehmerliste die Kandidaten der Socialdemokratie ohne nennenswerte Gegnerschaft zu stehen haben, die Arbeiter nicht in eine gewisse lässige Siegeszuversicht eingelassen hätten. Und doch ist diese Siegeszuversicht, wie überall, so auch bei den Gewerbegerichtswahlen übel angebracht. Unsichere Kantontisten in der Arbeiterschaft, wie Christlich-Soziale und Gewerksvereiner bauen auf die Saumlässigkeit der socialdemokratischen Arbeiter und hoffen nun, wenigstens in einzelnen Bezirken ihre Kandidaten durchzubringen. Daß dies nicht geschehen darf, ist selbstverständlich; soll aber die Wahl solcher Leute verhindert werden, so hat jeder Parteigenosse, der sich i. J. in die Listen hat eintragen lassen, auf jeden Fall heute sein Wahlrecht auszuüben. Nur dann sind wir vor Ueberwältigungen sicher.

Aber auch unsere Parteigenossen unter den Arbeitgebern haben auf dem Posten zu sein. Wie erinnert, ist es den Gegnern bei den Wahlen 1898 geglückt, und fünf Mandate zu entreißen, während nur zwei von uns neu gewonnen wurden. Hier, wo unter verhältnismäßigen Schwierigkeiten zu kämpfen ist, bedarf es der Anstrengung aller Genossen, um die schiere Edarte auszuweichen, und zum Nutzen einer unparteiischen, vorurteilsfreien Rechtsprechung neue Siege zu erobern.

Es wird daher nicht allein darauf gerechnet, daß jeder in die Listen eingetragene Parteigenosse zur Wahl gehe, sondern auch, daß sich möglichst zahlreiche Kräfte bis vormittags 7 1/2 Uhr im Centralbureau, Engel-Ufer 15, 1 Treppe, Zimmer Nr. 8 zur Agitation bereit stellen.

### Veräume niemand die Ausübung seines Wahlrechts!

Alle auf die Wahlen Bezug habenden Anfragen werden im Gewerkschaftsbureau, „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, 1 Treppe, von 9-1 und 6-8 Uhr beantwortet.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Der Streik der Militärfabrikanten-Sattler** hat eine neue Wendung genommen. Schon bei der Verhandlung vor dem Gewerbegericht konnte man merken, daß die Einzigkeit der Fabrikanten keine allzu feste war. Es wäre ja auch wunderbar, wenn Leute, die sich bisher nicht als Kollegen, sondern als scharfe Konkurrenten gegenüber gestanden haben, plötzlich alle geschäftlichen Gegenstände vergessen sollten. Man dachte durch die nothwendig zu stunde gebrachte Einigkeit es möglich zu machen, die Forderungen der Gehilfen auf der ganzen Linie zurückzuweichen. Infolge des nicht erwarteten seltenen Zusammenhaltens der Arbeiter und der dadurch herbeigeführten oben Leere der Werkstätten kamen nun verschiedene Unternehmer in eine solche unangenehme Lage, daß sie es bedauern mußten, sich dem Ring der Fabrikanten angeschlossen zu haben; sie wären gerne zum Nachgeben bereit gewesen, wenn sie nicht Rücksicht auf ihre früheren Konkurrenten und jetzigen Kollegen genommen hätten. Sie hofften auf jeden Fall, daß die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht zu einer Einigung führen würden.

Als sich die Einigung in der letzten Verhandlung vor dem Gewerbegericht wiederum zerfallen hatte, erklärten sich einige Unternehmer im privaten Geheiß bereit, allein, ohne Rücksicht auf die anderen Unternehmer, zu verhandeln. So haben dem Verhandlungen mit der Firma Voh Söhne und Veder u. Co. stattgefunden. Bei der ersten genannten Firma konnte ein Resultat nicht erzielt werden, da die Direktoren verwehrt waren und der Vertreter nicht die genügende Vollmacht besaß. Bei der Firma Veder kam es dagegen zu folgender Einigung:

1. Reinständige Arbeitszeit an Stelle der jetzigen zehnstündigen.
2. Einschränkung der Heimarbeit auf den einzelnen Mann im Gegenlag zu jezt, wo noch teilweise die Heimarbeiter zu Zwischenmeistern werden und weitere Arbeiter beschäftigen.
3. Ein Durchschnittslohn von 40 Pf. pro Stunde.
4. Der Tarif, der von den Fabrikanten aufgestellt war, aber nur dann eintreten sollte, wenn sich sämtliche deutschen Militärfabrikanten auf ihn verpflichtet hätten, soll sofort in Kraft treten; die darin enthaltenen allzu niedrigen Positionen sollen durch den Ausschuh geregelt und aufgehoben werden. Auf dem Gewerbegericht lehnten es die Fabrikanten noch ab, diesen Tarif auch dann anzuerkennen, wenn er erst zu Ende des Jahres in Kraft treten sollte.
5. Es wird ein ständiger Ausschuh, bestehend aus dem Werkmeister, einem Werkhelfenarbeiter und einem Heimarbeiter, gebildet, der die Preise für die bisher nicht angefertigten und nicht im Tarif aufgeführten Arbeiten festsetzen soll.
6. Die Lohnbücher müssen den Arbeitern vor der Auszahlung zur Einsicht vorgelegt werden.
7. Bei Ueberstunden wird ein Lohnzuschlag von 25 Proz., bei Sonntagsarbeit ein solcher von 50 Proz. gezahlt.
8. Den Arbeitern wird ein Mann zur Verfügung gestellt, in dem sie sich während der Mittagspause aufhalten können.

Die Verammlung der Streikenden, die am Donnerstagnachmittag in den „Arminhallen“ stattfand, hatte zuerst wenig Lust, sich auf diese Vorschläge einzulassen; man war überzeugt, daß es den Streikenden nach kurzer Zeit gelingen würde, ihre gesamten Forderungen durchzubringen. Trotdem wurde nach längerer Diskussion beschlossen, der Einigung mit der Firma Veder zuzustimmen; ferner erklärte man sich bereit, auch mit den übrigen Firmen auf derselben Grundlage Frieden zu schließen. Dieses soll aber auch das äußerste Entgegenkommen sein, das den Fabrikanten gezeigt wird. Nachdem nun bereits zwei Firmen Frieden geschlossen haben, ist man überzeugt, daß die übrigen, bei denen die Arbeit ebenfalls drängt, aber kurz oder lang nachgeben müssen.

Wir bitten nun die Berliner Arbeiter, die uns während unfers sechswochenlangen Kampfs ein so reges Interesse entgegengebracht haben, auch um ihre weitere moralische und finanzielle Unterstützung. Zweifellos wird dann der Kampf zu unsren Gunsten enden und ein jeder darf sich sagen, daß er dazu beigetragen hat, einer der gedrücktesten und allerhöchsten bezahlten Arbeitergruppen, freilich kaiserlich-deutschen oder königlich-preussischen Staatsarbeitern, zu menschenwürdigen Zuständen herbeizuführen zu haben.

Die Streikleitung.

**Metallarbeiter, Holzarbeiter.** Der Streik bei der Firma Westphal u. Reinhold ist aufgehoben. Die Forderungen der Arbeiter sind bewilligt. Die Ortsverwaltung Berlin der deutschen Metallarbeiter-Gewerkschaft.

### Deutsches Reich.

#### Zur Aussperrung der Hamburger Werftarbeiter.

Bei den Verhandlungen zwischen den Vertretern des Verbands der Eisenindustrie und den Vertretern der ausgesperrten Werftarbeiter ist folgendes protokolllarisch niedergelegt:

„In der heutigen Besprechung der Gruppe Schiffswerften des Verbands der Eisenindustrie mit der Kommission der streikenden Arbeiter erklärten die Arbeitgeber, daß es ihnen nicht möglich ist, Lohnhöhungen oder sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen bewilligen zu können. Dagegen erklärten sich dieselben bereit, die streikenden Arbeiter zu den alten Bedingungen wieder einzustellen.“

Falls die Arbeiter in ihren morgigen Versammlungen beschließen, die Arbeit wieder aufzunehmen, so sollen die Wiedereinstellungen direkt bei den Werften am Sonnabend, 22. d. M., beginnen und in längstens einer Woche zu Ende geführt werden; nach Schluß dieser Woche findet die Einstellung von Arbeitern nach wie vor durch den Arbeitsnachweis, Krausenamp 44, statt.

Die Arbeitgeber versprechen, keine Maßregelungen vorzunehmen; sie beabsichtigen, ihre alten Leute, einige Ausnahmen vorbehalten, sämtlich wieder einzustellen, selbstverständlich soweit es die vorliegenden Arbeiten gestatten.

Die Arbeiter versprechen, dafür sorgen zu wollen, daß bei Wiederaufnahme der Arbeit kein Streik mit der Aufnahme der Arbeit verknüpft werden wird.

Die Arbeitgeber versprechen, darauf hinzuwirken, daß den Arbeitern die Accordpreise sofort bei der Uebertragung der Arbeit oder doch möglichst bald darauf mitgeteilt werden, und daß auch bezüglich der Lohnberechnung den Wünschen der Arbeiter möglichst entsprochen werden soll, ebenso wie ihren Wünschen bezüglich der Einrichtung von Wärmerichtungen für die Speicher der Arbeiter.

Die Arbeitgeber beabsichtigen, für die Schiffszimmerleute einen Arbeitsnachweis auf Steinwärders vom 1. Oktober d. J. ab einzurichten, und sie sind bereit, etwaige Wünsche der Schiffszimmerleute zu hören und nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

G. Blohm, A. Junge, J. Mehl, O. Schulz.

#### Die Beendigung der Hamburger Aussperrung.

Ein Telegramm aus Hamburg meldet uns: Die Werftarbeiter beschließen nach heftiger Debatte Aufnahme der Arbeit mit 1530 gegen 778 Stimmen bei etwa 600 Enthaltungen unter den bereits bekannt gegebenen Bedingungen. Die Aussperrung und der Streik ist damit beendet.

Die Bedingungen, unter welchen die Arbeit aufgenommen werden soll, enthalten für die Arbeiter nicht die geringsten Zugeständnisse, es wäre thöricht, sich dieses Eindrus zu erwehren zu wollen. Die finanziell so mächtige Kapitalistengruppe der Hamburger Werften hat in hartem Müssen die Friedensbedingungen diktiert. Wenn trotzdem die Arbeiter unter diesen Bedingungen die Arbeit aufnehmen, so kann es nur gelinde im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit, diesen Kampf mit Erfolg fortsetzen zu können. Wohl wäre die Organisation der Metallarbeiter noch in der Lage gewesen, die Aussperrten zu unterstützen, aber die angeordneten Streikbrecher, deren Zahl sich bei dem Niedergang der Eisenindustrie noch vergrößern mußte, konnte den Abschluß bis in ferne Zeiten verzögern, wobei es noch fraglich war, ob der erwartete Erfolg eintrat. Unter diesen Gesichtspunkten den Streik zu beenden, erschien ein Gebot der Klugheit. Dazu kommt, daß die Aussperrten keine Forderungen gestellt hatten, sie nur die Leidenden waren, die von den brutalen Maßnahmen der Werftdirektoren getroffen wurden. Erfolglos ist nur der Kampf der Meiter beendet, die auf ihre geforderte Lohnzulage verzichten müssen.

Sicher wird das Hamburger Unternehmertum frohlockend seinen Sieg verkünden und die Schurfmacher werden voll des Lobes sein über den Ausgung des Konflikt. Aber sie täuschen sich, daß sie ihnen schon im voraus gesagt, über die Früchte ihrer Arbeit. Sie können nicht die Organisation der Arbeiter vernichten, noch haben sie sich die Mühe auf ihren Werften erlaubt. Und erzeugt Gegenwind, gegen die Despotie der Gewalthaber gewinnt der Haß von viel tausend Arbeitern, der politisch und auch in der Gewerkschaft wieder Ausdehnung findet. Der Erfolg mit diesen Mitteln ist ein Augenblickserfolg.

**Ein Versammlung Arbeitsloser verboten.** Dieser weiße Entschluß ist der Dresdener Polizei gelommen, als man eine Versammlung Arbeitsloser anmeldete. Die Begründung für das Verbot ist höchst komisch. Zunächst ist die Polizei der Meinung, daß in der Versammlung nur für die Socialdemokratie demonstriert werden soll, dann sei kein Grund zu einer solchen Versammlung vorhanden und schließlich sei Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit vorhanden. — Solche Verbote sind auch in früheren Jahren seitens der Polizei erlassen. Es wird damit nur bewiesen, wie jämmerlich es um das Vereinsrecht der Arbeiter bestellt ist, wenn für solche Maßnahmen eine gesetzliche Handhabe zu finden ist.

**Zum Münchener Tischlerstreik.** Die Lohnkommission hat, wie vorauszuweisen war, jede weitere von den Unternehmern verlangte Erklärung abgelehnt. Der Streik ist beendet und in einigen Betrieben sind die Arbeiter noch ehe die Meister in der Versammlung ihre Disposition trafen, wieder eingestellt. Da anzunehmen ist, daß einige Streikende ausgesperrt bleiben, auch einige Meister ihre Werkstätte noch nicht öffnen, so ist dringend vor Bezug nach München zu warnen.

**Die Galanteriefabrikanten in Offenbach** haben ein Angebot der Meister, in welchem den Arbeitern die 9 1/2 stündige Arbeitszeit zugestanden wurde und Regelung der Bezahlung der Ueberstunden dem Belieben der Fabrikanten überlassen werden sollte, abgelehnt. Die Galanteriefabrikanten beharren auf ihrem Verlangen, neunstündige Arbeitszeit und 25 Prozent Aufschlag für Ueberstunden. Diese Forderung haben bis jezt 18 Fabrikanten, die ungefähr die Hälfte der Arbeiter in dieser Branche beschäftigen, bewilligt, bei den übrigen werden am 22. d. M. die Arbeiter in den Ausstand treten. Der Bezug ist fernzuhalten.

**Der Streik in den Mainzer Lederwerken** ist durch die Vermittlung des Provinzialdirektors Freiherrn v. Gagern beigelegt. Ein Teil der Arbeiterforderungen wurde von der Firma bewilligt.

### Ausland.

**Aus England** schreibt man uns: Die Direktion der Great Eastern Railway (Große Ostbahn-Gesellschaft) hat dem Komitee ihrer Londoner Angestellten endlich die Antwort auf deren Beschwerden und Forderungen zugehen lassen. Sie enthält einige Zugeständnisse, von denen das wesentlichste darin besteht, daß nunmehr allen Angestellten ohne Unterschied die Arbeits- oder Dienstwoche als feststehend angerechnet werden, d. h. ihnen der Sonntagsdienst stets extra bezahlt werden soll. Einige der niedrigsten Lohnklassen werden abgehoben und den Handlangern der Streckenarbeiter wird eine Lohnhöhung von je 1 und 1 1/2 Schilling die Woche angebilligt. Das Beschwerdeverfahren wird vereinfacht und allerhand Beschwerden werden abgelehnt.

Mit alledem bleibt jedoch die Direktion weit hinter den Erwartungen zurück, daß ihre Antwort große Enttäuschung und Erbitterung hervorgerufen hat. Trotdem beschloß das Komitee, den Arbeitern zu empfehlen, die angebotenen Verbesserungen als Abschlagszahlung anzunehmen, sich vorzubehalten, die Agitation für das Nichtbewilligte bei passender Gelegenheit wieder aufzunehmen. Die am Sonntag in Stratford abgehaltene Massenversammlung der Angestellten selbst nahm jedoch eine scharfer gefasste Resolution an, wozu sie die Zugeständnisse für völlig unzulänglich erklärt und den **Verband der Eisenbahn-Angestellten** aufforderte, nunmehr die Sache in die Hand zu nehmen und in naher Zukunft eine entscheidende Aktion für die Durchsetzung des



ganzen Programms der Dienstverbesserung ins Werk zu setzen. Das ist eine ziemlich unverhüllte Kriegsankündigung, zumal sich die Direktion bisher hartnäckig geweigert hat, den Verband der Eisenbahner als Sachwalter ihrer Angelegenheiten ihr gegenüber anzuerkennen. Ob es indes sobald zum Krieg kommt, scheint mir noch zweifelhaft. Erstens war die Versammlung zwar gut, aber nicht so stark besucht wie die früheren, und dann hat es die Leitung des Verbands mit dem Streikordnungen selten sehr eilig. Sie versucht erst alle möglichen andern Mittel, ehe sie den Arbeitern das Aufnehmen des letzten Verzichtgebens der Könige anempfiehlt. Der Generalsekretär des Verbands, Hr. Richard Dell, der Arbeiterlandwirt für Derby ist, erklärte gestern in der Versammlung, als er am Schluß zum Sprechen aufgefordert wurde, er werde sein Bestes aufbieten, um bei der Wahl überall die Forderung auf Errichtung obligatorischer Einigungsämter zu urgieren, und empfehle den Anwesenden, das gleiche zu thun und daneben unablässig für die Stärkung der Organisation zu arbeiten.

Von der Direktion der Ostbahn heißt es, daß sie nicht nur überall Arbeitswillige für den Fall eines Ausfalls angeworben, sondern auch in der Nähe eines ihrer Stationen (Chadwell Heath) eine große, mit einem Stachelzaun umgebene Einbegung errichtet habe, wo die Arbeitswilligen eventuell einlampt werden sollen. Die Direktion bestreitet diesen Zweck der Einbegung; es handle sich um eine ganz unschuldige Sache — eine Blumen-Ausstellung ihrer Beamten. Aber wenn die radikalen Blätter nicht sehr übertrieben haben, dann müssen es Blumen ganz absonderlicher Art sein, die mit mehrfach verbundenen Stacheldrähten geschützt werden müssen.

**Ueber den Streik der Kohlengraber in Pennsylvania** wird der „Frankf. Ztg.“ aus New York telegraphiert: Die Streikbewegung ist augenscheinlich wachsend, da zahlreiche bisher im Betrieb gewesene Gruben die Förderung einstellen. In dessen müssen noch viele Arbeiter den Streikern beitreten, namentlich im Schuylkill-Bezirk, andernfalls der Streik ein Fühlhaken sein wird. Die Bahnen haben manche auf Kohlengruben beschäftigte Leute außer Arbeit gestellt und diese suchen durch ihre Unions nun die Arbeitseinstellung aller Bahnbeamten zu veranlassen, um den Streik zu schnellern Ende zu bringen.

Ein bedenklicher Umstand im Kohlenrevier sind größere Ansammlungen von Streikern, die nach noch im Betrieb befindlichen Gruben marschieren und die Arbeiter einschüchtern. Die Arbeitgeber engagieren im geheimen zahlreiche Detektiven und beabsichtigen die Förderung unter dem Schutze derselben wieder aufzunehmen.

## Die Lohnbewegung der Buchbinder.

In der gestrigen Versammlung bei Keller gab Bergmann zunächst den Bericht der Konferenz in Leipzig. Der Redner kommt noch einmal auf die erste Konferenz zurück und erwähnt, daß diese an dem geringen Entgegenkommen der Prinzipale gescheitert sei. Diese zweite Konferenz fand auf Veranlassung des Tarifamts der Buchbinder statt. Den Vorsitz führte Herr Buchbindermeister Wigenstein, und zwar in durchaus unparteiischer Weise. Anwesend waren 10 Vertreter der Arbeitgeber und 9 der Arbeitnehmer, außerdem der Vorsitzende des Buchbinder-Verbandes und der des Ausschusses desselben. Der Verbandsvorsitzende hatte auf das Stimmrecht verzichtet.

Zunächst wurde beschlossen, die Arbeitszeit auf täglich 9 Stunden festzusetzen und dieses zur Grundlage der Berechnungen der Löhne zu machen.

Darauf wurde gegen die Stimmen der Gehilfenvertreter Berlins eine achtjährige Kündigungsfrist festgesetzt. Für männliche Arbeiter wurden 45 Pf. pro Stunde beschlossen, dagegen für Arbeiterinnen 25 Pf., welcher Lohn nach einjähriger Thätigkeit im Beruf erreicht sein muß. Für Specialarbeiterinnen sollen 30 Pf. gezahlt werden. Die Sätze für Leipzig und Stuttgart sind entsprechend niedriger gesetzt. Für Ueberstunden sollen für männliche Arbeiter in der ersten Stunde 10, in der zweiten 15, in der dritten 20 Pf., für weibliche 5, 8 und 10 Pf. gezahlt werden. Als diese Sätze gegen den Willen der Berliner festgesetzt waren, erklärten diese, an den Verhandlungen nicht mehr teilnehmen zu können und verließen die Konferenz.

Der Tarif wurde auf drei Jahre festgelegt.

Darauf nimmt der Verbandsvorsitzende Dietrich aus Stuttgart das Wort. Er erinnert in kurzen Worten an die Vorgeschichte der Konferenz, an die erste Konferenz, die an dem geringen Entgegenkommen der Prinzipale gescheitert sei, und an die Ausperrung der 80 Proz. aller Arbeiter und Arbeiterinnen. Das Tarifamt, das nun die Anregung zu dieser zweiten Konferenz gegeben hat, stellt die Bedingung, daß die Beschlüsse für beide Teile bindend sein sollten. Im Interesse des Verbandes und der ferneren Entwicklung in dem Gewerbe sei es, daß der Kampf beigelegt werde. Die bisherigen Löhne seien nicht herabgesetzt, vielmehr sollten 5 Proz. mehr bezahlt und die Löhne der Arbeiter auf 24,30 M. erhöht werden. In Bezug auf den Accordtarif bemerkt der Redner, daß die Vorlage der Prinzipale bedeutend verbessert sei. Er ist der Meinung, daß diese Abmachungen von außerordentlichem Wert für die Organisation in ganz Deutschland seien und sehr viel zur Weiterentwicklung beitragen würden.

Die Diszussionsredner sprachen sich gegen den Vergleich auf der von der Leipziger Konferenz gegebenen Grundlage aus und waren für Fortsetzung des Ausfalls.

Nach erregter Debatte wurde schließlich folgende Resolution angenommen:

„Da das Resultat der Leipziger Konferenz nicht zur Zufriedenheit der Berliner Kollegen und Kolleginnen ausgefallen ist, wird beschlossen, die endgültige Entscheidung am Sonntag, den 23. d. Mis., zu treffen. Bis dahin sind Unterhandlungen mit den Berliner Prinzipalen auf Grundlage der alten Forderungen zu pflegen.“

Aus Leipzig wird uns geschrieben: Die Vereinbarungen der Buchbinder, die am 18. September zwischen den Prinzipalen und Gehilfen nach fast 12stündiger Verhandlung getroffen wurden, sind nunmehr in ihrem vollen Umfange bekannt gegeben und gestalten sich folgendermaßen:

1. Die Arbeitszeit einschließlich der Pausen beträgt wöchentlich 54 Stunden.
2. Der Minimal-Stundenlohn beträgt für männliche Arbeiter in Berlin 45 Pf., in Leipzig 44 Pf. und in Stuttgart 41 Pf. Im ersten Jahr nach beendeter dreijähriger Lehrzeit 38 Pf. und im ersten Jahr nach beendeter vierjähriger Lehrzeit 39 Pf. Auf alle Stunden-Löhne, so weit sie jetzt schon diesen Minimallohn überschreiten, wird ein Zuschlag von 5 Proz. gewährt. Lernende Arbeiterinnen erhalten im ersten Halbjahr 14 Pf., im zweiten Halbjahr 17 Pf. Nach Ablauf eines Jahres werden sämtliche Arbeiterinnen als geübt angesehen und erhalten Folgerinnen usw. für Berlin 25 Pf., Leipzig 22 Pf., Stuttgart 21 Pf.; Maschinenarbeiterinnen, Goldausführerinnen usw. für Berlin 30 Pf., Leipzig 27 Pf., Stuttgart 26 Pf. pro Stunde.
3. Die Lehrzeit für Gehilfen an Schnellpressen ist auf 6 Wochen festgesetzt.
4. Für Ueberstunden wird folgender Zuschlag gezahlt: für männliche Arbeiter erste Stunde 10 Pf., zweite Stunde 15 Pf., dritte Stunde 20 Pf.; für weibliche Arbeiter erste Stunde 5 Pf., zweite Stunde 8 Pf., dritte Stunde 10 Pf. An Sonnabenden und an Vorabend gleichlicher Feiertage beträgt der Zuschlag 20 Pf.

pro Ueberstunde, bei Ueberzeitarbeit von länger als 1 1/2 Stunden sind 15 Minuten Pause zu gewähren und mit zu bezahlen.

5. Die Verkürzung der Arbeitszeit darf insgesamt 160 Stunden oder 2 1/2 Stunden pro Tag nicht übersteigen. Für jede weitere Dauer ist der Arbeitgeber zur Entschädigung verpflichtet. Die Verkürzung soll vornehmendfalls auf alle im Betriebe thätigen Personen gleichmäßig angewandt werden und die letzten Arbeitsstunden des Tages betreffen. Den Arbeitern ist zwei Tage zuvor hiervon Mitteilung zu machen.

6. Der neue Tarif für Accordarbeiten wird gemeinsam bis zum 15. Oktober fertig gestellt. Während dieser Zeit gelten für Accordarbeit die bisherigen Sätze, für Lohnarbeit tritt die 5prozentige Erhöhung sofort ein.

7. Die Vereinbarungen haben bis zum 31. August 1903 Gültigkeit.

Die Arbeit wird nunmehr am Montag wieder aufgenommen. Ferner haben die Prinzipale zugestanden, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen wieder in ihren alten Werkstätten eingestellt werden.

Die Leipziger Buchbinder haben am Mittwochabend einstimmig beschlossen, sich mit den Verhandlungen und den festgesetzten Bestimmungen einverstanden zu erklären, die Arbeit am Montag wieder aufzunehmen und dem Tarifamt der Buchbinder für sein Eintreten besonders Dank auszusprechen.

## Sociales.

**Der Konsumverein Leipzig.** Wagnitz hatte im letzten Geschäftsjahre, in dem die Vereinigung mit dem Ostvorstädtischen Konsumverein stattgefunden hat, einen Mitgliederzuwachs von 18862 auf 28850 zu verzeichnen. Der Verkaufserlös aus den Geschäftsstellen, der Bäckerei, dem Hauptlager wie der Gundorfer Mühle wuchs von 6861870,19 Mark auf 8227123,53 Mark oder um 1865253,34 Mark. Der Reingewinn beziffert sich auf 873674 Mark und gestattet wiederum die Verteilung einer zehnjährigen Dividende. Der Verein erhöhte durch die Eröffnung dreier neuer Verkaufsstellen die Zahl der Verkaufsstellen auf 45. Am Schluß des Geschäftsjahres wurden 44 Lagerhalter, 16 Comptoirbeamte, 5 Expedienten, 2 Bädermeister, 1 Wäbnermeister und 1 Obermeister, 330 Verkäuferinnen und Lagerarbeiterinnen beschäftigt. An Steuern aller Art wurden 44732 M. bezahlt. Der an der Braustraße in Wagnitz gelegene umfangreiche Neubau ist nunmehr bald beendet; in ihm haben die Bäckerei und die demnächst, Ende dieses Monats, in Betrieb kommende Dampfmühle Aufnahme gefunden.

## Versammlungen.

Die Berliner Metallarbeiter hatten sich am Mittwochabend bei Keller, Koppensstraße, in dicht gedrängten Scharen mit vielen Frauen zu einer öffentlichen Versammlung versammelt. Auf der Tagesordnung stand: „Das Kontinuum-Transmissivsystem und die Prägungstrafe in der Werkzeugmaschinen-Fabrik von Käpfer“ (Krautstraße 52, Gewerbehof). Der Referent Wieselenthal unterwarf an der Hand eines großen Thatchenmaterials die Verhältnisse der Firma Käpfer einer herben Kritik. Bei Käpfer würden wirkliche Hungerlöhne gezahlt, gelernte Arbeiter erhalten 28 bis 30 Pfennig pro Stunde. Die „Belastungen“, die Herr Käpfer in der Fabrik anhängen läßt, erinnern in ihrer Form lebhaft an jähliche Klöße. Arbeiter, welche 10 und 15 Jahre bei Käpfer beschäftigt waren, wurden entlassen, weil sie wagten, dagegen zu opponieren, daß in der Fabrik, ohne daß die Arbeiter gefragt wurden, die Konsumprocente, die zum großen Teil zu gemeinnützigen Zwecken verwendet wurden, herabgesetzt sind. Ein Arbeiter, der 10 Jahre dort beschäftigt war, wurde von Käpfer sogar geschrienigt, weil er sich über die Minderungen des Obermeisters Hempel beklagte hatte.

In der Diskussion erhebelten Reuter, Kaiser, Kiesel und andre in der schärfsten Weise die Zustände in diesem Betriebe. Insbesondere wurde noch die Verhöhnung einer herben Kritik unterzogen, da bei K. seit 40—50 Lehrlinge beschäftigt werden.

Kein Kollege solle glauben, daß er bei einem Unternehmer eine Lebensstellung habe, er werde unbarbarisch auf Pfaster geworfen, wenn die wirtschaftliche Konjunktur, die ja auch in der Stahl- und Eisenbranche mehr und mehr abzusinken beginnt, es erfordert. Deshalb sollten sich alle Arbeiter einer Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, anschließen. Versammlungskomitee im Osten Berlins sollen der Agitationskommission für den Osten vorgebracht werden. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die Metallarbeiter-Versammlung nimmt Kenntnis von den Ausführungen des Referenten, spricht ihre tiefste Entrüstung aus über die Behandlung der bei der Firma Käpfer beschäftigten Arbeiter und erklärt: Nur durch eine straffe Organisation sind derartige Verhältnisse unmöglich zu machen.“

**Verband der Tapezierer.** In der am 18. September bei Müllmann, Brunnenstr. 188, stattgefundenen gutbesuchten Versammlung der Filiale „Nord“ hielt Frau Dr. Weyl einen fesselnden Vortrag über Proletariatfragen. Unter Vereinsangelegenheiten berichtet W. v. n. a., daß die Differenzen bei Wegeleben beigelegt sind, bei Dittmar haben mit Ausnahme von vier Kollegen alle übrigen den 60 Pfennig-Stundenlohn bewilligt erhalten. Da hier aber das Lohn-Accord-System eingeführt ist, muß erst noch ein Staffeltarif ausgearbeitet werden, worin die Stundenzahl der verschiedenen Lohnklassen und Arbeiten genau festgesetzt wird. Bei Ferd. Voigt und J. C. Pfaff, finden noch Unterhandlungen statt, es hat sich ergeben, daß bei diesen sogenannten kleinen Geschäften mit der schlechtesten Löhne gezahlt werden. Zum Beispiel giebt es bei Voigt für einen Alubauten in Leder 18 M. und bei Pfaff 22,50 M.

Bei andern Firmen wie Spinn u. Penke, Gerson usw. haben die Kollegen überhaupt nicht soviel Energie, den Stundenlohn von 60 Pfennig zu verlangen. Die freigelegte Presse für Kohlen und andre Bedarfsartikel werden auch wohl diese Herren noch mal zwingen, ihren Lohn entsprechend zu erhöhen. Einige kleinere Unternehmer zahlen wohl 8 Tage den 60 Pf.-Stundenlohn, ziehen aber dann, wenn die Kollegen nicht auf dem Posten sind, gleich wieder ab.

Alle Kollegen, welche noch Verbands- oder Reservefonds-Marken zu begleichen haben, werden ersucht, umgehend abzurechnen, da bis 1. Oktober alles geregelt sein muß.

**Verband deutscher Schuhmacher.** In einer am 17. d. M. stattgefundenen gutbesuchten Versammlung hielt Dr. Weyl einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: „Die geplante Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes“. In der Diskussion, an der sich mehrere Redner beteiligten, legte Weber in drastischer Weise dar, welche Auffassung die Gewerbe-Deputation von fabriks- und handwerksmäßigen Betrieben habe. So sei eine Schuhfabrik, welche mit mechanischen Maschinen arbeite, und in welcher nur Schuhwaren in größeren Mengen angefertigt würden, der Zwangsversicherungslasse überwiesen, weil nach den Maaßstäben auf einen handwerksmäßigen Betrieb zu schließen sei. Als es sich aber darum handelte, einem erkrankten Arbeiter einem Krankenhaus zu überweisen, lehnte die Jnnungs-Krankenkasse die Zuständigkeit ab. — Unter Verschiedenem entspann sich sodann noch eine längere Debatte über eine interne Angelegenheit und Verlegung des Bureaus.

## Parteitag.

Freitag, 20. September.

Nachmittags-Sitzung.

Die Debatte über die Landtagswahlbeteiligung wird fortgesetzt. Quard zieht seine Resolution zurück und beantragt dafür, die

Resolution Webel wie folgt zu amendieren: „Der Parteitag wolle beschließen: in denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassenwahlrecht besteht, sind die Parteigenossen verpflichtet, bei den nächsten Wahlen mit eignen Wahlmännern in die Wahlbeteiligung einzutreten. Für die Landtagswahlen in Preußen bildet der Parteivorstand das Central-Wahlkomitee. Ohne dessen Zustimmung dürfen die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen keinerlei Abmachungen mit bürgerlichen Parteien treffen.“

Haase-Königsberg befürwortet die Resolution Webel mit dem Amendement Quard, Redner weist auf die große Bedeutung der Wahlbeteiligung mit eignen Wahlmännern hin, namentlich in Hinsicht auf die Agitation unter den Landarbeitern, die jetzt eine gewisse politische Selbständigkeit gewinnen. — Jubel! Berlin spricht entschieden gegen die Wahlbeteiligung. — Hendrich-Karlstraße verteidigt gegenüber Webel die badeischen Wahlkompromisse. — Kiesel-Berlin verwirft die Resolution Webel, während Quard-Frankfurt a. M. mit Rücksicht auf die günstigen Frankfurter Erfahrungen die Wahlbeteiligung befürwortet und sein Amendement empfiehlt. — Grenz-Leipzig ist ein Gegner der Wahlbeteiligung, ihm tritt Niemann-Geminitz entgegen.

Als entschiedene Gegner der Wahlbeteiligung traten gegenüber Bruhs, der sich auf die Breslauer Erfahrungen berief, Schrader-Brämsche, Frau Jherer und Hoffmann-Berlin auf; „man solle die Partei nicht auf die schiefen Kompromissebene führen.“ Hoffmann beantragt, aus der Resolution Webel die Worte „für Preußen“ zu streichen und dadurch die Kompromisskontrolle über sämtliche Landtagswahlen im Reiche in die Hände des Parteivorstands zu legen. Diesen Antrag bekämpft Quard, da er sich auch auf die zum Teil nicht unter dem Dreiklassenwahlrecht sich vollziehenden Thüringischen Wahlen beziehe, bei denen Kompromisse nicht zu entbehren seien. Während Stadthagen vor einem Zwang zur Wahlbeteiligung warnte und die Entscheidung wie bisher den einzelnen Wahlkreisen überlassen wollte, bekamen sich die folgenden Redner, Ullensbaum und Gewehr aus Elberfeld, sowie Göller aus Frankfurt a. M. als entschiedene Anhänger der Beteiligung. Die Elberfelder wiesen darauf hin, daß bei ihren Wahlen die Wahlmänner laut und freudig ihre Stimmen für Rollenwahl zwischen Kommerzienräten und Millionären abgegeben haben. Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird die weitere Veratung auf morgen vertagt.

Singer verläßt das Ergebnis der vollzogenen Wahlen. Stimmgettel wurden abgegeben 221, wovon bei den Controleurwahlen sich 5 ungültige befanden. Es erhielten bei der Abstimmung über den Ort für den nächsten Parteitag Lübeck 71, Dresden 59, Magdeburg 46, Bremen 16, Leipzig 14. Lübeck ist somit als Ort für den nächsten Parteitag gewählt. (Beifall.)

Für den Parteivorstand erhielten Stimmen: Webel 220, Singer 220 als Vorsitzende, Auer 220, Pfannkuch 220 als Schriftführer, Gerisch 220 als Kassierer, Rosa Luxemburg 1, Kagenstein 1, Dr. Schoenlant 1, Adolf Hoffmann 1 ohne Angabe des Amtes.

Webel, Singer, Auer, Pfannkuch und Gerisch sind somit gewählt. (Bravo.)

Für die Controleure erhielten: Meister 204, Raden 184, Reyer 171, Bränsche 169, Jettin 164, Ehrhardt 157, Auen 130, Kramer 96 und Dr. David 81 Stimmen. Diese neun Genossen sind zu Controleuren gewählt.

Außerdem wurden noch Stimmen abgegeben: Für Meiß 85, Echem 83, Dabber 80, Kühn 74, Braun 72, Pfarr 58, Bruhs 54, Hoffmann 27, Verthold 15, Grenz 3, Koyke 1, Luxemburg 1, Stubbe 1 und Frau Jher 1.

Der Parteitag wird voraussichtlich Freitagmittag geschlossen. Am Freitagnachmittag wird eine Abschiedsunternehmung. Schluß 6 Uhr.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Haag, 20. September. (B. G.) Der Minister des Aeußern erklärte in der heutigen Kammer Sitzung, die holländische Regierung habe dem Präsidenten Krüger ein holländisches Kriegsschiff zur Verfügung gestellt, nachdem sie vorher die englische Regierung davon in Kenntnis gesetzt hatte. Letztere habe erklärt, sie habe nichts dagegen einzuwenden.

Paris, 20. September. (B. G.) Die diesjährige Getreide-Ernte in Frankreich wird auf 167 Millionen Hektoliter geschätzt gegen 122 Millionen im Vorjahre.

Madrid, 20. Septbr. (B. G.) Infolge heftigen Sturms sind in Amerika sämtliche Flüsse aus den Ufern getreten. Einige Städte sind überflutet. Auch aus Oran werden heftige Stürme mit Regengüssen gemeldet; mehrere Häuser sind eingestürzt, viele Personen verunglückt. Die Soldaten der Fremdenlegion zeigten sich bei den Aufstellungen wesentlich aus. Der Eisenbahnverkehr ist unterbrochen, weil viele Eisenbahnbrücken unterpakt sind.

London, 20. September. (B. G.) Nach einer Meldung aus Hongkong werden daselbst unter den Eingeborenen massenhafte Flugschriften verteilt, in welchen mitgeteilt wird, die verbündeten Truppen seien von den Chinesen geschlagen, Peking werde noch belagert, die Großmächte mühten den Chinesen bedeutende Entschädigungen zahlen und sämtliche von den Verbündeten im Süden besetzten Gebiete mühten an China zurückgeliefert werden. — Man befürchtet infolge dieser Flugschriften neue Gärung unter der Bevölkerung.

London, 20. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein amtliches Telegramm, das über die am 10. September durch eine von Tientsin entsandte Streitmacht vorgenommene Verhinderung von Tientsin berichtet, teilt auch mit, die benachbarte große Stadt Tsching-Dal sei unter der Bedingung gelockert worden, daß ein Missionar und vier Frauen und Kinder, welche in Hai-nan-hien sich verborgen hielten, unverletzt nach Tientsin gebracht würden. Der Mandarin nahm diese Bedingung an. Tsching-Dal, 30 Meilen von Tientsin, ist die letzte Bogenfeste in der Nähe Tientsins.

Washington, 20. September. (B. G.) Bei Ueberreichung der Circulardepesche des Grafen v. Sälow erklärte der deutsche Geschäftsträger Herr Speck von Sternburg, daß Deutschland in erster Linie auf der Verfrachtung der Ueberbringer des Ausfalls in China bestuhe und daß die deutsche Note den Zweck habe, einen Meinungs-austausch zwischen den Mächten herbeizuführen. Der Vertreter der „Paris Nouvelles“ hatte eine Unterredung mit dem Geschäftsträger, in welcher dieser erklärte, Deutschland wolle die Angelegenheit der Mächte und habe durchaus nicht die Absicht, allem vorzugehen. Die deutsche Regierung mache Vorschläge, damit zum Zweck einer Verständigung ein Meinungs-austausch stattfinden könne. Im Ministerium des Aeußern wurde übrigens Herr v. Sternburg erklärt, daß im morgigen Ministerium über die deutsche Note beraten werden wird. — In Washington ist man der Ansicht, daß durch die deutsche Note die Krise in China noch verschärft wird.

Lourenco Marques, 20. September. (Telegramm des Reuterschen Bureaus.) Das gemeldete Gesetzt an der portugiesischen Grenze war, wie sich herausgestellt hat, nur ein Schornstein zwischen Kaffern und Boeren, welche letzteren sich in einer starken Stellung 300 Harde von der Station Restano Garcia befanden. Portugiesische Truppen patrouillieren in den Bergen und beobachten die Vorgänge scharf.



Socialdemokratischer Parteitag in Mainz.

Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch nachmittags-Sitzung.

Mainz, 19. September 1900.

Beginn 2 1/2 Uhr. Den Vorsitz führt Singer. Die Beratung des Antrags 62 wird fortgesetzt.

Abler: Kiel:

Ich halte die Alkoholfrage für wichtig und bin persönlich Alkoholgegner, aber ich bin trotzdem dagegen, daß der Parteitag diese Frage auf seine Tagesordnung setzt. So sehr wir als Menschen den Alkoholismus bekämpfen müssen, so sehr auch die Partei Vorteil davon hat, wenn er abnimmt, können wir die Agitation dagegen nicht zur Parteifache machen. Lassen Sie uns gehen, daß, wenn man ein bestimmtes Ziel erreichen will, man einzig und allein einen Punkt ins Auge faßt und umbeirrt durch alles andere darauf losgehen muß. Nehmen wir den Antrag ab und halten wir fest an dem Grundsatz: Alkohol ist Privatfache. (Weiterleit.)

Hickmann-München:

Ich stimme dem Vorredner durchaus bei. Als eine Beleidigung des Arbeiterstandes weise ich die Besetzung des Begründers des Antrags zurück, daß die Arbeiter dem Schnapsgegner am meisten fröhnen. Ich weiß nicht, in welchen Arbeiterkreisen Dr. Erdmann verkehrt. Ich komme mit sehr viel Arbeitern zusammen, aber Drinker sind nicht darunter. Freilich, manche Arbeiter würden froh sein, wenn sie hier und da eine Maß mehr trinken könnten. (Weiterleit.)

Braun-Königsberg:

Unsere Gegner werden die Reden der Vorredner als eine Verherrlichung des Alkoholismus auffassen. Wer in Bezirken zu thun hat, wo die Menschen durch Alkohol verblödet sind, der wird nicht dem Grundsatz huldigen, daß Alkohol Privatfache ist. In Westpreußen, z. B. in Danzig, ist der Schnapsgegner mit ein Hindernis für unsere Agitation. Wir gewinnen dort besonders die Frauen nicht, diese sagen uns immer: „Auch Ihr entschuldigt ja noch das Schnaps-trinken!“ Wir haben doch nicht nur das Endziel im Auge, sondern wollen auch in der heutigen Gesellschaftsordnung die Lage der Arbeiter möglichst heben; aber gerade der Schnapsgegner verleiht der Lage der Arbeiter. Durch eine Agitation gegen den Alkoholismus werden wir namentlich in den östlichen Provinzen weiter kommen. (Weifall.)

Burm:

Bei der Frage des Alkoholismus muß man streng unterscheiden, was bisher nicht geschehen ist, zwischen dem mäßigen Genuß von Alkohol und der Verheerung weiter Volkskreise durch den übermäßigen Genuß von Alkohol. Es ist richtig, daß in gewissen Bezirken der Genuß von Alkohol unentbehrlich für weite Volkskreise ist, weil durch Sitten, Gewohnheit und andere Verhältnisse es absolut notwendig ist, daß alkoholische Getränke getrunken werden. Dem Alkoholismus gegenüber aber hat die Partei, die sich mit sozialen Verhältnissen beschäftigt, allerdings Stellung zu nehmen, doch meine ich nicht, daß es notwendig ist, das durch ein besonderes Referat auf dem Parteitage zu thun. Wir haben uns ja nur die eine Frage vorzulegen, die oft genug in Broschüren und Zeitungsartikeln in der Presse erörtert worden ist: wie weit kann der Alkoholismus, der ja nur ein Symptom der Verelendung weiterer Volksschichten ist, beseitigt werden neben der allgemeinen Armut, die wir an dem kranken sozialen Körper anstellen wollen? Dazu müssen wir auf die Ursachen des Alkoholismus zurückblicken. Der Alkoholismus ist 1. eine Lohfrage, d. h. er ist abhängig von dem geringen Einkommen der Bevölkerung, die bei schlechter, ungenügender Ernährung dazu getrieben wird, durch den Alkoholgenuß sich eine Sättigung vorzutun, die nur die Ernährung zu gewähren im Stande ist, oder eine schlechte Nahrung sich schmackhafter zu machen. Der Alkoholismus ist aber auch eine Wohnfrage; denn alle diejenigen, die in schlechten Wohnungen hausen müssen, in denen sie kein Heim finden, werden hinausgetrieben in das Wirtshaus, sie müssen dort verkehren, sie werden dazu weiter getrieben durch die Geselligkeit und so wird aus dem mäßigen Genuß die Völlerei. Dabei aber berühren wir auch den Punkt, der am wenigsten bisher beim Kampf gegen den Alkoholismus beachtet wird, daß es nicht immer nur die sociale Not zu sein braucht, welche die Leute ins Wirtshaus treibt, um übermäßigen Alkoholismus, sondern daß es auch ein edles gutes Motiv sein kann, nämlich der Hang zur Geselligkeit, zur Gemütsheilung. Der Arbeiter hat dasselbe Recht und dasselbe Bedürfnis wie jeder andre, mit seinen Freunden zusammen zu kommen, in fröhlicher Geselligkeit sich zu unterhalten. Dazu stehen ihm aber unter den heutigen Verhältnissen keine andern Räume zur Verfügung als solche, in denen er gezwungen wird, alkoholische Getränke zu trinken, weil es andres nicht gibt oder es nicht als richtig betrachtet wird, andres als Loh zu verkehren. Hier ist eine Aufgabe für alle, die auf kommunalem Gebiet tätig sind, dafür zu sorgen, daß von den Gemeinden Erholungsstätten geschaffen werden, in denen der Arbeiter mit seinen Freunden sich zusammenfinden kann, in denen er nicht gezwungen, irgend etwas zu verkehren, in denen er aber durchaus nicht zum Temperenzler gekehrt werden soll. Denn es ist unendlich, unter den heutigen Verhältnissen plötzlich aus einer alkoholisch-verzehrenden Bevölkerung Temperenzler zu machen; solche Sprünge duldet die Natur nicht. Aber man kann wohl aus einer schnapsverzehrenden eine nur einem vernünftigen Alkoholgenuß sich hingebende Bevölkerung machen, die ein leicht belohnliches Bier trinkt, und aus einer biertrinkenden Bevölkerung ganze und halbe Temperenzler machen, wenn man nicht gezwungen ist, dem Biergenuß zu fröhnen, wenn man längere Zeit mit seinen Freunden zusammen sein will. Erholungsstätten, Versammlungsräume, in denen Geselligkeit gepflogen wird, die sind es, die dem Alkoholismus einen starken Damm ziehen werden. Nicht allein Beschaffenheit, nicht allein Bibliothekszimmer; denn nicht jeder ist in der Lage, nach des Tags angestrengter Arbeit sich dem geistigen Genuß hinzugeben, er braucht leichtere Unterhaltung. Die Schweizer Bildungsvereine haben solche Lokale, in denen niemand gezwungen wird, etwas zu verkehren, in denen Getränke, auch Bier, gereicht wird, aber Schnaps selbstverständlich ausgeschlossen ist. Auf diese Weise lassen sich weite Kreise dem schrecklichen Elend entziehen, das allerdings durch den Schnaps über die Bevölkerung gebracht wird. Man vergesse aber nicht, daß man tauben Ohren predigt, wenn man nur durch Belehrung, nur durch Aufklärung vorgehen will und nicht gleichzeitig den Leuten die praktische Möglichkeit giebt, das zu thun, was sie selbst gern möchten, wenn ihnen nur die Wege dazu offen ständen. Und die Wege fehlen überall. Es sind Änderungen, daß irgendwo den Arbeitern eine Stätte geschaffen ist, in der sie sich versammeln können, ohne zum Alkoholgenuß genötigt zu sein; es sind Änderungen, daß die Wohnungsverhältnisse des Arbeiters so beschaffen sind, daß er in seinem Heim seine Freunde bei sich sehen oder auch nur sich wohl fühlen könnte. Daß die Lohnfrage aber die Hauptfache bleibt, dürfen wir nicht aus den Augen lassen, und es würde unserer ganzen Stellung nicht angemessen sein, wenn wir uns plötzlich auf eine Symptomkuriererei einlassen wollten; es wäre ein Krampfzugnis für den Parteitag, wenn wir meinten, wir könnten die Alkoholfrage herausgreifen aus den übrigen sozialen Fragen. Die Guttempler, die Temperenzler, all die guten Leute und schlechten Missionen, die die Alkoholfrage lösen wollen losgelöst von der Frage der Arbeiterbewegung, der Lohnfrage, die

haben gut predigen, die wuschen den Belz und machen ihn nicht naß, die sind gut geschrieben bei den hohen Herrschaften, den auch wohlwollenden, denn es kostet nicht viel, was die Herren vorschlagen. Die beste Bekämpfung des Alkoholismus ist, daß man das Volkselement mit der Wurzel ausschneidet, daß man dem Volke bessere Wohn- und Ernährungsverhältnisse schafft, und was ich sonst als Aufgaben auf dem Gebiete der kommunalpolitisch gestreift habe. Ich bestrafe also, daß wir den Antrag ablehnen. Die Socialdemokratie ist die gedorne Vorkämpferin gegen den Alkoholismus; niemand hat ein größeres Interesse als die Arbeiterklasse, ihn zu bekämpfen. Schauen wir nur um uns; in den Bezirken, wo wir gar keine Erfolge haben, da herrscht der Alkoholismus, es sind die schwarzen und schwarz-weißen Bezirke, wo er zu Hause ist. Da, wo die Arbeiterbewegung Fuß fassen soll, muß erst dieses Uebel überwunden sein, und wir haben daher alles Interesse, ihn zu bekämpfen. Aber wir wollen uns nicht zu Kurpfuschern degradieren und dieses Symptom kurieren, und nicht ihm, als ob dieses Symptom losgelöst von allen sozialen Erscheinungen bekämpft werden kann. (Lebhafter Beifall.)

Rahl-Duisburg:

Meine Erfahrungen in der Agitation in den Industriebezirken Rheinland-Westfalens lassen mich Sie bitten, dem Antrag zuzustimmen. Es steht dort ebenso schlimm wie in Westpreußen. Wir dürfen nicht sagen: der Alkohol ist Privatfache. Nimmt der Parteitag gegen den Alkohol Stellung, dann wird der Alkohol auch von den Arbeitern besser bekämpft werden.

Der Antrag wird abgelehnt.

Es folgt der Antrag, auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags die Wohnungsfrage zu setzen. Der Antrag wird von König-Bogum

begründet: Wir müssen dafür sorgen, daß der Arbeiter besser und billiger wohnt. Im Kohlengebiet sind tausende stehender Arbeiter eingemauert und in Kolonien untergebracht worden. Dorthin darf kein socialdemokratisches und gewerkschaftliches Flugblatt gebracht werden. Ein Direktor hat offen erklärt, daß diese Kolonien als Streikbrecher verwandt werden sollen. In den Kolonien seien sie gegen socialdemokratischen Terrorismus geschützt. Der Antrag wird angenommen.

Es folgt der

Bericht der Kommission über das Organisationsstatut.

Berichterstatter ist

Auer:

Die ausführliche Diskussion im Plenum hat die Absichten festgestellt, daß wir in der Kommission sofort in die Specialdiskussion eintreten könnten, die sich in der Hauptsache um die ersten drei Paragraphen des Entwurfs drehte. Die Wünsche, die zu § 1 vorgebracht wurden, sind Ihnen bekannt. In der Kommission drehte es sich hauptsächlich um die Frage, was unter dauernder Unterstützung der Partei durch Geld zu verstehen sei, und wir sind uns dahin schlüssig geworden, daß, wo Partei-Organisationen bestehen, der Beitrag zu dieser Organisation genügt, um die Parteizugehörigkeit zu dokumentieren, wo keine Organisation besteht, ist eine anderweitige finanzielle Unterstützung, wie sie ja jetzt auch eintritt, ein genügendes Erfordernis für die Parteizugehörigkeit. Genau umdrehen, für alle Verhältnisse zutreffende Formen zu finden, ist unmöglich, wir müssen uns auf die Intelligenz der Genossen verlassen. Ich bitte Sie, § 1 in unveränderter Form anzunehmen.

Bei § 2 hat der Antrag 2, der vom Ausschluß handelt, in der Kommission dieselben Angriffe erfahren wie hier im Plenum. Ich gab die Erklärung ab, daß uns nichts an der Form liegt und daß wir bereit seien, auf den Antrag Wiesbaden einzugehen. Trotzdem wurde in der Kommission derselbe Tadel des Vorstands laut wie vorgestern hier — überschlüssig, meine ich; aber des Menschen Wille ist kein Himmelreich. Einiges ist in dem Wiesbadener Antrag nicht beibehalten worden. Die Kommission hat sich schließlich auf folgende Fassung geeinigt, die redaktionell noch mangelhaft sein mag, wir hatten keine Zeit, eine Redaktionskommission einzusetzen, um allem die absolut korrekte Form zu geben:

Weber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das aus mindestens drei Mitgliedern besteht, und das der Parteivorstand beruft. Die Hälfte der Beisitzer wird von denjenigen bezeichnet, welche den Ausschluß beantragen, die andre Hälfte von dem durch diesen Antrag Betroffenen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand.

Durch diese Fassung sind wohl alle Wünsche zum Ausdruck gebracht. Der Wiesbadener Antrag ist jetzt dahin geändert, daß nicht mehr vorgeschrieben ist, daß das Schiedsgericht nur aus drei Personen bestehen darf. Wir sagen jetzt: aus mindestens drei. Unter Umständen ist es angebracht, mehr zu berufen. Die Möglichkeit dazu ist jetzt vorhanden. Auch dem Bedenken, daß der Vorstand doch nicht überall hinzufinden könne, wo ein Konflikt besteht, ist begegnet, indem gesagt ist: Der Vorstand bezeichnet den Vorsitzenden. Er kann entweder eine Person aus seiner Mitte dazu bezeichnen, oder eine andre Person berufen. Die übrigen Bestimmungen des § 2 sind unverändert geblieben. Ich bitte, es dabei zu belassen.

In der Kommission ist dieselbe Erscheinung zu Tage getreten, wie in der Fraktion. Die juristischen Mitglieder waren sich darüber einig, daß die Vorstandsbestimmung in § 2, wonach mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausscheidung aus der Partei der bisherige Genosse aller früheren Rechte verlustig geht, notwendig sei. Ich bitte auch Sie, sich mit dieser Bestimmung einverstanden zu erklären. Bei § 3 kam der Gegensatz zwischen dem Vereins- und dem Vertrauensmännerstystem zu Tage. Besonders die Frauen sprachen den Wunsch aus, daß ihre Vertreter mehr als bisher zu den direkten Parteianglegenheiten herangezogen werden mögen. Wir waren der Ansicht, daß es unmöglich ist, von vornherein bestimmte Normen für die Organisationsform aufzustellen, die Entscheidung darüber muß den Genossen an den einzelnen Orten oder Ländern überlassen bleiben. Die Kommission hat sich deshalb mit großer Mehrheit für die Verbeibehaltung des § 3 in der Form des ursprünglichen Entwurfs ausgesprochen. Bei dieser Gelegenheit haben wir auch die von den Frauen beantragte Resolution Nr. 72 angenommen, und ich bin beauftragt, im Namen der Kommission an die Parteigenossen allerorts den Wunsch zu richten und die Delegierten aufzufordern, mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft dahin zu wirken, daß die Wünsche der Frauen, soweit irgend möglich, erfüllt werden. Das ist einfach ein Gehot der Selbsterhaltung der Partei. Es geht nicht, daß wir im praktischen Leben nicht den Grundgedanken unseres Programms entsprechend handeln. Es ist doch keine Entschuldigung, zu sagen: weiß der Teufel, mit den Weibern ist nicht auszukommen. (Weiterleit.) Das mag ja zutreffen (Weiterleit), und manche von uns haben gewiß sehr unangenehme Erfahrungen gemacht, aber die Kommission hat sich gesagt, hier sollen die Männer einmal beweisen, daß das was sie so gern von sich behaupten, daß sie nämlich eine Rance höher sind wie das andre Geschlecht (Weiterleit), auch wirklich zutrifft. Die Männer sollen hier nachgeben und sich als die Geschiedenen zeigen. Ich bitte Sie also namens der Kommission, der Resolution entsprechend zu handeln. Die Wünsche der Frauen sind ja im großen und ganzen sehr bescheiden, sie wünschen, daß ihre Vertrauenspersonen zu den Vorberatungen und Vorbereitungen in engeren Kreise herangezogen werden. Was kann schlimmstenfalls dabei herauskommen, wenn diesem berechtigten Wunsch entsprochen wird? Es werden in den Zusammenkünften ein paar Reden mehr gehalten (Weiterleit), es werden so viel überflüssige Reden gehalten, daß es auf ein paar mehr oder weniger genügt nicht ankommt (Weiter-

leit), wobei ich nicht sagen will, daß etwa die Reden der Frauen überflüssig sind. Was kann es schaden, wenn den Frauen die Gründe für bestimmte Handlungen auseinandergesetzt werden. (S o e n e n : Wenn sie sie aber nicht glauben!) Ja, das kommt doch nur auf die Verbindlichkeit an. Ich bin seit Jahren als jemand verkehrt, der mit den Frauen gar nicht gut sieht, aber wenn mir mal daran liegt, mich mit ihnen auf guten Fuß zu stellen, dann kriegt ich sie alle herum. (Große Heiterkeit.) Also sorgen Sie dafür, daß die berechtigten Beschwerden der Frauen in Zukunft nicht mehr an uns kommen. Die nervöse Erregung unserer Frauen ist ja leider zu erklärlich, wenn man bedenkt, daß trotz jahrelanger aufreibender Tätigkeit ihre Erfolge nur minimal sind. Ich fürchte, daß auch die nächste Zeit uns noch keine große Frauenbewegung bringen wird. Es ist eine eigentümliche Erscheinung, daß die Tätigkeit der Frauen unserer hervorragendsten Parteigenossen für die Partei eine sehr geringe ist. Ich kenne einen, der mir sehr nahe steht (Weiterleit), der da auch in Betracht kommt. Eine ganze Reihe dieser Frauen sind sehr gute Parteigenossen, aber es fehlt ihnen die Fähigkeit, sich im öffentlichen Leben zu betätigen, sie sind mit allem einverstanden, was ihr Mann thut. Auch der Geldpunkt kommt in Betracht. Bei dem geringen Einkommen vieler Arbeiterfamilien spielen die Vereinsbeiträge der Frau neben denen des Mannes doch auch eine Rolle. All das zusammen bewirkt, daß die Frauenbewegung nicht den gewünschten Erfolg hat. Um so mehr sind wir verpflichtet, die Bestrebungen der Frauen zu unterstützen, und deshalb bitte ich Sie, der Resolution zuzustimmen. Die §§ 4—12 sind ohne jede Änderung angenommen. Sie werden mir dankbar sein, wenn ich darüber kein Wort mehr sage.

Geändert wurde § 13, der von der Zusammensetzung des Parteivorstands handelt. Die Kommission hat dem Antrag Scholz-Berlin entsprochen, daß der Parteivorstand in Zukunft aus 7 Personen bestehen soll, und zwar aus zwei Vorsitzenden, zwei Schriftführern, einem Kassierer und zwei Beisitzern. Der Antrag ist aus den hier bereits erörterten Gründen angenommen worden. Ich teile allerdings die Auffassung der Genossen Zeilin nicht, daß es für den jungen Nachwuchs ist, sich einzuarbeiten, denn es handelt sich ja immer nur um den Erfolg einzelner Personen, nicht aber des gesamten Vorstands. Die Kommissariat im Vorstande bleibt bestehen. Aber wenn es der Parteitag für notwendig hält, seine oberste Exekutive um zwei Personen zu vermehren, so brauchen wir darüber nicht erst zu reden. Wir sind ganz gut mit einander ausgekommen, und wir stehen wieder auch ganz gut mit einander auskommen.

Weiter fragte es sich, wie die Beisitzer gewählt werden sollen. Die Antragsteller hatten wohl ursprünglich die Absicht, daß ihre Wahl genau so erfolgen soll wie die der übrigen Parteimitglieder. Aber es handelt sich hier nicht um bezahlte Parteimitglieder, und deshalb sind wir auf Berlin angewiesen, oder aber wir müssen andre Genossen, die wir für geeignet halten, zu Berlinern machen. Dagegen wurde eingewandt, daß wir damit den prinzipiellen Boden verlassen, den wir bisher in dieser Beziehung innegehalten haben. Bisher haben wir die Parteimitglieder auf dem Parteitag gewählt ohne Rücksicht auf ihr Domizil. Aber bei dreien von ihnen handelte es sich doch um eine voll bezahlte Tätigkeit, und deshalb konnte man die Personen herholen, woher es gut schien. Es ist ja bekannt, daß 1890 ein Schriftführer aus London, ein anderer aus München geholt wurde, später holten wir ein Vorstandsmitglied aus Hamburg. Der eine Vorsitzende kam aus Sachsen, der andre war ein alter Berliner, der aber die Polizei eine Zeitlang, weil sie ihn dort nicht leiden wollte, herausgeschmissen hatte. Weiter wurde in der Kommission gesagt, man konstruierte ein Standrecht für die Berliner; auch wurde eingewandt, daß die betreffenden Personen zu Berlinisch empfinden (Zurufe.) Ja, ich sage nicht, daß das meine Meinung ist, ich muß Ihnen aber doch die Gründe der Kommission mitteilen, und Sie haben die Pflicht, sie anzuhören. Ich bin nur das Sprachrohr, der Automat. (Weiterleit.) Ich referierte nur: das Bedenken ist geltend gemacht worden, daß an Stelle der freien Wahl der Gesamtpartei ein Vorordnungsverfahren eingeführt wird, wobei der Parteitag sagt: es ist nicht die die Person, die wir wollen, sondern wir legen in die Parteigenossen des einen Ortes das Vertrauen, daß sie die Richtigen wählen. Es wurde gefragt: der Natur der Sache nach müssen dann die Berliner gefragt werden, wen halten Sie für fähig, ein solches Amt zu bekleiden und auch in der sozialen Stellung, um zwei- bis dreimal in der Woche nachmittags an einer mandatompl plötzlich eintretenden Vorstandssitzung teilzunehmen. Aus dieser Gründen wurden Bedenken erhoben gegen den ursprünglichen Vorschlag, die Wahl schon hier zu treffen. Es wurde angeregt, vorübergehend und für das erste Mal der Kontrollkommission die Befugnis zu übertragen, die beiden Beisitzer zu wählen. Weber die Vernehmung des Vorstands um 2 Mitglieder wurde nicht weiter geredet, sie wurde einfach angenommen. Von einer dritten Seite wurde angeregt, die Auswahl von Beisitzern der Fraktion zu übertragen, die sie aus ihrer Mitte zu ernennen hätte. Man frugte sich dabei darauf, daß schon jetzt bei jeder größeren Parteilaktion der Vorstand regelmäßig, wenn es nur irgendwie angeht, die Entscheidung der Fraktion, den Vertrauensmännern der Partei, unterbreitet und ihrer Anregung und ihrem Rats folgt. Wenn also, so wurde gefragt, die Fraktion schon jetzt einen derartigen Einfluß ausübt, dann ist es viel besser, wir verwandeln in geschriebenes Recht, was sich aus dem Gang der Dinge in der Partei bereits als ungeschriebenes Recht entwickelt hat. Dagegen wurden verschiedene Bedenken erhoben. Das Resultat der Abstimmung war, daß die Vernehmung des Vorstands und die beiden Beisitzer beschlossen wurde. Danach heißt es im Statut:

Die Wahl der Vorsitzenden, Schriftführer und des Kassierers erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettel in einem Wahlgang und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Die Wahl der zwei Beisitzer erfolgt durch die Kontrollkommission.

Die Mehrheit der Kommission hat es also abgelehnt, die Wahl der Beisitzer der Fraktion zu übertragen. Auch der Gedanke, ein Provisorium zu schaffen, wurde abgelehnt. Die Kontrollkommission soll buchstäblich damit betraut werden. Ob diese Lösung glücklich ist, muß ich dahingestellt sein lassen. Im Wirklichkeit fassen wir ja unsere Beschlüsse immer nur für ein einziges Geschäftsjahr. Im nächsten Jahre sind wir souverän; wir können eine andre Bestimmung treffen und die jetzige wieder streichen, wenn sie sich nicht bewährt. In Verhinderung dieses Umstands bitte ich Sie, den Vorschlag der Kommission anzunehmen. Vollgültiges haben wir noch nicht schaffen können; es handelt sich um ein Experiment.

Schließlich ist noch der Antrag Berlin III in einer besseren Form angenommen worden. Folgender Zusatz wurde beschlossen: „Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitagtag Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.“ Weitere Änderungen hat die Kommission nicht vorgenommen. Geredet wurde noch über den § 18, die Stellung des „Vorwärts“ und der Verhandlung Vorwärts, aber die Anträge wurden abgelehnt.

Nach habe ich Sie zu bitten, dem Parteivorstand zu ermächtigen, unter Zugiehung des Vorsitzenden der Kommission und vielleicht Ihres Schriftführers unsere Beschlüsse formell zu revidieren und als Redaktionskommission zu wirken.

Am Schluß bitte ich Sie im Namen der Kommission, unsere Beschlüsse en bloc anzunehmen. Das ist kein neuer Vorgang. In Halle haben wir es auch so gemacht. Etwas Besseres ließ sich nicht schaffen, alle Wünsche liegen hier nicht erfüllt. Aber das Notwendige ist geschaffen worden. Im Interesse einer gedeihlichen und raschen



Entwicklung unserer Geschäfte bitte ich um en bloc-Aannahme. (Beifall.)

**Vorsitzender Singer:** Eine en bloc-Aannahme ist nur dann zulässig, wenn von keiner Seite Widerspruch erfolgt. Erfolgt Widerspruch?

**Bergmann-Mülheim a. Rh.** erhebt Widerspruch.  
**Singer:** Damit ist die en bloc-Aannahme unmöglich geworden. Da mir aber auch an der glatten Erledigung unserer Geschäfte liegt, so frage ich, ob der Widerspruch auch gegen die en bloc-Aannahme der in der Kommission unverändert gebliebenen Teile des Organisations-Entwurfs gelten solle.

**Bergmann** erklärt, daß er nur deshalb Widerspruch erhoben habe, weil er das gebundene Mandat habe, gegen den § 1 in der neuen Fassung zu stimmen.

**Singer:** Dann liegt dem Widerspruch nur ein Verstoß zu Grunde. Mit dem Beschluß der en bloc-Aannahme ist nicht der Zwang verbunden, für den Entwurf zu stimmen.

**Bergmann** zieht seinen Widerspruch zurück.

**Singer:** Der en bloc-Aannahme steht jetzt kein Widerspruch mehr entgegen.  
Bei der Abstimmung wird die Organisation nach dem Vorschlag der Kommission mit großer Mehrheit en bloc angenommen. Angenommen wird gleichfalls die dazu gehörige Resolution 72. Alle übrigen Anträge werden durch diesen Beschluß für erledigt erklärt.

Es folgt der achte Punkt der Tagesordnung:

**Die Verkehrs- und Handelspolitik.**  
Hierauf liegt die Resolution 65 (im Depeschenteil der gestrigen Nummer abgedruckt, D. Ned.) vor, in welcher v. Vollmar zwei Streichungen beantragt: erstens im Schlussabsatz unter A Ziffer 1 der Worte „durch Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich“ und in Ziffer 3 der Worte „hauptsächlich für den Bau des Mittellandkanals“.

**Referent Calver:**  
Der Gesichtspunkt, von dem aus ich die Verkehrs- und Handelspolitik betrachten will, ist mir aufgegedrängt worden durch einen Beschluß der Organisation der deutschen Berg- und Hüttenleute auf ihrer letzten Generalversammlung in Alsenburg, der bisher in der Öffentlichkeit, namentlich auch in unserer Parteipresse nicht genügend gewürdigt worden ist. Es handelte sich um die Konkurrenz ausländischer Arbeiter und auch polnischer Arbeiter aus anderen deutschen Gegenden, und der Beschluß lautet:

„Die Generalversammlung ergeht die Reichsregierung, den Import fremdsprachiger, ausländischer Arbeiter in die Bergreviere zu verbieten, da die Unkenntnis der deutschen Sprache im Bergbau die Gefahren derselben erheblich erhöht. Auch die Rechtlosigkeit der ausländischen Arbeiter bezüglich ihres Anteils an den Verschönerungsklassen (Knappheitsklassen) legt es uns nahe, im Interesse der Ausländer deren die weitere Anwerbung derselben zu protestieren.“

Man mag über die Motive und offizielle Begründung dieses Antrags denken, wie man will; zweifellos liegt hier ein schon zöllnerischer Beschluß vor. Eine deutsche Arbeiterorganisation spricht es offen aus, daß wir uns gegen die Einfuhr von fremden Arbeitern sogar durch ein direktes Verbot schützen sollen. Im Prinzip ist, meine ich, gegen diesen Standpunkt gar nicht so viel einzuwenden, wenn wir nicht Randesherren sein wollen, sondern im Gegenteile Leute, die die natürliche Konkurrenz unter Umständen beschänken wollen; aber so viel ist auch sicher, daß wenn erst die Arbeiter anfangen würden, durch eine prohibitive Politik sich gegenseitig auf dem Arbeitsmarkt zu belämpfen, das der Anfang vom Ende der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung sein könnte. Nun will ich gar nicht die Bedeutung dieses Beschlusses überschätzen, aber immerhin müssen wir doch, wenn ein solcher Beschluß von einer so hervorragenden Arbeiterorganisation wie den Bergarbeitern gefaßt wird, den Ursachen nachgehen, die dazu geführt haben und dazu führen, Gegensätze unter Arbeitern innerhalb eines einheitlichen nationalen Wirtschaftsgebietes und erst recht Gegensätze unter den Arbeitern auf dem internationalen Arbeitsmarkt zu schaffen; und wir müssen alle Mittel der Politik, namentlich die Verkehrs- und Handelspolitik in einer Weise zu gestalten suchen, daß solche Gegensätze erst gar nicht heranwachsen können, sondern daß sie möglichst hintangehalten werden.

Ich frage nun zunächst: kommen solche Gegensätze in der Arbeiterbewegung innerhalb des nationalen Arbeitsmarktes — auf den internationalen Arbeitsmarkt werde ich bei der Handelspolitik noch näher zu sprechen kommen — mehrfach vor und sind sie so bedeutend, um ihrerwegen der Verkehrspolitik einfach die Interessen der Arbeiterbewegung zu Grunde legen zu müssen?

Werfen Sie mit mir einen Blick auf den deutschen Arbeitsmarkt. Ich will gar nicht eingehen auf den Gegensatz zwischen Arbeiterverhältnissen auf dem platten Lande und in der Stadt, nicht auf die Sachlagen in der Arbeiterbewegung überhaupt, sondern auf die Sachlagen in der Arbeiterbewegung innerhalb der verschiedenen Gegenden und zu den unangenehmsten Erscheinungen gehören. Ich greife nur ein Gewerbe heraus, in welchem die Arbeitsverhältnisse überall ziemlich gleichartig liegen, die Maurer. (Zuruf: Die Intensität der Arbeit ist verschieden!) Da finden Sie nun einen Unterschied des Stundenlohns, der ganz gewaltig ist. Sie haben Orte, wo pro Stunde Maurerarbeit 60 Pfg. gezahlt wird, und andre, wo 10 Pfg. gezahlt wird. Sie werden zugeben, daß die Maurer an letzteren Orten ungleich leicht geneigt sein werden, an anderen Orten zu arbeiten, wo die Löhne höher sind; und das ganze Streikbrecherthema führt vielfach auf der Verschiedenheit der Löhne in den verschiedenen Gegenden. Die Verschiedenheiten in Lohn, Arbeitszeit und sonstigen Arbeitsbedingungen führen zu Gegensätzen, die auch innerhalb der Arbeiterbewegung zum Ausdruck kommen können. Aber wir haben allen Anlaß, Maßregeln zu ergreifen, um diese Gegensätze möglichst auszugleichen; und soweit sich diese Gegensätze im nationalen Rahmen auf dem deutschen Arbeitsmarkt bewegen, ist nicht das einzige, aber eines der ersten Mittel, die Möglichkeit des Ausgleichs zu schaffen, d. h. die Freizügigkeit der Arbeiter, die auf dem Papier steht, zu verwirklichen. Denn solange die Arbeiter nicht leichter diese Schwankungen in den Löhnen ausgleichen können, bleiben die Gegensätze bestehen, ja verschärfen sich unter Umständen und ihr Zusammenstoß auf dem Arbeitsmarkt häuft sich. Daher fordere ich in erster Linie von der deutschen Verkehrs- und Handelspolitik, daß die Personentarife, die Arbeiterklasse möglichst stark herabgesetzt werden. Daß sie für die Arbeiter viel zu hoch sind, brauche ich nicht auszuführen; welcher Schaden dadurch entsteht, dafür eine einfache Berechnung. Wenn wir die vierte Wagenklasse als die Arbeiterklasse anprechen, so werden täglich 500.000 befördert. Nehmen wir nun den zehnten Teil davon als solche, die gezogenen sind, nach einer anderen Stellung sich umzusehen und bei der Langsamkeit des Personenverkehrs in der vierten Klasse meist einen ganzen Tag verfahren, und rechnen wir 2 M. verlorenen Arbeitsverdienst und 2 M. Bezahlung auf der Reise, so ergibt sich ein Ausfall von 60 Millionen Mark im Jahre. Also die Tarife müssen ganz beträchtlich herabgesetzt werden.

Wie man aber im Reichstag vom preussischen Eisenbahnminister gehört hat, denkt man nicht daran; und es ist auch gar nicht abzusehen, wie bei der gegenwärtigen Organisation des Eisenbahnwesens ein derartiger Fortschritt für die Arbeiterklasse erreicht werden soll. Die Eisenbahnen bilden das finanzielle Rückgrat des preussischen Staats; die Tendenz ist gerade, noch eine Vermehrung der Eisenbahn-Überschüsse für die allgemeinen Ausgaben des Staats herbeizuführen. Diese Tarifpolitik stellt eine indirekte Besteuerung des reichenden Publikums dar. 11 Mark pro Kopf in Preußen, das ist eine Familiensteuer von 44 M., eine direkte Besteuerung auf die Produktion. Die Eisenbahnverwaltung wird von selbst in dieser Beziehung nicht reformieren, schon deshalb weil sie ganz selbständig in Bezug auf die Tarifbildung ist. Nun hätte ich es für etwas

ganz ungeheuerliches, daß in einem zentralisierten Volks- und Zollgebiet das Eisenbahnwesen nicht zentralisiert ist und vor allem dem Einfluß der Volkvertretung nicht untersteht. Ich habe nun vorgeschlagen, die Eisenbahnen auf das Reich zu übernehmen und zwar im Anschluß an eine alte Forderung aller wissenschaftlich fortschrittlich Gesinnten. Ich bin selbst Schiedsrichter und kann es ganz gut verstehen, daß die Eisenbahnen ihre Eisenbahnen nicht preisgeben wollen, daß sie sie nicht verpreußen lassen wollen. (Zuruf: Sehr richtig!) Ganz gut, aber so leicht gebe ich mich nicht gefangen, trotzdem ich den Vers leme; auf der schwäbische Eisenbahn giebt es viele Halbstationen! Und vielleicht gerade deshalb. (Zuruf: Heiterkeit.) So rasch geht es mit der Erfüllung unserer Forderungen nicht, und es ist ein sehr schwerer Zug von uns württembergischen Genossen, daß sie in ihr Programm die Forderung gestellt haben: vorläufig wollen wir unsere Eisenbahnen selbständig haben, für die Zukunft wollen wir sehen. Wir müssen für die Zukunft vorbereiten. Die wirtschaftlichen Verhältnisse gehen sehr rasch und wachsen auch den Regierungen über den Kopf. Die Konkurrenzverhältnisse gegenüber dem Ausland können, um die Produkte rasch hereinzulassen, dazu zwingen, eine gemeinsame Eisenbahnpolitik zu führen. Seit der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft macht sich der Gedanke der Reichseisenbahnen immer mehr geltend. Freilich der bayerische Minister v. Crailsheim sagt wie Vollmar: Wir geben die Selbständigkeit unserer Eisenbahnen nicht auf. Der württembergische Minister macht es wie unsere Genossen in Württemberg und am schlauesten ist der badische Minister, der sagt: man soll nie niemals sagen: Also wenn nicht für jetzt, aber für die Zukunft!

Kürzer kam ich in Bezug auf die Gütertarife sein. Daß ihre Herabsetzung für die Arbeiter mindestens von indirekten Nutzen ist, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Deshalb müssen wir auch für den Ausbau der Wasserstraßen eintreten, weil sie durch ihre billigen Transporte eine große Konkurrenz für die Eisenbahnen sind und diese zu einer Tarifermäßigung zwingen müssen. Ich gehe auf die Kanalfrage nicht ein; wir haben es nicht nötig, für die rheinisch-westfälischen Großindustriellen und besonders ins Zeug zu legen. Ich habe meiner Resolution die Klausel eingefügt, „im Notfall muß das Reich den Bau des Mittellandkanals übernehmen“; damit wollte ich nur zum Ausdruck bringen, daß nach der Verfassung Reichstag und Bundesrat schließlich das Recht haben, wenn die Landtage nicht wollen, den Bau der Wasserstraßen in die Hand zu nehmen.

Damit verlasse ich das Gebiet der Verkehrs- und Handelspolitik und komme zu der viel wichtigeren Handelspolitik. Denn die handelspolitische Frage ist für uns vorläufig eine rein akademische (Widerpruch), vorläufig können wir hier noch nicht bestimmend einwirken. Ganz anders ist es aber mit der Handelspolitik. Man übersieht da zu gern die Unterschiede auf dem internationalen Arbeitsmarkt. Wenn man vor Augen hat, wie verschiedenartig in den einzelnen Ländern die Lage der Arbeiter ist, dann würden wir nicht so ohne weiteres für die absolute Freiheit sein. Nach einer amerikanischen Statistik, die zwar nicht bis aufs Äußerste richtig ist, aber doch Anhaltspunkte giebt über die Lage und Produktionskraft der arbeitenden Klassen in den einzelnen Ländern, finden wir, daß zum Beispiel der Arbeiter in den Vereinigten Staaten jährlich eine Warenmenge im Werte von rund 7000 M. produziert, in England von 3318, in Deutschland und Frankreich von 2300, in Belgien von 1800, in Rußland von 1000, in Italien von 1100 M. Der Lohn der Arbeiter beträgt in den Vereinigten Staaten durchschnittlich 1461 M., in England 850 M., in Frankreich 785 M., Belgien 698 M., Deutschland 651 M., der Schweiz 680 M. usw. Das sind gewaltige Unterschiede. Der amerikanische Arbeiter verdient mehr als das Doppelte des deutschen Arbeiters, diese Tatsache müssen Sie zunächst einmal festhalten. Ich gehe, um sie noch deutlicher zu illustrieren, auf eine Zusammenstellung ein, die über die Lohnverhältnisse in den Vereinigten Staaten spezielle Auskunft giebt, und zwar sind diese Zahlen alle gewonnen aus amtlichen amerikanischen Lohnhebungen, die mindestens denselben Anspruch auf Glaubwürdigkeit haben wie die in Deutschland. Es sind in den Vereinigten Staaten z. B. die Arbeiter in der Eisenindustrie bedeutend besser gestellt als bei uns. In den Feinwollen, in den Grobwalzwerken verdienen die Arbeiter bis zu 40 M. den Tag; das sind zwar Ausnahmen, aber die Regel sind 20 bis 30 M. Im Berggewerbe ist ein Lohn von 12 bis 16 M. für Maurer, Steinmeger, Zimmerleute der Durchschnitt. In der Textilindustrie verdienen selbst weibliche Arbeiter 2,40 M. bis 6 M. pro Tag, je nach der Zahl der Webstühle, die sie bedienen. Der Chef des Arbeitsbureaus der Vereinigten Staaten hat vor kurzer Zeit eine Enquete angestellt, die sich auf 81.000 Textilarbeiterinnen erstreckt; daraus geht hervor, daß 10 Proz. bis 2 M., 19 Proz. bis 2,70 M., 18 Proz. bis 3,60 M., 14 Proz. bis 5,20 M., 23 Proz. bis 8 und 12 M. verdienen. Das sind Löhne, wie sie in Deutschland in dem nämlichen Gewerbe überhaupt nicht vorkommen. Man wendet gewöhnlich ein, dafür sei auch die Lebenshaltung um so viel teurer. Das ist nicht richtig; auch hier geben die amtlichen Aufnahmen über die Lebensmittelpreise namentlich im Massenkonsum eine ganz andre Auskunft, und Reisende, die die Verhältnisse studiert haben, sowie eine Reihe amerikanischer Konsulatsberichte konstatieren übereinstimmend, daß die Meinung, daß in Amerika das Leben für die Arbeiter teurer sei, eine durch- aus irrige ist. Fleisch, Butter, Käse, Gemüße, Tee, Kaffee sind viel billiger; die Wohnungsmieten sind vielleicht etwas höher, besonders in den Fabrikzentren, aber außerhalb der Städte wieder viel billiger, und die Preise für Kleider und Schuhe sind viel niedriger als in Deutschland und vor allem als auf dem freien englischen Markt.

Die Frage ist nun: Welche Stellung hat unsere deutsche Arbeiterwelt einzunehmen gegenüber der Preisregelung unserer Handelsbeziehungen? Ich stelle speziell die Frage, denn sie ist mit heute die wichtigste: Können wir den Amerikanern gegenüber das bisherige Verhalten aufrecht erhalten? Jetzt stehen wir zu ihnen in der Meißbegünstigung-Verhältnisse: Gewähren wir derselben eine Zollermäßigung, so müssen wir sofort auch den Vereinigten Staaten gewähren ohne jedes Äquivalent. Nun frage ich: Haben denn die deutschen Arbeiter wirklich ein so großes Interesse an der Aufrechterhaltung dieses Zustandes? Gewöhnlich verweist man uns ja auf die Lebensmittel, die wir von dort beziehen und auf die wir Rücksicht nehmen müssen. Ich bin nicht dieser Meinung. Wir exportieren auch nach Amerika, und nun beachten Sie folgendes: Die Amerikaner legen auf unsere Einfuhr einen Zoll von 07 Proz. des Werts, das sind 250 Millionen Mark Zölle. Ich frage, wer zahlt diese Zölle? Deute, wo die Konkurrenzverhältnisse so entwickelt sind und wo die Amerikaner so schneidige Geschäftsleute sind, wie ich es manchmal von unseren Industriellen wünsche — die Amerikaner bezahlen diese Zölle nicht, sondern die Importeure, und ein großer Teil dieser 250 Millionen Mark wird auf die Löhne der Arbeiter abgewälzt. Sehen Sie doch die Verhältnisse in unserer Textilindustrie. Haben wir wirklich vom Standpunkt der Arbeiter ein Interesse daran, diesen bleiernen Druck, der von Amerika auf unser Lohnniveau gelegt wird, noch besonders zu unterstützen? Was ist schlimmer? Schlimmlich kann ich bei hohem Lohn auch teurere Lebensmittel ertragen, aber einem schlecht gelohnten Arbeiter sind billige Lebensmittel vielleicht nicht billig genug, um sie zu kaufen. Daher glaube ich, wir sollten uns nicht immer auf den Konsumentenstandpunkt, sondern auf den Standpunkt des Arbeiters stellen. Die deutschen Arbeiter zahlen in die Finanzkasse der Amerikaner Millionen über Millionen Mark fortlaufend und eine solche Politik sollen wir unterstützen? Man sagt, das bedeutet den Zollkrieg. Ja, mein Gott, wir verlangen es ja von Österreich, Frankreich und anderen Staaten. Amerika hat uns ja ganz led den Fehdehandschuh beim Mac Kinley-Zoll hingeworfen, und wenn ich eine nicht verleihe, so ist es das, daß man den Amerikanern nicht schon längst die Löhne gezeigt hat. Man muß das Geipens des Zollkriegs an die Wand. Wir Deutschen sind aber auch ein guter Markt für die Amerikaner; ich sehe also gar nicht ein, warum wir namentlich auch vom Standpunkt der Arbeiter den Amerikanern diese

ungezählten Millionen Mark immer weiter zahlen sollen. Die Amerikaner werden sich schon hüten, einen Zollkrieg anzufangen, weil wir ihnen die Meißbegünstigung kündigen. Wer hätte denn vom freihändlerischen England, als es uns die Meißbegünstigung kündigte, gesagt, das giebt einen Zollkrieg mit Deutschland? Wir haben es angenommen, und die Amerikaner werden es auch annehmen. Ich glaube nicht an das Geipens des Zollkriegs. Aber selbst wenn die Amerikaner es nicht auffassen würden, so fürchte ich die augenblicklichen Folgen gar nicht so sehr. Gätten wir heute einen russischen Handelsvertrag, wenn wir nicht den Zollkrieg seiner Zeit gehabt hätten? Was war die ganze amerikanische Handelspolitik anders als ein steter Krieg gegen uns? Wo sie die Mac Kinley-Bill annahmen, hatten wir eine ganz kolossale Krise in der Textilindustrie; ihnen hat es nichts geschadet, aber uns, und als sie die Kinley-Bill annahmen, war die Krise wieder da und unsere Textilindustrie ist jetzt für einige Zeit kaput. Ein kleiner Zollkrieg würde es nicht viel verschlimmern. (Zuruf: Was wollen Sie da thun?) Petroleum, Maschinen, Schuhe, eine ganze Menge Waren könnten getroffen werden. Aber ich glaube unter keinen Umständen, daß wenn wir den Amerikanern sagen: Hört, die Meißbegünstigung, die ihr 1828 mit Preußen abgeschlossen habt, existiert gar nicht für das Reich; wir jetzt 1903 unsere Handelsbeziehungen von neuem, und da müßt ihr, wenn ihr mit uns in ein Handelsverhältnis treten wollt, verhandeln.

Also bei der ganz gewaltigen Ueberlegenheit des amerikanischen Arbeiters über den deutschen, und in Uebetracht dessen, daß wir keine Mandatsmänner sind und daß ich nicht weiter fordere, als daß die Amerikaner nicht von uns eine besondere Bevorzugung verlangen, auf Grund dessen sie das Lohnniveau der deutschen Arbeiter dauernd herunterschieben, können wir vom Standpunkt der Arbeiter es ganz wohl rechtfertigen, daß die Meißbegünstigung aufgehoben wird; sie kann wieder eingeführt werden, aber zunächst müssen wir hier freie Bahn schaffen. Wenn wir uns nicht auf diesen Standpunkt stellen, so können wir hunderte gegen eins wetten, daß wir dann einen autonomen Zolltarif bekommen mit Positionen, die so hoch sind, daß wir sie uns heute noch nicht vorstellen können. Ich erinnere nur daran, daß Graf Kanig im vorigen Jahre im Reichstag gesagt hat, wie die Dinge jetzt liegen, kommen wir nicht mehr zu Handelsverträgen, sondern alle Länder werden autonome Zolltarife bekommen, und dann wird so lange gewirtschaftet werden, bis der Schwächste zuerst reinfällt. Herr Lieber drückte sich vor sehr diplomatisch aus, sagte aber doch, er glaube, daß diese Perspektive richtig sei. Nun sind ja die Lieber und Kanig keine Propheten, auf die wir schwören müssen. (Sehr richtig!) aber immerhin soll man solche Äußerungen beachten. Selbst Kaunitz, ein Gegner meiner Anschauungen, sagt in der letzten Nummer der „Neuen Zeit“, daß die hochschutznäherischen Strömungen eine gewaltige Unterstützung gefunden haben, namentlich durch den industriellen Export der Vereinigten Staaten, und er hält gerade auf Grund dieses Moments die Handelsvertrags-Politik für jetzt gefährdet. Nun, wenn die Aussichten so liegen und wenn gerade Amerika das Hindernis für die Handelsvertrags-Politik bildet, ist es da nicht angebracht, daß wir unsere Hochschutznäherer auf ein Gebiet treiben, wo sie nicht mehr die billige Konkurrenz haben, mit Bezug auf die amerikanische Politik so hohe Hölle zu normieren. Es liegt kein wirtschaftlicher Grund vor, sich innerhalb Europas durch Zollschutznäherer künstlich abzusperren. Aber wenn wir diese Meißbegünstigungsklausel Amerika gegenüber nicht preisgeben wollen, so haben die Gegner bis zu einem gewissen Grade ein Recht zu sagen: Amerika wirft infolge der Schutzmaßnahmen seine überschüssige Produktion so billig nach Deutschland, daß wir absolut nicht an eine Herabsetzung unserer Hölle oder an weitere Konzessionen gegen diejenigen Staaten, mit denen wir Handelsverträge machen wollen, denken können, die so ipso nicht auch Amerika bekommt. Wir glauben immer, die deutsche Industrie sei den Amerikanern gegenüber konkurrenzfähig. Das ist nicht der Fall. Es ist vielleicht die traurigste Folge unserer Schutzmaßnahmen, daß die Unternehmer es nicht verstanden haben, trotz des Schutzzolls, Amerika gegenüber konkurrenzfähig zu bleiben. Seit 1807 ist Amerika mit den höchsten Löhnen und den besten Maschinen auch am konkurrenzfähigsten, und als dies Frühjahr plötzlich die Anzeichen einer Krise in Deutschland auftraten, was wäre geworden, wenn unsere deutsche Industrie plötzlich übergenannt wäre von der amerikanischen Massenproduktion? Man hat davon gezittert und die Krise wurde nur verhindert, weil Zoll und Fracht noch so hoch waren.

Man wird vielleicht fragen: Kann denn der europäische Absatzmarkt uns das in Bezug auf den Export ersetzen, was wir an Amerika verlieren würden? Nun, unser Export nach europäischen Ländern beträgt 3480 Mill. M., der nach den Vereinigten Staaten nur 877 Mill. M., und seit 1801 hat der Export nach den Vertragsstaaten beständig zugenommen, der nach Amerika ist zurückgegangen oder stabil geblieben. Wenn wir uns mit den europäischen Staaten noch enger lieren, so wird der Export dahin noch weiter als bisher zunehmen. Der Export nach Amerika ist bis zu einem gewissen Grade nur möglich durch Niederhaltung des Lohnniveaus der deutschen Arbeiter.

Ich bin nun nicht der Ansicht, daß wir bei dem bevorstehenden Kampf ohne weiteres mit den Liberalen zusammengehen, ich glaube vielmehr, wir müssen die Führung übernehmen, und zwar müssen wir vom Standpunkt der Arbeiterinteressen aus unsere Forderungen formulieren ganz ohne Rücksicht auf die Liberalen. Uebrigens ist es auffallend, daß die „Frankfurter Zeitung“ selbst endlich mal sagt, daß die Meißbegünstigungsklausel für Amerika uns ein großes Hindernis ist, aber sie meint, es geht nicht anders. Nun, nach meiner Ansicht kommt es nur auf einen Versuch an. Wir haben uns bisher in unseren Beschüssen bezüglich der Handelspolitik immer auf den Standpunkt des Arbeiters als Konsumenten gestellt; je weiter aber die Weltwirtschaft vordrückt, desto notwendiger ist es, daß wir uns auf den Standpunkt stellen, daß der Arbeiter auch Produzent ist. Ich wünsche, daß bei der bevorstehenden Agitation in Bezug auf die Handelsverträge unsere Lösung nicht allein ist: gegen Lebensmittelerzeugung, sondern auch für höhere Löhne. Denn haben die Arbeiter höhere Löhne, so können sie auch höhere Preise für Lebensmittel zahlen. Der deutsche Arbeiter soll von dem amerikanischen lernen, viel verdienen, um viel ausgeben zu können. Wenn Sie sich auf diesen Standpunkt stellen, dann werden Sie, was ich hoffe, meine Resolution annehmen.

Die Diskussion wird eröffnet.

**Dr. Rosa Luxemburg** beantragt folgendes Amendement zur Resolution Calver:

1. Unter A 3 folgenden Punkt zu setzen:  
„4. Für weitgehende Ermäßigung der Gütertarife, besonders für Lebensmittel von den Seefischen und den Grenzstationen im Innern des Landes.“
2. Dem Punkt B 1 folgende Fassung zu geben:  
„Für Ablehnung aller Zölle und Zollermäßigungen, besonders auf Lebensmittel usw.“
3. Unter B 3 folgenden Zusatz zu machen:  
„4. Für das Prinzip der „offenen Tür“ und gegen das der „Anstößigen“ in Bezug auf China und alle außer-europäischen Gebiete.“

**Singer** teilt mit, daß die Vorschlagslisten für die Wahlen in der ersten Stunde der nächsten Morgenung eingereicht, dann zum Druck befördert und bei Beginn der Nachmittagsung gegen Vorlegung der Delegiertenkarte abgegeben werden sollen.

**Stolke-Gesau:**

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich gegen die Schutzpolitik Front gemacht. Es ist nur eine Konsequenz, in diesem Sinne weiter zu arbeiten, und das thut ja auch die Resolution Calver im großen ganzen. Aber in der Uebernahme der Eisen-



haben auf das Reich erbliche eine große Gefahr. Das bedeutet einen Verzicht auf das Budgetrecht und die Zustimmung jedes Fortschritts. Das etwa das Reichs-Eisenbahngesetz bisher etwas gethan? Nein, es führt keine einheitliche Reform aus und hat sich als mangelhafte Einrichtung gezeigt, es ist zu einer Null herabgefallen, es hat dazu beigetragen, den militärischen Geist in das System hineinzutragen. Lesen Sie nur die neueste Nummer des "Westrif". Den Untergebenen werden alle Menschenrechte abgesprochen; deshalb halte ich es für bedenklich, den Vorschlägen von Calwer zuzustimmen. Ich wäre nur dann in der Lage, dafür zu stimmen, wenn unter A 1 die Worte "durch Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich" gestrichen und unter A 2 hinter den Worten "für weitgehende Ermäßigung der Personentaxen" eingefügt wird: "und der Frachttarife". Am allerbedenklichsten ist, daß die Resolution Calwer den deutschen Regierungen die Möglichkeit giebt, ihre Welt- und Völkerricht nach besser fortzusetzen als heute, da wir ihnen dann Geldmittel in die Hand geben, die ihnen heute nicht zur Verfügung stehen. Die Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich würde zur Folge haben, daß das Parlament gar nicht mehr in der Lage wäre, Mittel zu bewilligen. Die Regierungen würden einfach die Ueberträge verwenden und dann würde der Reichstag vor der vollendeten Thatsache stehen und ja und Amen sagen müssen. Lehnen Sie also die Resolution in der vorliegenden Fassung ab.

#### Dr. Rosa Luxemburg:

Das meiste von dem, was der Referent vorgebracht hat, steht in so schroffem Widerspruch zu dem, was als offizielle Meinung der Partei in Stuttgart festgelegt ist, daß wir eigentlich einen Korreferenten hätten bekommen müssen. Leider ist es bei der Kürze der Zeit nicht möglich, alle seine Ansichten zu widerlegen. Ich kann mich nur auf wenige Punkte beschränken, um die Verfechtung des Calwer'schen Standpunkts darzutun. Vor allem ist es mir zum erstenmal passiert, daß ich einen Referenten gegen seine eigene Resolution sprechen höre. (Sehr richtig!) Er hat hier für die Schutzpolitik plädiert, während sich seine Resolution dagegen ausspricht. Er fordert in der Resolution die Ablehnung aller Zölle und aller Zollhöchungen auf Lebensmittel, die mögliche Vereinfachung, eventuell Herabsetzung der bisherigen Zollsätze bei der Neugestaltung des Zolltarifs, die Verwerfung aller zollgesetzlichen Maßnahmen, die einen engeren handelspolitischen Anschluß Deutschlands an andere Staaten erschweren. Und das fordert ein Genosse, der hier zugleich eine Rede gegen die Meistbegünstigungsklausel hält. Entweder wußte er nicht mehr, was er in der Resolution geschrieben hat, oder er hat sich an ein Thema herangewagt, das er nicht beherrscht. (Unruhe.) Jeder, der etwas von der Zollpolitik versteht, weiß, daß die Meistbegünstigungsklausel das erste und wichtigste Erfordernis des freien Handelsverkehrs ist. Seit der Wera der freien Handelspolitik ist die Meistbegünstigungsklausel der Grundpfeiler aller Handelsverträge, und gerade dank dieser Klausel hat sich der Freihandel verhältnismäßig so schnell verbreitet. Wenn wir nun gegen die Meistbegünstigungsklausel sind, so binden wir uns damit schon ohne weiteres für den Schutz Zoll, und wir würden, wenn wir Calwer folgten, nicht nur von unserem bisherigen Standpunkt abschwenken, sondern zu unserer größten Schande noch hinter den uns stehenden bürgerlichen Parteien zurückbleiben. Calwer hat den Vorschlag gemacht, wir müßten die Forderung in dem bevorstehenden Kampfe übernehmen; ich verstehe aber nicht, wie man jemand führen will, hinter dem man steht. Will man führen, so muß man voranschreiten. Und Calwer hat ja selbst gesagt, daß sogar die "Frankf. Zig." sich nicht an die Meistbegünstigungsklausel heranzögert.

Auf alle Schritte, die der Referent gemacht hat, kann ich hier nicht eingehen. Er hat u. a. die Behauptung aufgestellt, daß in unserem Warenverkehr mit Amerika die Zölle nicht von Amerika, sondern von uns getragen werden. Eine solche wissenschaftliche Leichtfertigkeit ist mir noch nicht vorgekommen. Wer die Zölle trägt, das hängt von so vielen Umständen ab, daß von Jahr zu Jahr eine Schwankung darin eintritt. Mit einer solchen wissenschaftlichen Leichtfertigkeit sollte man sich doch nicht an ein Referat heranwagen. Der Standpunkt Calwers ist nicht mehr und nicht weniger als der des Grafen Kanitz, der Krieg gegen Amerika war seine Lösung. Dieser Zusammenschluß der europäischen Staaten zu einem Zollbündnis gegen Amerika ist ein alter Ladenhüter aus dem Magazin der Agrarier und anderer Schutzöllner. Weiter meint Calwer, wir sind noch nicht im Stande, die Freihandelspolitik zu befolgen, weil Amerika nichts davon wissen will. Das ist der Standpunkt, den die Regierung immer in Arbeitsschutzfragen einnimmt, das ist ein echt bürgerlicher Standpunkt. Wir aber sagen: Was wir prinzipiell für richtig halten, damit fangen wir zunächst in unserem eignen Lande an. Calwer steht in schroffem Gegensatz zu unserm Parteistandpunkt. So kann man nur sprechen, wenn man in der Zollpolitik auf nationalem Standpunkt, nicht aber auf dem internationalen steht. Wir haben die Pflicht, nicht nur die nationalen, sondern auch die internationalen Arbeiterinteressen im Auge zu behalten, wenn nicht das, was im kommunistischen Manifest steht, Phrase sein soll. Wir müssen uns fragen, was für alle Arbeiter aller Länder von Nutzen ist, wir müssen die amerikanischen Schutzöllne bekämpfen nicht nur im Interesse unserer Textilindustrie, sondern auch im Interesse der amerikanischen Arbeiter, denn sie haben ebenso gut wie wir darunter zu leiden. Die amerikanischen Arbeiter wissen sehr wohl, daß die schutzöllnerische Wera mit dem Imperialismus und der Reaktion verbunden ist. Also in gemeinsamen Interesse müssen wir uns gegen die Schutzöllne in Amerika und in Deutschland wenden. (Große des Vorlesenden.) Ich bitte, mir das Wort noch etwas länger zu erteilen.

**Einger:** Das kann ich nicht thun. Sollten Sie sich an die Geschäftsordnung. Sie können ja von Ihrem Recht Gebrauch machen und sich zum zweitenmal zum Wort melden.

Zur Geschäftsordnung beantragt  
**Kieser:** Berlin VI, dem Vorsitzenden in diesem Falle zu gestatten, unangehörige Redezeit zu gewähren.

**Einger:** Wenn der Parteitag so beschließt, so werde ich natürlich demgemäß verfahren. Ich würde es aber dann für richtig halten, daß wir allen, die zu diesem Thema sprechen, unbeschränkte Redezeit bewilligen, denn alle Mitglieder sind doch gleichberechtigt.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung dieses Vorschlags. Es bleibt also bei der Redezeit von zehn Minuten.

**Einger:** Ich kann Sie nur nochmals darauf aufmerksam machen, daß Sie das Recht haben, sich wieder zum Wort zu melden.

#### Rosenow-Berlin:

Gegenüber der schwierigen Aufgabe, die Calwer hatte, beschränke ich mich auf die Erklärung, daß ich nicht jede Bemerkung von ihm unterbreite, wohl aber für seine Resolution stimmen werde. Ich freue mich, daß die Frage der Handelspolitik uns hier beschäftigt. Bisher ist ihr lange nicht die nötige Aufmerksamkeit in der Agitation von uns geschenkt worden. Die handelspolitischen Beziehungen sind von großer Bedeutung für die Befreiung der einheimischen Arbeitsbedingungen. Deshalb hatten die Gewerkschaftler allen Anlaß, auf diese Dinge einzugehen. Wir fragen, ob sich die Arbeiterschaft unter dem System des Freihandels oder des Schutzöllns am besten befindet. Es läßt sich nicht verkennen, daß das Schutzöllnsystem der Arbeiterschaft tiefe Wunden geschlagen hat. Mein Wahlkreis ist gerade durch die Vertreibung des fremdländischen Standpunkts gewonnen worden. Die Weberei, Wollerei und Spielwaren-Industrie meines Bezirks ist auf den Abfall ins Ausland angewiesen. Diese Arbeiter würden mit Calwer nicht einverstanden sein, wenn er sagt: Besser sind hohe Löhne und hohe Lebensmittelpreise, als niedrige Löhne und niedrige Lebensmittelpreise. Es ist bedauerlich, daß in dem wirtschaftlichen Ausschuß zur Vorbereitung der Handelsverträge nicht ein Arbeiter

sitzt. So ist es kein Wunder, daß der wirtschaftliche Ausschuß zu einem Handelsvertrag zwischen agrarischen und industriellen Ausbeutern geworden ist. Den Industriellen wird die Erhöhung der Zölle auf Maschinen, Fahräder und Fahrädertheile zugelegt, dafür willigen sie in die Erhöhung der Getreidezölle. Die "Köln. Volksztg." hat bereits erklärt, daß mit einem 6 Mark-Zoll der Landwirtschaft gar nicht gedient ist, ein Zeichen, daß man bereit ist, noch mehr zu bewilligen. Die Agrarier ventilieren bereits den beweglichen Getreidezoll, der mit den Weltmarktpreisen steigt und fällt. Sogar die Verhinderung der Verpadung wird in Aussicht genommen. Wir müssen gegen diesen Handel, bei dem die Konsumenten die Kosten tragen, auf das energischste protestieren.

#### Lebedour-Dresden-Land:

Ich bin aufs höchste überrascht durch die Entwicklung, die das Referat Calwers genommen hat. Als ich die Resolution gelesen und den ersten Teil seiner Rede hörte, sagte ich mir: Hier wird nichts Aufregendes vorkommen. Aus dieser verhältnismäßigen Gleichgültigkeit wurde ich durch die Erklärung Calwers gerissen, daß er das Deutsche Reich veranlassen will, Amerika die Zölle zu zeigen. Er ist so freundlich gewesen, nach den ersten allgemeinen Redensarten, wie, daß wir keine Manchesterleute seien, was gar nicht dahin gehört, konkrete Andeutungen zu machen, wie er sich nach Aufhebung der Meistbegünstigungs-Klausel den Zollkrieg eigentlich denkt. Er sprach von der Erhöhung des Petroleumzolls und des Schahzolls. Das Petroleum ist ein Rohprodukt und für die Lebenshaltung des deutschen Volks wäre es genau dieselbe Schädigung, wenn man den Petroleumzoll erhöht, wie wenn die Zölle auf amerikanisches Fleisch und Getreide erhöht werden. (Sehr richtig!) Die ärmste Familie brennt Petroleum. Die einzige greifbare Andeutung Calwers über den Zollkrieg mit Amerika war also der direkte Durchbruch der Erklärung seiner Resolution gegen die Zölle auf Lebensmittel. So mechanisch eng wird er den Begriff "Lebensmittel" doch nicht gemeint haben, daß nur Getreide und Fleisch darunter fällt. Um einen ernstlichen Zollkrieg gegen Amerika zu führen, wird die Erhöhung des Petroleumzolls nicht genügen. Die Ausführung des Zollkriegs würden ja Centrum und konservative übernehmen. Sie würden sagen: Seht, die Socialdemokratie leitet uns auf die richtige Bahn. Aber das, was sie vorschlägt, reicht nicht aus, Amerika auf die Knie zu zwingen. Das amerikanische Getreide, das amerikanische Fleisch muß auch belastet werden. Wie stellt sich nur Calwer die Wirkung eines Zollkriegs mit Amerika vor. Als hervorragender Kampfbahn zeigte er Amerika zuerst die Zölle, aber dann meinte er: So schlimm ist es ja gar nicht gemeint. Wir wollen doch drohen, wollen ein ganz klein bißchen die Zölle zeigen, dann wird Amerika schon nachgeben. Das erinnert mich an Aussprüche Emil Olliviers, Chamberlains und ähnlicher Leute. Chamberlain wollte auch zuerst nur leichten Herzens den Transvaalboeren nur ein ganz klein bißchen die Zölle zeigen und einen ganz ungeheuerlichen Krieg hat er angezettelt. Wenn wir mit so leichem Herzen Amerika ein ganz klein bißchen die Zölle zeigen, dann würde ein unabsehbarer Zollkrieg entstehen, der für Deutschland einen viel schlimmeren Ausgang nehmen würde, als für Amerika. Amerika ist bei einem Zollkrieg in der bei weitem günstigeren Lage. Zollhöchungen ohne Schädigung des Volks sind nur in Ländern möglich, wo noch ein ungeheures Referat unbenutzter Naturkraft vorhanden ist. Für Amerika ist der Schutz Zoll eine Art Prämie, die die Amerikaner für die Verlegung einer Anzahl Industriezweige nach Amerika bezahlen. In einem Zollkrieg mit ihm würden wir auf die Knie kommen. Um Mißverständnisse auszuschließen: auch ich bin der Ansicht, daß bei einem Zollkrieg beide Nationen leiden. Weil wir aber Nahrungsmittel und Rohprodukte importieren und Industrieerzeugnisse exportieren, sind wir die besonders Geschädigten, und bei einem Zollkrieg würden wir die Kosten zahlen. Calwer hat schließlich der zollpolitischen Vereinigung der europäischen Staaten untereinander das Wort geredet. Gegen die engere Vierung der europäischen Völker durch wirtschaftliche Verbände, auch durch Vereinfachung der Zollschranken, habe ich nichts. Selbst wenn wir ein vereinigtes Europa hätten, zu dem natürlich Rußland nicht gehören könnte, da es wirtschaftlich in ähnlicher Lage ist, wie Amerika, wäre ich doch dagegen, daß wir die wirtschaftspolitische Weltmarktschließung im Schutzöllnsystem übernehmen. Alle Zweideutigkeiten, die schutzöllnerische Interpretationen ermöglichen, müssen aus der Resolution Calwers ausgeschlossen werden, sonst ist sie unannehmbar.

#### v. Volkmar:

Mit dem Hauptteil der Resolution bin ich einverstanden. Ueber Motive stimmen wir nicht ab, man braucht gar nicht mit jedem Wort des Referenten einverstanden zu sein, um der Resolution zustimmen zu können, wenn man überhaupt Resolutionen für notwendig hält. Bevor ich auf die Hauptfrage komme, nur noch ein Wort: Wir sollen uns hüten, bei einer derartigen praktischen Frage mit Redensarten vorzugehen. Wenn man es z. B. so hinstellt, als ob jeder Socialist Freihändler sein müsse, so ist das etwas, was vor 20 Jahren bei uns schon als abgethan gegolten hat. Man muß eben die Parteigeschichte ein wenig näher kennen, man muß wissen, daß man sehr wohl ein Bekämpfer des Schutzöllnsystems sein kann, ohne doch alle fremdländischen Geschäften mitzunehmen. Ebenso verhält es sich mit dem Schlagwort, wir dürften nicht vom nationalen Gesichtspunkt ausgehen, sondern wir hätten nur für die internationalen Arbeiterinteressen einzutreten. Die Wahrheit ist die, daß wir sowohl für nationale wie für internationale Arbeiterinteressen eintreten. (Zuruf von Gen. Rosa Luxemburg.) Schweigen Sie doch mal und reden Sie nachher! Man kann sehr wohl ein guter Socialdemokrat und guter Internationaler sein und braucht sich deshalb doch nicht auf den Standpunkt zu stellen, daß wir jeder Handlung des Auslands mit gebundenen Händen gegenüber stehen müssen. Wie wir im allgemeinen uns stets zu diesen Fragen gestellt haben, wissen Sie aus den achtziger Jahren schon. Das wichtigste ist, daß wir mit aller Energie und ganz anders als bisher uns auf den großen Kampf, der uns bevorsteht, vorzubereiten haben. Die Einzelheiten werden sich zu gegebener Zeit finden.

Rum zur Begründung meines Antrags. Ueber die Streichung der Worte "hauptächlich für den Bau des Mittelandskanales" brauche ich wohl nichts zu sagen, nachdem Calwer sein Einverständnis damit zu bekunden gegeben hat. Darüber sind wir alle einig, daß das deutsche Wasserstraßensystem ausgebaut werden soll, aber es ist kein Grund vorhanden, warum der Mittelandskanal als typisch angesehen wird. Das schränkt den allgemeinen Satz ein, statt ihn auszudehnen; uns ist es doch aber um eine mögliche Ausdehnung zu thun. Auch dem Punkt A 2 der Resolution hätte ich gern eine andere Fassung gegeben. Calwer wird zugeben, daß wenn wir eine weitgehende Ermäßigung der Personentaxen anstreben, wir das zweifelloso auch thun zur Verwirklichung des juristisch-formalen Rechts der Freizügigkeit der Arbeiter, aber das ist nicht der einzige Grund, es giebt darüber hinaus noch politische Gründe, die uns lebhaft interessieren. (Sehr richtig!) Vielleicht korrigiert Calwer das noch selbst.

Die wichtigsten Bedenken habe ich gegen die Forderung unter A 1. Daß wir eine einheitliche Gestaltung der Verkehrsverträge zu fordern haben, wird jeder Socialdemokrat, ja jeder moderne Mensch zugeben, aber diese Forderung wird durch den Zufall, dessen Streichung ich beantragt habe, verdorben. Calwer fordert die Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich; er hat zu unter Verbilligung hinzugesetzt, daß das eine akademische Forderung ist, da wir ja ohnehin sobald nicht zu ihrer Durchführung kommen. Ich betrachte das nicht als akademisch, und gerade die Verschmelzung des akademischen mit dem praktisch-politischen Standpunkt in diesem Satz ist nachteilig. Wir sind eine politische, eine Kampfpartei. Wir halten unsere Kongresse nicht ab, um schöne akademische Reden zu hören, sondern um zu bestimmten Fragen Stellung zu nehmen. Da dürfen wir nicht die Verhältnisse, wie sie in 50 Jahren mal sein werden, sondern die aktuellen Verhältnisse in Betracht ziehen. Das sind aber so beschaffen, daß eine Uebertragung der künftigen Eisenbahnen Deutschlands auf das Reich eine absolute

Unmöglichkeit darstellt. Was heißt denn heute das Reich? Die Uebertragung der Eisenbahnen auf das Reich würde in Wirklichkeit nichts anderes heißen, als die Uebertragung der Grundzüge des preussischen Eisenbahn-Systems auf das ganze Reich. (Sehr richtig!) Was ist aber das preussische Eisenbahn-System? Preußen ist vor allem der Hort der Fiscalität, es ist geradezu das Fundament jeder Verbesserung und Ausgestaltung unseres Tarifwesens, und schließlich bedeutet das preussische System die allergrößtmögliche Vergeewaltigung der Bediensteten und Beamten. (Sehr wahr!) Ich weiß sehr genau, welcher Unterschied in der Behandlung der Beamten der Reichs-Eisenbahnen und der bairischen Bahnen besteht. In Bayern würde kein Mensch wagen, ähnliche Dinge laut werden zu lassen, wie sie im Reich und in Preußen gegenüber den Beamten an der Tagesordnung sind. Es würde eine ganz ungeheure Verschlechterung für Zehntausende von Beamten und Bediensteten bedeuten, wenn bei uns ein anderer Modus Platz griffe. In Hessen hat man ja die Probe aufs Exempel gemacht, allerdings nicht unter dem Namen des Reichs, sondern unter dem Namen Preußen. Die Folge davon war eine Herabsetzung der Tarife, man suchte ferner die Beamten nach Möglichkeit zu paden, und endlich ist Hessen komplett unselbständig in wirtschaftlichen Angelegenheiten geworden. So geht es auch in Braunschweig; gegen Baden, Württemberg und Sachsen wird das Erdrosselungssystem angewendet. Wir Socialdemokraten haben ja gerade in Süddeutschland in den Landtagen einen außerordentlichen Kampf geführt gegen dieses Gewaltthum der preussischen Regierung, und hier wird uns implizite zugemutet, den Kampf aufzugeben und Preußen zu unterstützen. Sollte ich mit Recht darauf hingewiesen, daß dadurch unser eifrigster Gegner, die preussische Regierung, gestärkt würde. So unsinnig können wir politisch unmöglich handeln — das "unsinnig" trifft natürlich nicht Calwer, der ja die Frage nur akademisch behandelt hat. Wir Süddeutschen sind gar keine so arden Partikularisten, wir nehmen jede Verbesserung vom Reich an, sobald es wirklich eine Verbesserung ist, aber wir haben es satt, ewig Verschlechterungen zu bekommen und das wenige, was wir noch an einigermassen besseren Einrichtungen besitzen, aufzugeben. Das ist ein Schaden für Süddeutschland und auch für das Reich, weil dadurch der Stachel zu Verbesserungen fortfällt. Wir haben ganz andere Ziele nach dieser Richtung angestrebt.

Noch eine Parallele. Die Sache liegt genau so wie f. J. mit der Forderung, wir sollten für ein Reichs-Verkehrsgezet eintreten der lieben Einheit zuliebe. Dadurch würden dort, wo noch bessere Zustände sind als in Preußen, diese auch hinweggefegt werden. Aus all diesen Gründen empfehle ich Ihnen, zwar die Forderung der einheitlichen Gestaltung der Verkehrsverträge anzunehmen, dagegen das, was diesen Satz in der Resolution verunziert und verdirbt, nämlich die Specialbestimmung, die nur unsren Oergnern zu gute kommt, abzulehnen. (Beifall.)

#### Mollenhuth:

Volkmar hat uns soeben recht eindringlich geschildert, wie schlecht die Eisenbahn-Verhältnisse in Preußen sind, und ich glaube, er würde notwendigerweise zu dem Schluß kommen, daß dieses System so bald wie möglich beseitigt wird. Da nun nicht daran zu denken ist, daß Preußen von Bayern annektiert wird, wird kein anderer Ausweg sein, als die Eisenbahn auf das Reich überzuführen. In dieser Sache unterstütze ich also die Resolution Calwers.

Aber um so weniger kann ich mit seinen Ausführungen über die Handelspolitik mich einverstanden erklären. Er hat es so dargestellt, als ob wir demnächst vielleicht gezwungen sein würden, einen kleinen Zollkrieg anzufangen, um Amerika kirre zu machen. Haben wir Amerika erstickt, als 1883 die gesamte Einfuhr des amerikanischen Schweinefleisches aus rein zollpolitischen Gründen verboten wurde? Die Amerikaner haben darauf nicht ihre Zölle gegen Deutschland herabgesetzt, sondern gerade umgekehrt, das Schweine-Einfuhrverbot ist einer der wesentlichsten Anlässe zu jener Bewegung, die schließlich zu der Mac Kinley-Bill führte. Wenn also etwas dazu angethan wäre, die Zustände zu verschärfen, so ist es gerade der Weg, den Calwer vorschlägt. Er ist aber von einer ganzen Reihe falscher Voraussetzungen ausgegangen. Er hat die Ziffern einer amerikanischen durchaus ansehnlichen Statistik für bare Münze genommen, und hat dazu die Ziffern einseitig herausgegriffen, die seine Ansicht am meisten stützen, hat aber unterlassen darauf hinzuweisen, daß es eine ganze Anzahl von Gewerben giebt, in denen die amerikanischen Arbeiter schlechter gestellt sind, als die deutschen. Das hätte ihn freilich zu dem Schluß führen müssen, daß hohe Schutzöllne nicht notwendigerweise einen Vorteil für die Arbeiter bedeuten. Im Gegenteil, gerade die hohen Schutzöllne werden in ganz schamloser Weise in Amerika ausgenutzt, um die Arbeiter als Konjunktur auszunutzen, während sie als Produzenten nichts gewinnen. So sind z. B. in der Seidenindustrie von Neu-York nach der Mac Kinley-Bill, wo die Arefelder, französische und schweizerische Industrie fast lahmgelegt wurde, die Löhne noch unten gezwungen, und es hat eine erhebliche Vermehrung der Frauennarbeit stattgefunden.

Dann hat Calwer eine Vereinfachung der Meistbegünstigungsklausel gefordert, als ob dadurch lediglich die Vereinigten Staaten getroffen würden und nicht auch eine ganze Reihe südamerikanischer Staaten, vor allem Argentinien; das bedeutete der Erhöhung des Weizenzolls auf den Normaltarif und sofortiges Emporschnellen der Weizenpreise, ohne daß wir Dedung dafür hätten. Denn es ist doch gar zu naiv anzunehmen, daß das Ausland die Zölle zahlen würde; im Gegenteil, die Schutzöllne wirken fast in allen Fällen zur Belastung der Konsumenten. Eine Singsche Nähmaschine, die bei uns 100 M. kostet, ist am Fabriksort mit 145 M. zu bezahlen, für die Rolle Garn, die bei uns für 10 Pfennig zu haben ist, müssen die Näherinnen am Fabriksort in Amerika 20 Pfennig zahlen. Wir sollten die Hand dazu bieten, unsere Konsumenten der Ausplünderung durch die Hochschutzöllner auszuliefern? Wollen wir einmal mit dem Grafen Kanitz marschieren, dann einen Schritt weiter, dann auch Verstaatlichung des Grund und Bodens!

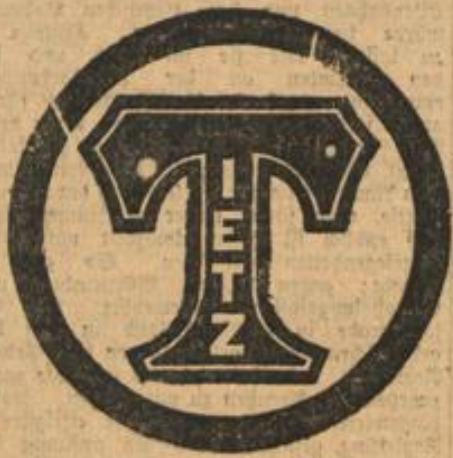
Die Arbeiter, sagt Calwer, könnten hohe Preise ertragen, wenn sie nur hohe Löhne haben. Ja, wer sagt Ihnen denn, daß bei höheren Warenpreisen höhere Löhne kommen werden? Wie sind denn die Bedingungen des Mac Kinley-Tarifs und der Dingley-Bill in Amerika gewesen? Der Import vor in Kraft treten dieser Bills war ein ganz gewaltiger, die Läger wurden überfüllt und mit einer Vertenerung der Lebensmittel sanken die Löhne. Ich denke, wir sollten von diesem Jingoismus und Agrarierthum uns vollkommen frei halten. Die englischen Arbeiter haben bei Freihandel und gutem Koalitionsrecht gute Löhne; und wenn wir darauf hinarbeiten, das Koalitionsrecht auszugestalten und Vahri frei machen und das Volk nicht der Ausplünderung freigeben, ist es das Vernünftigste, was wir für die Arbeiter thun können. (Beifall.)

#### Harris-Himbach:

Ich vernisse eine Klarlegung der Agrarverhältnisse, soweit sie mit den Handelsbeziehungen in Verbindung stehen. Man scheint in der Partei eine gewisse Ehen davor zu haben, diese Frage zu berühren; aber so schwierig sie ist, sie muß behandelt werden. Für die Kleinbauern gilt es sicher nicht, daß sie kein Interesse an hohen Preisen der landwirtschaftlichen Produkte haben, denn sonst könnten sie unmöglich bestehen. Aber wir müssen notwendig auch die Masse der Kleinbauern gewinnen, die genau solche Proletarier sind, wie die Lohnarbeiter.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)





## **Waarenhaus Hermann Tietz.**

**Leipzigerstrasse 46, 47, 48, 49.**

**Neubau.**

**Krausenstrasse 46, 47, 48, 49.**

**Eröffnung nahe bevorstehend.**

**Definitives im Sonntagsblatte.**



Socialdemokratischer Parteitag in Mainz.

(Fortsetzung aus der 1. Beilage.)

Dr. Rosa Luxemburg:

Eins hat mich bei den Ausführungen Vollmars überrascht: Vollmar, der gegen die Verstaatlichung spricht! Sieht so die „praktische Politik“ aus? Galt es die praktische Politik auch mit ihren eigenen Dogmen so? Nun, dann sind sie nicht gefährlich. Calwer gegenüber fasse ich mich dahin zusammen, daß wir sein Referat als seine Privatmeinung betrachten müssen, dagegen die Resolution, die auf dem richtigen Standpunkt der Partei steht, ruhig annehmen können. Unser Standpunkt betr. die Handelsbeziehungen ist auf dem Stuttgarter Parteitag festgestellt, er hat sich nicht geändert, kann und wird sich hoffentlich nicht ändern.

Man sieht gegen eine Festlegung zu Gunsten des freien Handelsverkehrs gewöhnlich an die internationale Rücksicht auf die Arbeiterklasse zurückgebliebener Industrieländer und die Rücksicht auf die Arbeitsverhältnisse noch schwebelastiger Industriezweige in Deutschland selbst. Das erste Argument beruht auf Unkenntnis der Verhältnisse. Man nennt dabei besonders Rußland als ein Land, dessen Industrie ohne Schutzzölle sofort zu Grunde gehen würde. Jeder Kenner russischer Verhältnisse wird Ihnen sagen, daß die russische Industrie gegenwärtig trotz der Schutzzölle zu Grunde geht. Sie schaffen den russischen Unternehmern allerdings wahnwitzige Profite, machen sie aber apathisch, initiationslos und völlig konkurrenzunfähig auf dem Weltmarkt. Am meisten leidet darunter wieder der Arbeiter, denn mit der Schutzzöllerei besteht in Rußland primitive Arbeitsweise und Rücksichtslosigkeit im Arbeiterdasein, so daß die russischen Socialdemokraten für Aufhebung der Schutzzölle eintreten. Sollen wir aber auf die industriellen Balkanstaaten Rücksicht nehmen? Ebenso hinfällig ist der Hinweis darauf, daß in Deutschland einzelne Industriezweige des Schutzzolls noch nicht entzogen können. Keine Reform hat alle einschlägigen sozialen Verhältnisse berücksichtigen können, trotzdem sind wir für die Gewerbefreiheit und technischen Fortschritte eingetreten, wenn auch eine Anzahl Existenzen dabei zu Grunde gegangen sind. Kann die Spazierstock-Industrie ohne Schutzzoll nicht bestehen, nun so werden wir, wenn auch mit großem Seelen Schmerz, über die Spazierstöcke hinwegschreiten.

Aber überhaupt ist es eine Uebertreibung, wenn man behauptet, wir wollten erklären: vom nächsten ersten April an sind sämtliche Schutzzölle aufgehoben. Wir sind überhaupt keine Draufgänger, sondern vernünftige Leute (weiterleit), die, wenn wir erst die Macht haben, wohl verstehen werden, eine Reform beruflich einzuführen. So wie wir die Verklärung der Arbeitszeit stufenweise fordern, können wir uns auch die Abschaffung der Schutzzölle als eine Reihe von Reformen denken, die den betreffenden Industrieländern und Industriezweigen Zeit lassen, sich vorzubereiten. Daraus folgt aber nicht, daß wir eine Politik von Fall zu Fall, oder von Unfall zu Unfall treiben dürfen, heute für Schutzzölle und morgen gegen, sondern wir müssen programmatisch die völlige Abschaffung der Schutzzölle fordern und daher gegen jeden neuen Zoll uns erklären. Daher habe ich mein Amendement eingebracht, das meine Stellung präzisier sagt.

Darauf wird die Diskussion vertagt. Schluß 6 1/2 Uhr.

Vierter Verhandlungstag.

Donnerstag, Vormittags-Sitzung.

Beginn 9 Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Zunächst wird der neu eingebrachte Antrag 91 beraten.

Das Protokoll des diesjährigen Frauenkongresses ist in das des Parteitages aufzunehmen.

Markwald-Holberstadt begründet den Antrag unter besonderem Hinweis auf das für den Arbeiterinnenstand auf der Frauenkonferenz gesehene Material. Wird der Antrag angenommen, so wird jeder aus dem bürgerlichen Lager, der sich für die Frauenfrage interessiert, genötigt sein, das Parteitageprotokoll anzuschauen. Auf noch ein paar Extrawürste für die Frauen kommt es nicht an. Der Antrag wird angenommen.

Stimme - Hamburg

erklärt den Bericht der Mandatsprüfungskommission über die ihr zur Prüfung überwiesenen Beschwerden. Die Beschwerden an den Parteitag sind diesmal glücklicherweise geringer an Zahl als sonst. Zunächst beschwerten sich einige Bundesräte aus Vant über ihren Ausschluss aus der dortigen Organisation. Er ist zurückzuführen auf einen aus Anlaß der Stellung der Bundesräte-Organisation zur Tarifgemeinschaft im „Correspondent“ erschienenen Artikel, durch den die Vant-Genossen beleidigt wurden. Die Reiner-Kommission beantragt folgende Erklärung:

Der Parteitag lehnt es ab, sich in den gewerkschaftlichen Streit der Bundesräte einzumischen. Den Beschluß der Vant-Partei-Verammlung, welcher den Beschwerdeführern das Recht aberkennt, Reiner in der Partei zu belästigen, hebt der Parteitag auf und setzt die davon Betroffenen, da denselben ehelose Handlungen nicht zum Vorwurf gemacht werden können, in ihre alten Rechte wieder ein. Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen in Vant, sich bei ihren Auseinandersetzungen eines angemessenen unter Parteigenossen üblichen Tons zu bedienen.

Aug-Vant: Es ist bedauerlich, daß die Vant-Genossen nicht an den Parteitag kommen mußten. Der Schlussatz der Erklärung der Reiner-Kommission kann sich keinesfalls auf den Ton in den Vant-Verhandlungen beziehen; wenn er aber die Särde- und Kampfesweise des Leipziger „Correspondent“ treffen soll, so ist dagegen nichts einzuwenden.

Seifert-Leipzig erklärt um Ablehnung des Antrags der Reiner-Kommission, denn sonst hätte der Stellener Antrag, der die ganze Reutralitätsfrage aufrollen will, auf dem Parteitage behandelt werden müssen.

Leuter-Kolb ist für den Antrag der Reiner-Kommission. Der Parteitag stimmt diesem Antrag mit großer Mehrheit zu.

Stimme

berichtet über den zweiten Beschwerdefall. Er betrifft anscheinend die Organisation von Reustadt a. S., die auf dem Pfälzer Parteitag nicht zugelassen zu sein scheint, wegen nicht erfolgter Abrechnung der Beiträge. Die Beschwerde ist aber nicht unterschrieben, auch nicht klar der Thatbestand zu ersehen. Daher beantragt die Reiner-Kommission Negergang zur Tagesordnung über diese Beschwerde.

Stein-Reustadt a. S. begründet die Beschwerde. Die Reustädter Organisation hatte von der Wahl im 2. pfälzischen Kreise nach Schulden zu begleichen und war daher mit ihren Beiträgen an die Genossenschaft im Rückstand geblieben. Deswegen darf man doch eine Organisation nicht von einem Parteitag ausschließen.

Sinbenreich-Ogersheim: Ich wundere mich, daß man mit dieser Angelegenheit der bayerischen Pfalz den deutschen Parteitag beauftragt (Sehr wahr!) Die Reustädter haben entgegen den Vorschriften der bayerischen Organisation vier Quartale lang ihre Beiträge nicht abgeführt ohne jede Entschuldigung. Da war es durchaus berechtigt, ihnen die Mandate abzuerkennen, damit diese Schlampelei aufhöre. Dem Antrag der Kommission wird stattgegeben.

Darauf wird die Diskussion über die „Verkehrs- und Handelspolitik“ fortgesetzt.

Dr. David Mainz:

Möllensbue hat gestern gemeint, man könne Preußen nicht von Bayern aus annektieren, und aus diesem Grunde sei es notwendig, wenn man der tarifrechtlichen, von rein fiskalischen Gesichtspunkten ausgehenden Verwaltungsweise der preussischen Eisenbahnen ein Ende machen wolle, diese Bahnen auf das Reich zu übertragen. Die Frage der Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens im Reich in diesem Sinne gelöst, daß das Eigentum an den Eisenbahnen aufs Reich übernommen und damit auch unmittelbar der Verwaltung des Reichs und Reichstags unterstellt wird, die Frage in diesem Sinne ist allerdings eine rein akademische. Möllensbue giebt ja auch zu, daß dieser Prozeß in absehbarer Zeit nicht vor sich gehen wird, und zwar so lange nicht, als der preussische Landtag und die preussische Regierung sich dem entgegen stellen. Gegenüber dem hervorragenden Einfluß Preußens und innerhalb Preußens der geographischen Elemente ist gar keine Aussicht vorhanden, daß diese Art der Ueberführung der Eisenbahnen auf das Reich bevorzieht. Aber nach anderer Richtung hin ist die Frage im höchsten Maße aktuell, nämlich in dem Sinne, unser Eisenbahnwesen zu vereinheitlichen, daß das Eigentumrecht an den Eisenbahnen den einzelnen Ländern verbleibt, daß aber die Verwaltung eine zentrale ist, die sich zusammensetzt aus den Mandatarien nicht der einzelnen Länder, sondern der einzelnen Regierungen, daß also unter der Regide des preussischen Ministeriums eine zentrale Verwaltung durchgeführt wird, in die aber der Reichstag als solcher nichts dreinzusetzen hätte. Das ist die Eisenbahngemeinschaft, wie sie heute durch Miquel angestrebt wird, und diese Eisenbahngemeinschaft ist in Süddeutschland in der That im höchsten Grade aktuell. Wir haben ja hier in Hessen den ersten Schritt zu dieser Eisenbahngemeinschaft: das Eigentum an unseren Hessischen Bahnen ist der hessischen Regierung geblieben, die Verteilung des Gewinns regelt sich nach dem Anteil des speziellen hessischen Eisenbahneigentums, die Verwaltung liegt in Berlin, an ihrer Spitze steht Thelen. Von Hessen werden zwar einige Beamte dort hinein entsendet, aber die ganze Verwaltung, die bei diesem Verkehrs-institut ja eine Centrale sein muß, ist in letzter Linie von Preußen abhängig, und Miquel ist schon drauf und dran, auf Grund des territorialen Uebergewichts Preußens und mit Hilfe des hessischen Eisenbahnsystems, das ihm einen Keil nach Süddeutschland hinein ermöglicht hat, und das mit Zubehörschne der Reichseisenbahnen ihm gestattet, den Transitverkehr so einzurichten, daß Baden fast gesteuert wird. Ich sage, Miquel hat dadurch einen gewaltigen Druck auf die badiischen Eisenbahnen ausüben und drängt so die Badenser ebenfalls zum Anschluss. Von da aus würde Württemberg fast gesteuert werden können und denselben Weg gehen, und Bayern würde dann auch nicht mehr lange Widerstand leisten können. So ist also die Frage heute sehr aktuell. Wir haben in Süddeutschland einstimmig gesagt, daß wir diesen Plan Miquels nicht unterstützen können. Wir Hessen könnten ja denken, nachdem uns das passiert ist, leben wir ruhig zu, dann mag es den anderen gerade so gehen. Aber wenn wir auch im Prinzip alle für die Annahme einer Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens sind, so ist doch der Weg, wie ihn Miquel gehen will, höchst gefährlich. Denn wenn ein so großer Staat wie Preußen mit kleineren nacheinander Verträge macht, so geraten diese kleinen dabei ohne weiteres in Nachteil, sie dürfen ihren Einfluß ein. Nun hat sich in Süddeutschland der Gedanke erwacht einer süddeutschen Eisenbahngemeinschaft, emporgearbeitet. Das wäre ein größerer Komplex, der Preußen Widerstand leisten könnte, und wenn dann schließlich mal eine Vereinheitlichung stattfindet, so gefährlich sie unter ganz anderen Bedingungen, als wenn Preußen nach einander die kleinen anfrägt. (Sehr richtig!) Wenn wir nun den Vorschlag der Resolution annehmen, so wird das vom großen Publikum im Sinne der Miquelschen Politik aufgefaßt und ausgedeutet werden, und wir werden damit in Gegenwart gedrängt zu der Stimmung in Süddeutschland und zu unserem Verhalten in den Landtagen. Unter den heutigen Umständen im Deutschen Reich ist es gut, daß wir noch nicht eine centralistische Regierung haben, die alles machen kann, und sie will. Wie uns in politischen Fragen vielfach der Widerstand, die Selbständigkeit Süddeutschlands zu gute kommt, so auch im Eisenbahnwesen. Die ganze Reform im Eisenbahnwesen Süddeutschlands wäre unmöglich gewesen, wenn die Verwaltung von Berlin aus geregelt würde. Wollen Sie diesen Prozeß nicht aufhalten, wünschen Sie, daß Süddeutschland auf diesem Wege vorwärts geht und damit indirekt Preußen zwingt, nachzukommen, dann streichen Sie diesen Vorschlag, denn er beschwört die Gefahr herauf, daß die Miquelschen Pläne doch schließlich in Erfüllung gehen. Der Vorschlag steht aber auch mit der Resolution selbst in Widerspruch, die ja eine weitgehende Ermächtigung der Perimeterliste und, wie ich hinzusetze, auch der Gütertarife fordert. Wollen wir das anstreben, so müssen wir den Gedanken der Reichs-Eisenbahnen fallen lassen.

Die Frage der Zollpolitik läßt sich bei der Kürze der Redezeit auch nicht nur einigermaßen erschöpfend behandeln. Es liegt die Gefahr nahe, daß wenn man darüber etwas ohne ausreichende Begründung sagt, Mißverständnisse und unrichtige Streitereien entstehen. Ich kann das Referat Calwers nicht so verurteilen wie es Genossein Luxemburg gethan hat. Der Referent hat uns zum Teil neue Gesichtspunkte und wichtiges Material unterbreitet, und es dürfte jeder den Eindruck gewonnen haben, daß die Frage nicht so klar ist, wie es nach den Ausführungen von Genossein Luxemburg scheint. Es geht nicht an, bei diesen Fragen so leichtfertig mit apodiktischen Wahrheiten aufzutreten und die Schönlone des kommunistischen Manifestes anzulegen. Man muß nur den ersten Versuch machen, einmal in die aktuelle Verwickeltheit der Dinge einzudringen, dann entdeckt man erst die Schwierigkeiten. Die prinzipielle Erledigung der Sache ist natürlich sehr leicht. Prinzipiell, sagt Frau Luxemburg, muß der Socialismus für Freihandel sein, denn er will die internationale Arbeitsteilung, die freieste Entwicklung der Weltarbeitsteilung, darum unter keinen Umständen einen Schutzzoll. Zugegeben mal, daß diese Voraussetzung richtig ist, so konnte man trotzdem unter Umständen dazu kommen, einem Schutzzoll zuzustimmen und zwar unter folgender Erwägung. Die internationale Arbeitsteilung, diese Weltarbeitsteilung, wie sie sich der Socialismus vorstellt, kann nicht gebildet werden als eine einfache Fortsetzung der Fäden, die die kapitalistische Weltwirtschaft spinnt, denn die ist in dieser Beziehung höchst ungewöhnlich. Sie schafft Zustände, die wir, wenn wir eine sozialistische Weltwirtschaft zu dirigieren hätten, niemals haben würden. Während wir dann Baumwolle oder irgend ein anderes Rohprodukt der Textilindustrie von Amerika holen, hier verarbeiten und wieder nach Amerika hinüberverfrachten? Das wäre doch ganz ausgeschlossen, und das ist bei einer ganzen Menge von industriellen Produkten der kapitalistischen Weltarbeitsteilung der Fall. Denn gegenüber könnte ich mir denken, daß wir da, wo diese Arbeitsteilung nicht begründet ist auf natürlichen, im Boden und in der geographischen Lage bedingten Faktoren, gelegentlich eingreifen mit Schutzmitteln, eventuell zur Aufhebung einer jungen Industrie, wie es Amerika gethan hat. Aktuell wird die ganze Frage eigentlich von dem Gesichtspunkt, daß die Amerikaner eine Weltzollpolitik zunächst betreiben: Amerika den Amerikanern. Demgegenüber kam Europa, wenn es nicht wirtschaftlich zurückgefallen werden soll, sehr wohl den Gedanken eines europäischen Zollvereins, auch einer europäischen Weltzollpolitik anzutreten. Steht man diese beiden großen Produktionsgebiete gegenüber, so tritt allerdings Amerika in ein besonderes Licht zollpolitischer Behandlung, und man kann die Niederwerfung der Zollschranken in Europa aufreben und doch gegenüber Amerika, gegen das wir uns unter Umständen wehren müssen, einen anderen Standpunkt einnehmen. Also aktuell ist die Sache viel komplizierter. Das wichtigste, was mich veranlaßt ... (Glode

des Vorsitzenden. Die Redezeit des Redners ist abgelaufen. (Weiterleit.)

Webel:

Verschiedene Ursachen haben mich verhindert, gestern dem Referat Calwers die Aufmerksamkeit zu schenken, die es verlangte; ich bin deshalb auch nicht in der Lage, gegen ihn ausführlich polemisieren zu können. Ich bemerke aber ausdrücklich, daß eine Reihe von Sätzen, die er ausgesprochen hat, insbesondere über die zollpolitischen Verhältnisse Deutschlands zu den Vereinigten Staaten derartige waren, daß wir sie entschieden zurückweisen müssen. Er wird selbst aus dem Echo, das seine Rede in der bürgerlichen Presse findet, bemerken, wessen Mühle er gestern gedreht hat; es ist die agrarische Presse, die in erster Linie einen ganzen Reihe seiner Ausführungen jubelnd zustimmen wird. Auch ich finde, daß gerade dieser Teil seiner Ausführungen in einem lebhaften Widerspruch steht zu den Sätzen seiner Resolution, die hinsichtlich für unsere Haltung in den zollpolitischen Fragen maßgebend sein soll. So heißt es: Wir haben einzutreten für eine Handelsvertrags-Politik, die sich das Ziel setzt, die wechselseitigen Handelsbeschränkungen fortschreitend aufzuheben und den freien Weltverkehr zu fördern; für Verwerfung aller zollgesetzlichen Maßnahmen (wie Maximal- und Minimaltarif, Verzölle usw.), die einen engeren handelspolitischen Anschlag Deutschlands an andere Staaten erschweren. Wenn wir aber die geistigen Ausführungen Calwers für unser Verhalten im Reichstag maßgebend sein lassen wollten, während wir das Gegenteil erreichen, wir würden die internationalen Gegensätze verschärfen, für unsre Gegner arbeiten und ein friedliches Zusammenarbeiten mit anderen Völkern auf handelspolitischem Gebiet, um allmählich zu einer freien Handels- und Verkehrs-Politik zu kommen, erschweren. Auch ich will erklären, daß wenn wir, wie ich, der Resolution Calwer zustimmen, damit nicht aussprechen, daß wir auch seiner Motivierung zustimmen können. Damit verlasse ich diesen Punkt.

Was mich hauptsächlich veranlaßt, das Wort zu nehmen, waren die Ausführungen Vollmars und sein Antrag betr. Streichung der auf die Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich bezüglichen Worte. Wären sie in der Resolution nicht enthalten, so würde ich wahrscheinlich keinen Versuch gemacht haben, sie hineinzubringen. Nachdem sie aber einmal darin stehen und nach meiner Ueberzeugung einem ganz richtigen Gedanken Ausdruck geben, würde eine Zustimmung des Parteitages zu dem Antrag Vollmars nach außen hin notwendigerweise verwirrend wirken. Daher können wir den Antrag Vollmar nicht annehmen. Ich stimme den Ausführungen meines Vorgesetzten über die Eisenbahnpolitik Preußens Wort für Wort zu; und wenn eine Gefahr der Verprechtung des Eisenbahnwesens besteht, so in der Politik, die Preußen unter dem bisherigen Regime durchzuführen kann. Das einzige Mittel, der Verprechtung der Eisenbahnen entgegenzutreten, Preußen außer Stande zu setzen, seine Verkehrsorganen auf die übrigen deutschen Eisenbahnen auszuweichen, ist, daß wir ihn das Eisenbahnwesen aus der Hand nehmen und auf das Reich übertragen. Es ist ein durchaus falscher Standpunkt, der durch die Praxis in keiner Weise bestätigt wird, wenn Vollmar ausführt, daß die Uebertragung auf das Reich einer Verprechtung gleich käme. Es ist weiter unrichtig, daß das auch eine Verschlechterung der Tätigkeitsbedingungen der Beamten und Arbeiter bedeuten würde. Die Tätigkeit, die wir im Reichstag auf dem Gebiete des Post- und Eisenbahnwesens speziell in der Budgetkommission und namentlich in den letzten zwei Jahren ausüben, beweist das Gegenteil. Fortgesetzt ist den Bestrebungen des Reichstags, die Gehälter und Löhne zu erhöhen, von seiten der preussischen Regierung die energichste Opposition gemacht worden mit dem Hinweis, daß dann Preußen gezwungen würde, auch die Gehälter seiner Beamten in den entsprechenden Rangstufen zu erhöhen, und wir haben fortgesetzt den beständigen Widerstand dagegen erhoben, daß das Reich sich in dieser Beziehung nach Preußen richte. Dazu kommt eins: Sobald die Eisenbahnen in Reichsverwaltung sind, haben wir die Möglichkeit, auf die gesamte Verkehrs-Politik einen entsprechenden Einfluß auszuüben. Dazu haben wir in Preußen nicht die geringste Möglichkeit; selbst wenn es uns ermöglicht werden sollte, ein paar Abgeordnete in den preussischen Landtag zu bringen, würde das noch keine Bedeutung haben. Gegenwärtig steht die preussische Verkehrs-Politik unter dem Einfluß des preussischen Junkertums, und dieses wird im Reichstag nun und nimmer die Macht haben können, die es im Landtag hat. Wir sind auf Grund des gleichen, allgemeinen Wahlrechts fortgesetzt in der Lage, unseren Einfluß zu erweitern, das ist uns in den meisten deutschen Staaten unmöglich. Bayern nimmt darin eine Ausnahmestellung ein; aber wir können die Rücksicht auf die Interessen Bayerns nicht maßgebend sein lassen für das ganze Deutsche Reich. (Sehr richtig!) Es kommt noch eins hinzu, die Centralisation des Verkehrs-Politik ist die notwendige Konsequenz der Konzentration der gesamten deutschen Wirtschaftspolitik, der einheitlichen Zoll- und Handelsgesetzgebung. Der Weg, den David einschlagen will, kann unmöglich zu diesem Ziele führen. Ganz mit Recht sagt er, daß, wenn es Miquel gelingt, seinen Einfluß auf die süddeutschen Staaten auszudehnen — und es gelingt ihm — dann nicht nur dem Reich, sondern auch den Einzelstaaten mehr und mehr der Einfluß auf die Verkehrs-Politik entzogen wird. Wir treten für eine einheitliche Gestaltung der Verkehrs-Politik ein und es ist durchaus richtig, zugleich hinzuzusetzen, wie wir uns dieselbe verwirklicht denken: durch Uebernahme des Eisenbahnwesens auf das Reich. In der Resolution Calwer kommt also hier ein ganz konsequenter Gedanke zum Ausdruck, und wir haben alle Ursache, um Mißverständnisse zu verhüten, ihn, da er nun einmal drin steht, festzuhalten. Die gegenwärtig Preußen nicht bloß die süddeutschen Staaten sondern auch Sachsen mit seiner Verkehrs-Politik einzuschütern trachtet, dafür zwei Beispiele: Wenn ein Sächsischer Fabrikant an einen Wächner Kaufmann Waren verschickt, dann gehen sie nicht den selbstverständlichen direkten Weg über Dresden-Meißen-Dorf-Regensburg, sondern machen um ganz Sachen herum durch Preußen und Thüringen einen doppelt so langen Umweg. Rehtlich liegt es mit, Waren, die von Görlitz nach Konstanz gehen. Gerade dieses Stück preussischer Verkehrs-Politik ist das traurigste was in den deutschen Verkehrsverhältnissen sich vollzieht, und um dem entgegenzutreten, bitte ich Sie, den Vorschlag in der Resolution anzunehmen. Dagegen bin ich ganz einverstanden, daß der Antrag Vollmar betr. den Wittelländischen Zustimmung findet.

Singer erklärt die Vorschlagsliste für die Bahnen für geschlossen.

Vollmar:

Es sind eine Anzahl Äußerungen gestern und heute gefallen, die mir wohl Beunruhigung geben könnten, auf sie einzugehen. Am die Aufmerksamkeit nicht abzuwenden, will ich es jedoch nicht thun, sondern nur, um Ueberreibungen fern zu halten, ein Wort auf die letzten Äußerungen Webels erwidern. Webel hat darauf hingewiesen, daß die Waren, statt den gewöhnlichen Weg zu nehmen, in der ganzen Welt herumfahren, nur damit die nicht-preussischen Bahnen geschädigt werden, und hat das das traurigste genannt, was nur sein kann. Selbstverständlich halte auch ich diese Art preussischer Verkehrs-Politik für eine Thorheit. Aber wenn wir weiter nichts Traurigeres in Deutschland hätten, dann wäre es lange nicht so schlimm. (Weiterleit.) Der einzige ernste Einwand gegen meinen Antrag ist der gewesen: Wir anerkennen alle die Schädlichkeiten, die ich als Folgen des preussischen Eisenbahn-Systems aufgewiesen habe, aber, um sie zu beseitigen, sollen die die Bahnen Preußen abgenommen und auf das Reich übertragen werden. Das hört sich sehr schön an, ist aber die reine Ideologie. (Sehr richtig!) Wenn man nicht wüßte, wie sehr Theorien in stunde sind, den Leuten den Blick für die Wirklichkeit und die Ansovernehmen



der Politik zu trüben, so würde man gar nicht begreifen, wie solche Ansichten entstehen können. Für Calver ist das Theorem die Verkehrscentralisation, für Webel die Centralisation überhaupt. Das ist ein alter Lieblingsgedanke von ihm; in Köln hat er schon gesagt, daß er die politische Centralisation anstrebt und die föderalistischen Gebilde beiseite geräumt haben will. Von diesem Standpunkt begreift man ja, wie er zu einer Belämpfung meines Antrags kommen kann, denn wenn den Einzelstaaten die Bahnen genommen werden, dann wird ihnen der letzte Schimmer wirtschaftlicher Unabhängigkeit genommen. (Sehr richtig.) Ich und viele meiner Freunde stehen auf dem entgegengesetzten Standpunkt und werden immer auf ihm stehen bleiben, weil wir es für eine Verkehrshilfe halten, daß wir unsere ärgsten Feind, die centralisierte reichspräussische Gewalt stärken. Der Gedanke, alle Bahnen an das Reich zu übertragen, würde gerade so begründet, als ob wir in Berlin das Ruder in Händen hätten. In Wirklichkeit steht es so, daß wir, wenn heute dem Reich die Bahnen gehörten, nichts wesentliches erreichen könnten, selbst wenn wir ein Duzend mehr wären. Die Gewalt liegt in den Händen der preussischen Regierung. Die Reichsregierung ist überhaupt nur Schatten. Wir haben ja schon einen kleinen Anfang in den Reichsbahnen in Elsaß-Lothringen und Luxemburg. Hier hat der Reichstag ja zu beschließen und es ist ihm doch nie möglich gewesen, den Tarifkrieg, den die elsässischen Eisenbahnen Preußen mit führen helfen, zu hindern. Wehlich steht es mit der Sache für die Bediensteten. Webel hat gesagt, wir seien fortgesetzt im Reichstag gegen die preussische Regierung und ihre Art der Beamtenbehandlung aufgetreten. Was ist, frage ich, erreicht worden? Von den Gehältern will ich nicht reden, wohl aber von der russischen und türkischen Behandlung, die ihnen wird. Und diese Behandlung ist nicht nur in Preußen, sondern auch in Elsaß-Lothringen im Schwunge. Haben wir im Reichstag den Reichs-Polizeibeamten jemals bessere Behandlung verschaffen können? Das wird auch in Zukunft nicht gelingen. Oder es müßten ganz andere Partei-Konstellationen zu Stande kommen. Wir sollten als erste politische Männer nichts aussprechen, dessen Durchführung in der nächsten absehbaren Zeit nicht zu erwarten ist. Die Ueberführung der Eisenbahnen an das Reich ist ein Schaden für die Staatsarbeiter, für die Verkehrsminister und die allgemeinen politischen Machtverhältnisse. Stellen wir uns vor, die Ueberführung der Eisenbahnen an das Reich wäre seit einer Reihe von Jahren bereits vollzogen. Dann hätten wir die Verbesserungen, die die süddeutschen Staaten in Eisenbahnen vorgenommen haben, überhaupt nicht und sie könnten nicht als Beispiel dienen. Wir wünschen, daß die süddeutsche Eisenbahngemeinschaft bald zur That wird, damit die süddeutschen Staaten mehr Widerstand als bisher gegen die preussische Eisenbahnverwaltung entfalten können. Den einheitlichen Gesichtspunkt der Verkehrsminister, den Webel will, können wir nicht um jeden Preis erreichen wollen. Fassen wir die Sache nicht so auf, daß vorläufig von der Uebernahme der Eisenbahnen durch das Reich doch nicht die Rede sei. Ich halte den Parteitag für zu gut, in einer bloßen Doktorfrage Beschluß zu fassen; jedenfalls wird der Kampf, den wir in den Einzel-Landtagen führen, der Kampf gegen die preussische Verkehrsminister durch einen solchen Beschluß nicht unterstützt. Ich will nichts aussprechen, was ich auf jeden Fall für einen Schlag ins Wasser halte; nehmen Sie meinen Antrag an. (Weifall.)

#### Dr. David-Mainz:

Ich habe vorhin entwickelt, daß es nicht angeht, die Sätze des kommunistischen Manifestes einfach in unsere heutigen verwickelten Verhältnisse hinein zu projicieren und zu glauben, daß man damit die principielle Seite der Sache erschöpft hat. Sieht man aber ganz ab von der internationalen Interessensolidarität der Arbeiter, die empfindlich getroffen werden kann durch eventuelle Schutzölle, so glaube ich, wenn „höhere Löhne“ die Parole sein soll für unsere Haltung in allen handelspolitischen Beziehungen, dann könnte die nationale Interessensolidarität der Arbeiter im innersten getroffen werden. Denn die Schwierigkeiten liegen ja immer in der Frage, für welche Artikel ein Schutzoll konzipiert werden soll. Höhere Löhne sind doch für die Arbeiter jedes Zweigs durch die besondere Lage dieses Zweigs, nicht aber durch die allgemeinen gleichmäßigen Verhältnisse begründet. Wenn also einmal die Parole „höhere Löhne“ ausgegeben würde, so würden die verschiedenen Arbeiterkategorien der verschiedenen Arbeitszweige zu verschiedener handelspolitischer Stellungnahme in jedem praktischen Einzelfall gedrängt werden und wenn dann auch für die Landarbeiter die Parole höhere Löhne ausgegeben wird, was dann? Höhere Löhne können nur durch höhere Preise erzielt werden, und damit kommen wir zu dem Princip der Agrarölle, höherer Zölle für landwirtschaftliche Produkte. Das aber scheint mir die Gefahr zu sein. Unsere letzten handelspolitischen Grundbeschlüsse waren aufgebaut auf dem Konsumenteninteresse, das generell gleichmäßig ist, während das Produzenteninteresse auch innerhalb der Arbeiterschaft in direktem Gegensatz stehen könnte; mit der Anerkennung der Parole „höher Löhne“ stellen wir uns principieell auf den gleichen Standpunkt wie die Agrarier und wir müßten dann auch praktisch direkt deren Politik im Reichstag unterstützen. Die Kontingentsbeschränkung würde dann ohne weiteres zur Thatsache werden, denn etwas Wesentliches ließe sich nicht mehr dagegen sagen. Ich halte es zunächst einfach für eine historische Unmöglichkeit, daß wir in diesem Sinn in den Kampf um die neuen Handelsverträge eingreifen, daß wir diese nationale Sammelpolitik der agrarischen, feudalen und auch gewisser Kreise der Großindustriellen durch unsere Stellungnahme unterstützen könnten.

Nun noch eine kurze Erwiderung auf eine Bemerkung Webels. Wenn man wirklich eine Vereinfachung unseres Eisenbahnwesens im Sinne der Verkehrsverbesserungen will, dann darf man nicht dem Passus der Resolution zustimmen, der die Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich fordert. Sonst unterstützt man in Wirklichkeit die Miquel'schen Pläne, ohne der Forderung der Reichs-Eisenbahngemeinschaft im Sinne des Reichs-Eisenbahneigentums und der Reichs-Eisenbahnverwaltung unter dem Reichstag auch nur einen Schritt näher gekommen zu sein. Streichen Sie diesen Passus, um den Bestrebungen auf eine süddeutsche Eisenbahngemeinschaft keine Steine in den Weg zu legen! Nur über die süddeutsche Eisenbahngemeinschaft als Vorstufe können wir zu einer unseren Wünschen entsprechenden Reichs-Eisenbahngemeinschaft kommen.

#### Webel:

David hat mehrere mal Bezug genommen auf das kommunistische Manifest und die Grundsätze, die wir von diesem aus hier in Anwendung bringen müßten. Ich habe bisher von keinem anderen Redner gehört, daß er einen solchen Versuch gemacht hätte. (Zurufe: Rosa Luxemburg!) Die Resolution ist durchaus nüchtern und thatsächlich gehalten und schließt sich den Verhältnissen an, und es handelt sich für uns heute nur darum, unsere berechtigten Forderungen zu geben. Nun ist thatsächlich die Frage, wie die Lage der Arbeiter unter dem Freihandel, oder Schutzollsystem ist, nicht so einfach abgethan. Wir haben in England, einem reinen Freihandelsland, verhältnismäßig hohe Löhne und in Rußland, einem ausgeprochenen Schutzollland, die erbärmlichste Lage der Arbeiter, die man sich denken kann. Ich beschränke mich auf Bemerkungen zur Eisenbahnfrage. Wenn das bloße Theorem sein soll und wir uns nicht damit sollen beschäftigen dürfen, da wir unsere Absichten doch nicht zur Ausführung bringen könnten, dann müßten wir überhaupt aufhören, den größten Teil unserer Auseinandersetzungen zu machen, dann hört jede principielle Erörterung mit der bürgerlichen Gesellschaft vollkommen auf. (Sehr richtig!) Theorie ist allerdings heute die Reichs-Eisenbahnfrage, aber sie ist doch bereits vor Jahrzehnten schon insoweit praktisch gewesen, als Bismarck den Versuch thatsächlich machte. Es steht der Resolution durchaus nichts im Wege, daß die süddeutschen Staaten eine Eisenbahngemeinschaft bilden, die zunächst ihre Spitze gegen Preußen richtet, ich fürchte nur, daß sie sehr bald in die Brüche geht, daß die Widerstandsfähigkeit der süddeutschen Staaten gegen Preußen viel geringer ist, als die Wälder'sten Meinen. Im habe schon jetzt reden hören, daß es im Württembergischen Eisenbahn-Ministerium ganz bedenklich wadeln soll, daß in ihm einzelne Stimmen sein sollen, die sich für ein Zusammengehen mit Preußen aussprechen. Bayern allein kann nichts machen.

Aber wie die Regierungen sich aus der Verlegenheit, in die sie durch Preußen kommen, herauszudenken wollen, geht uns nichts an (Zurufe: Volkmar's), nein, das geht uns nichts an; wenn Ihr im bayerischen Landtag seid, habt Ihr ganz anders zu reden (Heiterkeit). Wir stellen hier die grundsätzliche Frage auf: wie wollen wir die Eisenbahnpolitik durchgeführt sehen? Und da müssen wir dem Gedanken Ausdruck geben, daß die gesamte Wirtschaftspolitik, das ganze moderne Leben, der große Nationalstaat auch die Centralisation des Verkehrswezens zur notwendigen Konsequenz hat. Wir wären keine modernen Menschen, wenn wir diesen Standpunkt nicht anerkennen wollten. Nun hat Volkmar ausgeführt, wir ständen durch eine solche Politik ja unseren stärksten Feind, Preußen. Ja, Parteigenossen, ich sage es Euch ganz offen, ich habe es lieber mit einem als mit 22. (Weifall.) Darin hat Volkmar unrecht, daß die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Staaten mit der Verwaltung ihrer Eisenbahnen verloren geht, denn dann müßten die Staaten in ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit ausgegrenzt sein, die keine eigenen Eisenbahnen haben. (Zurufe: Sind es auch.) Je mehr wir den Partikularismus und die einzelstaatliche Selbständigkeit unterstützen, gehen wir hand in hand mit dem preussischen Junkertum und dem Centrum. (Sehr richtig!) Gegenwärtig ist im Deutschen Reich allgemein die Tendenz vorhanden, den Einfluß des Reichs zu schwächen und den der Einzelstaaten zu stärken. Dabei haben wir die große kompakte Centralisation des Wirtschaftslebens im Centralreich; wir haben einen Einfluß und eine Macht im Reichstag, wie wir sie in keinem andren politischen Körper erringen können; die Möglichkeit, diese Macht zu erweitern, eine Tribüne, von der wir zu den Millionen hinausprechen können, ein Agitationsmaterial, wie wir es uns nicht grobhartiger denken können, also alle Ursache, diese Stellung uns nicht nur zu erhalten, sondern sie zu kräftigen. (Weifall.)

#### Ulrich:

Ich kann von vorne erklären, daß wir Süddeutschen die letzten Ausführungen Webels durchaus unterschreiben können, daß auch wir eine Konzentration wollen. Wir wenden uns nur dagegen, daß das gesamte Eisenbahnwesen unter den Einfluß Preußens kommt durch die Konzentration. Wir Hessen sind das Verkehrsministerium geworden und haben es schwer zu beklagen gerade im wirtschaftlichen Interesse. Gewiß, durch den Miquel'schen Föderalismus sind uns Mittel zugeführt worden, aber in Bezug auf unser ganzes Eisenbahnwesen sind wir nicht nur die Vasallen, nein die Anechte Miquel's geworden; nicht die kleinste Eisenbahn können wir mehr bauen, nicht den geringsten Einfluß haben wir mehr auf die Verwaltung. Das einzige Recht, das wir haben, ist, daß wir im Landtage Millionen für strategische Bahnzwecke ausgeben dürfen. Eine schöne Eisenbahngemeinschaft: 200 Millionen haben wir für den Kauf der Ludwigsbahn ausgegeben, aber auch nicht das geringste dürfen wir in die Verwaltung hineinreden. Wir brauchen dringend eine kleine Nebenbahn durch den Odenwald, aber sie wird nicht in die Eisenbahngemeinschaft aufgenommen. So steht die Sache heute, wie wollen wir dies preussische System im Reich bekämpfen? Preußen würde in Bezug auf die Eisenbahnen genau so stark sein, wenn sie Reichsbahnen sind, wie in Militärfragen. Also an sich sind wir nicht dagegen, daß das Eisenbahnwesen Reichs Sache sein müßte, nur sind wir gegen den Satz in der Resolution, weil er zu Mißverständnissen führen kann. Auch in Bezug auf die Lage der Eisenbahnverwaltung haben wir in der Eisenbahngemeinschaft schon trübe Erfahrungen machen können.

#### Sug-Dani:

Bei dieser Frage muß man auch an die Art denken, wie die Reichsregierung sich über die Bedürfnisse und Interessen des Volks unterrichtet. Die Arbeiterorganisationen werden vollständig übergegangen, dagegen muß auf das allerhöchste protestiert werden an dem heutigen besonders denkwürdigen Tage, an dem die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ eine Auflage von 100 000 Abonnenten erreicht hat.

#### Geel:

Wir haben in der badischen Kammer uns mit der Eisenbahnfrage schon beschäftigt und können der Resolution in ihrer Interpretation durchaus zustimmen. Wir haben uns zunächst für die Mainlinie erklärt, damit kann sich Volkmar trösten, aber wir haben uns gesagt, daß Baden in dem Kampf gegen Preußen bluten müßte. Wir müssen zwischen zwei Uebeln das kleinere wählen und werden zu der Forderung der Reichseisenbahnen gedrängt. Bezüglich der Lage der Eisenbahn-Arbeiter stehen unsere badischen Bahnen noch hinter den preussischen zurück; unsere badischen Eisenbahn-Arbeiter haben von diesem Gesichtspunkt aus keinen Anlaß, sich gegen eine Ueberführung der Eisenbahnen auf das Reich zu wehren. In unfrem Dusterlande ist die kleine Beamenschaft und Arbeiterschaft bei den Eisenbahnen wechlos.

#### Mollenhuth:

Alle Verteidiger des partikularistischen Systems betonen die Mißstände in Preußen, aber niemand von ihnen hat den Versuch gemacht, nachzuweisen, wie daraus anders herauszukommen ist, als durch Ueberführung der Eisenbahnen in das Reich. In Bezug auf die Förderung des Verkehrs selbst leisten die kleinen Staaten durchaus nicht mehr als die preussische Eisenbahn-Verwaltung. Jedenfalls kann das preussische Dilemma nur beseitigt werden, wenn man die Sache Preußen abnimmt. Nur noch ein Wort gegen David. Da unser Koalitionsrecht noch so wenig ausgestaltet ist, ein großer Teil unserer Arbeiterschaft überhaupt noch kein Koalitionsrecht hat, müssen wir dafür sorgen, daß die Preise der Lebensmittel so billig wie möglich sind, und dazu müssen wir dem Schutzollsystem energisch die Stirn bieten.

#### Leufert-Apolda:

Auch ich kann mit der Art, wie Calver über unser Weistbegünstigungsverhältnis zu Amerika gesprochen hat, mich durchaus nicht einverstanden erklären. Durch die von ihm vorgeschlagene Haltung schädigen wir die Konsumenten entweder bei uns oder in Amerika, eins oder das andre. Wie verhält sich das aber mit unfrem internationalen Standpunkt? Wir in unfrem thüringischen Textilbezirk spüren die Wirkung der Mac Kinley'schen Schutzollpolitik. Die Eisenbahnpolitik muß Reichs Sache sein, wenn wir auch nicht unsere Forderungen durchsetzen können; aber wir müssen uns das Recht der Kritik verschaffen und dazu brauchen wir die Tribüne des Reichstags. Daher bin ich für Aufrechterhaltung des Passus von der Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich. Bei der Forderung der weitgehenden Ermäßigung der Personentaxen möchte ich die beizugehende Zweckbestimmung sorgfältig und den Passus betreffend den Mittelkanal gestrichen haben; da muß freie Hand gelassen werden, welches Kanalsystem das beste ist.

#### Dr. Schoenau:

Den Antrag, die Uebernahme des Verkehrswezens auf das Reich zu streichen, habe ich selbst mitgestellt. Der centralistische Standpunkt Webels ist ein subjektiver. Ihm steht die Forderung des Föderalismus gegenüber, die Partei hat sich für eins von beiden bisher noch nicht festgelegt. Das ist eine Doktorfrage und auch die Frage der Uebernahme des Verkehrswezens auf das Reich keine praktische. Webel selbst betrachtet das als eine Zukunftsgeschichte, die erst von praktischer Bedeutung sein wird, wenn wir statt eines preussischen Regiments in Deutschland ein konstitutionelles, sagen wir ein demokratisches Deutschland haben. Ueber diese ungelagten Eier sollten wir uns nicht eine Auffassung, die von Bedeutung ist, gefährden. Vor allem sollen wir wegen dieser Zukunftsfrage uns nicht der Wichtigkeit preisgeben, daß wir durch eine solche Erklärung die Ausbreitung des preussischen Bureaucratismus und Föderalismus fördern wollten. Denken Sie an das Militär-Strafgesetzbuch, dem das bessere bayerische zum Opfer gefallen ist. Man soll in der jetzigen Zeit den Gedanken der Verstaatlichung von Betrieben und Einrichtungen nicht so scharf betonen. Principieell sind wir für Verstaatlichung der Reichsbahn, der Bergwerke. Also, die Differenz ist wirklich keine sehr materielle, daher streichen wir am besten den Passus aus der Calver'schen Resolution und binden uns nicht, denn

die Partei hat sich noch nicht festgelegt für Centralismus oder Föderalismus.

#### Das Schlußwort hat

#### Calver:

Es ist ja wenig übrig geblieben von Uebereinstimmung mit meinen Ausführungen in meinem Referat. Aber dem Kernpunkt ist man immer aus dem Wege gegangen. Ich habe gleich zu Anfang gesagt, die schutzollnerische Strömung ist in Deutschland so stark, daß wir, wenn wir diesen Weg nicht gehen, wahrscheinlich eine noch höhere Schutzollmauer bekommen werden. Daher sprach ich gegen die Weistbegünstigung. So ganz etwas Neues wäre eine solche Stellung für uns nicht; denn wir sind ja selbstverständlich gegen Getreidezölle und haben 1890 doch Notgedrungen für den Zoll von 3,5 M. stimmen müssen als das kleinere Uebel. Die Genossin Luxemburg hat mich ja nun sehr lebendig bedacht; ich werde ihr auf diesem Weg nicht folgen, denn erstens habe ich es mit einer Dame zu thun, und zweitens verbietet mir meine Bildung, in einem solchen Tone zu reden. (Lebhafte Zustimmung.) Genossin Luxemburg fragt was ist denn seit 1898 eingetreten, daß wir seit dem Stuttgarter Parteitag eine andre Stellung einnehmen sollen? Nun, ich denke, daß der Standpunkt Kauley's sich so ziemlich deckt mit dem der Genossin Luxemburg. In dem vorletzten Artikel der „Neuen Zeit“ macht er nur genau so wie ich aufmerksam auf die amerikanische Konkurrenz, den Rückgang unserer Ausfuhr, und fragt nun: wie können wir uns der amerikanischen industriellen Invasion erwehren? Und was hat er für Mittel anstatt des Schutzolls? „Zwei Wege“, sagt er, „gibt es für die deutschen Kapitalisten, die Konkurrenzfähigkeit ihrer Industrie zu stärken. Entweder sie suchen den Amerikanern ebenbürtig zu werden durch Verminderung der Produktionskosten, oder sie tragen eine Machtstellung im Reich zu gewinnen, die es ihnen ermöglicht, auf dem inneren Markt so hohe Preise zu erzielen, daß sie, dank dem Exportprofit, auf dem Weltmarkt unter den Produktionskosten verkaufen können.“ Also Schutzölle, Kartelle, Niederhaltung der Arbeiterlöhne. Er erklärt, kann unsere Industrie den Amerikanern auf dem Weltmarkt nicht die Spitze bieten, so muß sie zurückgehen. Was ist das für eine Aussicht für die Arbeiterklasse, wenn wir sagen: Wenn die deutsche Industrie nicht konkurrieren kann, soll sie zurückgehen? Darunter leidet doch der deutsche Arbeiter am meisten. Wie sieht es nun mit dem Schutzoll? Wird die Weistbegünstigungsklausel beibehalten, so kommen wir unmöglich zu Handelsverträgen im Capriciosen Sinne, wir werden dann mit den andren Ländern nicht zu Positionen kommen, bei denen man sagen kann, die Verträge haben noch Nutzen. Wenn ich vor der Wahl stehe, entweder wir errichten innerhalb Europas möglichst hohe Zollmauern oder wir tragen diese Mauern ab, verkommen aber auch von Amerika, daß es uns entgegenkommt und auf die Weistbegünstigungsklausel verzichtet, so wähle ich das letztere als das kleinere Uebel. Haben wir denn einen Grund, uns von Amerika alles gefallen zu lassen? Wenn wir die Amerikaner begünstigen, so stärken wir damit auch wieder unsere Hochschutzölner. Daß die gegnerische Presse von Schutzollbestrebungen innerhalb der Socialdemokratie reden wird, davon bin ich überzeugt, aber wenn die Agrarier meine Ausführungen näher ansehen, so haben sie gewiß keine Freude daran. Wir können dann den Agrariern madweisen, daß sie nicht durch das Verhalten Amerikas, sondern durch ihre Sucht nach Verdienst zu höheren Zöllen getrieben sind. Viel wichtiger ist es, uns den europäischen Markt billig zu erhalten, als Amerika zu Liebe uns alle Märkte zu verschließen. Genossin Luxemburg spricht von einem wissenschaftlichen Schieber, aber was sie mir unterstellt, habe ich gar nicht gesagt. Ich habe nur mit Bezug auf die industriellen Zölle gesagt, daß die Zölle, die die Amerikaner beim Import unserer Waren erheben, von der deutschen Arbeiterschaft mit bezahlt werden müssen. Für 370 Millionen führen wir dort ein und über 200 Millionen sind Zölle darauf geschlagen. Wie ist das anders möglich, als dadurch, daß der deutsche Arbeiter durch diese Zollpolitik ständig unter Druck gehalten wird? Das Volkswissen ist nicht höher geworden, und gerade in der Textilindustrie sieht es in Beziehung auf die Lohn-erhöhung in den letzten fünf Jahren ganz schlecht aus. Dann ist Genossin Luxemburg wieder mit dem internationalen Gedanken gekommen. Aber wenn ich sehe, daß die deutschen Arbeiter bei der Durchführung des internationalen Princip's immer zu kurz kommen, so bin ich allerdings im Interesse des Internationalismus und im Interesse der deutschen Arbeiter national. Einen Zollkrieg, wie ihn Ledebour an die Wand malt, fürchte ich nicht, aber sollen wir uns dem von Amerika alles bieten lassen und nichts dagegen thun? Wir können einen großen Teil der Waren, die wir jetzt aus Amerika beziehen, ganz gut auch aus andren Ländern beziehen. Da können wir, wenn es ernst wird, ganz gut den Amerikanern die Föhne zeigen, wie es Ledebour will. Wollenhuth hat aus früherer Zeit einen Versuch der deutschen Regierung angeführt, um den Amerikanern beizukommen. Das ist ja das Sonderbare, man will gerne den Amerikanern beikommen, thut es aber nicht direkt, sondern auf Umwegen, z. B. durch veterinärpolizeiliche Maßnahmen, und das erbittert die Amerikaner vielmehr. Die Amerikaner sind praktische Geschäftsleute; ihnen muß man als Geschäftsmann gegenüber treten, wenn man etwas erreichen will. Jetzt schröpfen uns die Amerikaner; zu allen Krisen in der Textilindustrie haben die Amerikaner den Anstoß gegeben. Der Einwand David's würde zutreffen, wenn ich für Schutzollpolitik im allgemeinen einträte, aber das thue ich nicht. Es handelt sich höchstens um Abwehrmaßnahmen, nicht einmal um Repressivmaßnahmen gegen Amerika. Die deutsche Regierung führt in der Praxis die Weistbegünstigung noch durch, weil sie immer noch gehofft hat, mit Amerika zu einem vernünftigen Handelsvertrag zu kommen. Aber in der offiziellen Ausgabe der Handels- und Schiffsverträge ist dieser Weistbegünstigungsvertrag mit Amerika nicht aufgenommen, während alle andren darin enthalten sind. Nun wird gesagt, der Inhalt meiner Resolution steht im Widerspruch zu meinen Ausführungen (sehr richtig), ja, sehr richtig! (wein, sehr traurig!), der Herr, der „sehr lächel“ rief, kennt offenbar den Gegenstand nicht. (Choi!) An die Spitze meiner Ausführungen habe ich den Gedanken gestellt: Fortführung der Handelsverträge-Politik. Diese Fortführung hängt aber wesentlich von der Stellung zur Weistbegünstigungsklausel für Amerika ab. Lassen wir die Weistbegünstigung für Amerika fallen, dann ist Aussicht vorhanden, daß wir Handelsverträge, vielleicht günstiger als heute bekommen. Lassen wir sie nicht fallen, dann bekommen wir einen autonomen Tarif; es wird weiter gewirtschaftet, bis alles zusammenbricht. Ob das im Sinne der Handelsverträge-Politik liegt, oder mein Vorschlag, das überlasse ich Ihrer Entscheidung. Die Zeit wird es ja lehren. Wir können ja abwarten, wie der Abschluß der Handelsverträge sich gestalten wird. Ich glaube nicht, daß es ohne Aufhebung der Weistbegünstigungsklausel geht.

Nach ein paar Worte zu den von Volkmar beantragten Änderungen. Auf den Passus „Ausbau des Mittelkanal-Kanals“ verzichte ich; ich habe von vornherein keinen Wert darauf gelegt. Dagegen kann ich den zweiten Passus nicht lassen. Wenn wir zwei Eisenbahngemeinschaften haben, eine süddeutsche und eine norddeutsche, so haben wir nicht Frieden, sondern Krieg. Die einheitliche Gestaltung des Verkehrswezens, unterstellt unter die Kontrolle des Parlaments, ist das notwendige Korrelat einer einheitlichen Wirtschaftspolitik. Der Passus muß so bleiben, wie er in der Resolution steht. Das Amendement Luxemburg verlangt unter 4. eine weitgehende Ermäßigung der Gütertarife. Da in Punkt 3 meiner Resolution Ausbau des Wasserstraßen-Systems verlangt ist, so wäre es eine Abkürzung dieses Verlangens, wenn wir noch eine Ermäßigung der Gütertarife fordern wollten. Die ganze Resolution ist aufgebaut auf den wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter. Ich kann in der Begründung der einzelnen Forderungen von diesem Grundgedanken nicht abgehen. Ich bitte Sie daher, meiner Resolution mit dem einen Amendement Volkmar Ihre Zustimmung zu geben.

In der Abstimmung wird das Amendement Luxemburg in allen seinen Teilen angenommen.



Dagegen wird der erste Teil des Amendements Vollmar (Streichung der Worte: Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich) mit großer Mehrheit abgelehnt.  
Der zweite Teil des Amendements Vollmar wird mit großer Mehrheit angenommen; ebenso die so umgestaltete Resolution Calwer.

Es folgt Punkt 9 der Tagesordnung:  
**Die Taktik der Partei bei den Landtagswahlen.**  
Hierzu liegt die Resolution des Referenten vor, welche in neuer Fassung also lautet:

Der Parteitag wolle beschließen:  
In denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassen-Wahlrecht besteht, sind die Parteigenossen verpflichtet, bei den nächsten Wahlen in die Wahltagung einzutreten, es sei denn, daß die lokalen Verhältnisse eine Wahlbeteiligung unmöglich machen, d. h. wenn mit Sicherheit anzunehmen ist, daß infolge der öffentlichen Stimmabgabe Maßregelungen zahlreich eintreten werden.

Inwiefern hierauf die Wahlbeteiligung in einem Wahlkreis unmöglich ist, darüber entscheiden die Parteigenossen des betreffenden Wahlkreises.

Für die Landtags-Wahlen in Preußen bildet der Parteivorstand das Central-Wahlkomitee. Ohne dessen Zustimmung dürfen die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen keinerlei Abmachungen mit bürgerlichen Parteien treffen.

Weiter liegen, von der Antzags 5-12, die Resolution 56\*) und folgende neu eingebrachte Anträge:

Antrag 92: Am Schluß der Resolution ist der letzte Satz, beginnend „ohne dessen Zustimmung“ bis „Schluß“ zu streichen und an dessen Stelle zu setzen:

5. Parteigenossen in Breslau und Oberlangensielau: Der bisherigen Unklarheit in der Frage unsrer Taktik bei den Landtagswahlen in Preußen ein Ende zu machen durch den Beschluß allgemeiner und selbständiger Beteiligung der sozialdemokratischen Partei bei den nächsten preussischen Landtagswahlen. Weiter möge der Parteitag durch entsprechenden Beschluß ein Zusammengehen der sozialdemokratischen Wahlmänner mit solchen anderer Parteien gestatten zum Zweck sowohl der Erlangung sozialdemokratischer Abgeordnetenmandate wie der möglichen Schwächung der jetzt im preussischen Abgeordnetenhaus dominierenden reaktionären Parteien. Die oberste Leitung der Wahlgeschäfte möge der Parteitag dem Parteivorstand bzw. einem besonders zu wählenden Komitee übertragen.

6. Parteigenossen des Teltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburger Kreises beantragen beim Parteitag in Mainz, der bisherigen Unklarheit in der Frage unsrer Taktik bei den Landtagswahlen in Preußen ein Ende zu machen durch den Beschluß allgemeiner und selbständiger Beteiligung der sozialdemokratischen Partei bei den nächsten preussischen Landtagswahlen.

7. Parteigenossen in Frankfurt a. O.: Der Parteitag macht es allen Parteigenossen Preußens zur Pflicht, sich an den Landtagswahlen zu beteiligen.

8. Parteigenossen in Essen a. R.: Den Parteigenossen zu empfehlen, dort, wo irgend welche Vorteile für die Partei zu erlangen seien, sich selbständig an der Landtagswahl zu beteiligen.

9. Parteigenossen in Bochum: Die Regelung der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen hat in der Weise zu geschehen, daß ein Central-Wahlkomitee (eventuell Parteivorstand) auf Grund der Ergebnisse der bisherigen Wahlen die Wahlkreise bestimmt, die sich an der Wahl zu beteiligen haben. Das Central-Wahlkomitee hat auch die Verhandlungen mit den gegnerischen Parteien zu leiten. Die Beteiligung hat nur durch die Wahl eigener Wahlmänner stattzufinden und hat sowohl die Stärkung der bürgerlichen Opposition als auch die Erlangung eigener Mandate zum Zweck.

Wahlbündnisse mit bürgerlichen Parteien, insbesondere Abmachungen gemeinsamer Aufstellung von Wahlmännern-Kandidaten und Kandidaten für die Landtage sind nicht zulässig.  
Hoffmann-Berlin 4. Mader-Burzen. Georg Naab. Fr. Schneider. Ernst Berger. Jubell-Berlin. F. Storch. Seyditz-Leipzig. Gisel. Ledebour-Dresden (Land). Minna Ledebour. Drechsler. E. Adler-Niel. Karl Juers. Ernst Forckert-Solingen. W. Meyner. E. Grenz. H. Bergmann. F. Kohl. Karl Reuther-Saarbrücken. E. Jhrer-Berlin. M. Greifenberg-Kugsburg. O. Friedrich. Wozorowski-Stahfurt. Edmund Weisel. A. Dräger. V. Jungnickel-Dresden. F. Kogler. Eugenburg. Wolters. Chr. Schröder-Bramsche. F. Hoffmann-Kimmell. A. Wartenberg. J. Widmann. G. Weirich. A. Weige. H. Pfeiffer. Gebauer. Brunzel. Otto Görke. Bogowski. Verfenberger. Karl Erdmann. C. Gohl. Schubert. M. Kiesel. J. Parr. Reivand. Paul Scholz. E. Ernst. Gambel. Albin Berger. Albrecht. F. W. Höpner. S. Thomas-Altona. Demmer. J. D. Jacobson. Th. Müller. Max Jense. Bornmann. Rosenow. S. Wardwald-Halberstadt. Pfeiff. E. Michaelis. L. Harris. H. Roenen. A. Lümme. Förster. Eichhorn. Johann Stein. Klotz. Singer. F. Gerlach.

10. Parteigenossen in Aresfeld: Beteiligung an den Landtagswahlen. Aber nur in der Weise, daß überall sozialdemokratische Wahlmänner aufgestellt werden. Wo sich nicht genügend Wahlmänner finden, hat die Beteiligung zu unterbleiben.

11. Parteigenossen des Wahlkreises Nieder-Varnim: Die Entscheidung, ob eine Beteiligung an der preussischen Landtagswahl vorzunehmen ist, ist dem einzelnen Wahlkreise zu überlassen.

12. Parteigenossen in Wiesbaden und Chemnitz: Der Parteitag wolle sich für Beteiligung an den Landtagswahlen aussprechen.

56. Parteigenossen in Magdeburg:  
In Erwägung, daß die innerliche Reaktion in Preußen immer beherrschender wird, wie u. a. die Behandlung der Vorlage eines Mittelland-Kanals beweisen hat;  
in Erwägung, daß diese Nachstellung bei Beratung der Handelsverträge im Reichstag dazu benutzt werden wird, um die breiten Volksschichten mit neuen oder erhöhten indirekten Steuern, insbesondere mit verhärtetem Prohibitiv zu belasten;  
in fernerer Erwägung, daß proletarische Interessen in fast unübersehbarer Tragweite im preussischen Landtag entschieden werden;  
in schließlicher Erwägung, daß es Pflicht der Partei ist, den von ihr zu führenden Klassenkampf in immer weitere Gebiete zu tragen und immer mehr zu verallgemeinern,  
beantragen wir die Beteiligung der Partei an den preussischen Landtagswahlen.

Die Beteiligung hat nach den Grundsätzen zu erfolgen, die die Resolution Webel auf dem Hamburger Parteitag (Nr. 98 der Anträge) aufstellte und die da lauten:

1. Die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen ist überall geboten, wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen.
2. Inwiefern eine Wahlbeteiligung in den einzelnen Wahlkreisen möglich ist, entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Wahlkreise nach Rücksicht der lokalen Verhältnisse.
3. Beschließen die Parteigenossen eines Wahlkreises die Wahlbeteiligung, so kommen für diese folgende Gesichtspunkte in Betracht:  
a) Ist die Wahl eigener Wahlmänner möglich, so ist dieselbe mit aller Kraft zu betreiben;  
b) Ist die Aufstellung eigener Wahlmänner unmöglich und beschließen die Parteigenossen, sich dennoch an der Wahl zu beteiligen, so ist die Wahl von Wahlmännern, die aus-

Lebhour und Genossen beantragen: „In dem vorliegenden Abfah der Resolution Webel sind die Worte: „des betreffenden Wahlkreises“ umzuändern in: „des betreffenden Landtagswahlkreises“.

Dr. Quard und Genossen beantragen: „Der Parteitag wolle beschließen: auch in denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassen-Wahlrecht besteht, beteiligen sich die Parteigenossen an den Landtagswahlen. Für die Landtagswahlen in Preußen bildet der Parteivorstand das Central-Wahlkomitee.“

schließt einer bürgerlichen Oppositionspartei angehören, gestattet.

4. Abmachungen dieser Art für die Landtagswahlen sind nur unter der Bedingung zulässig, daß die betreffenden bürgerlichen Oppositionsparteien bereit sind:

- a) ihre Kandidaten zu verpflichten, für den Fall ihrer Wahl in den Landtag für die Einführung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts, wie solches für die Wahlen zum Reichstag besteht, auch für die Wahlen zum Landtag einzutreten und im Landtag alle Maßnahmen entschieden zu bekämpfen, die geeignet sind, die bestehenden Volksrechte im Einzelstaat weiter zu schmälern oder zu beseitigen;
- b) eventuell auch einem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme zu geben.

5. Um eine genaue Durchführung der vorstehenden Beschlüsse zu ermöglichen und die Interessen der Gesamtpartei nach allen Richtungen hin zu sichern, betraut der Parteitag den Parteivorstand mit dieser Aufgabe.

Die einzelnen Wahlkreise sind verpflichtet, die Zustimmung des Parteivorstands für ihre Abmachungen mit andern Parteien einzuholen.

(Schluß siehe 3. Beilage.)

**Marktpreise von Berlin am 19. September 1900**  
nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidenten.

*) Weizen, gut D. Str.	16,60	15,58	Antoflett, neue D. Str.	6,-	4,-
mittel	15,56	15,54	Rindfleisch, Rente 1 kg	1,60	1,20
gering	15,52	15,50	do. Bauch	1,20	1,-
**) Roggen, gut	14,96	14,90	Schweinefleisch	1,90	1,10
mittel	14,86	14,80	Rohfleisch	1,00	1,-
gering	14,76	14,70	Hammelfleisch	1,60	1,20
**) Gerste, gut	15,00	15,-	Butter	2,80	2,20
mittel	14,90	14,30	60 Stück	4,-	2,80
gering	14,20	13,70	Karpfen	1 kg	2,-
**) Hafer, gut	16,10	15,10	Hale	2,60	1,20
mittel	15,-	14,-	Lander	2,60	1,20
gering	13,90	13,-	Heide	2,-	1,-
Nichtstroh	6,50	5,50	Barfische	1,80	0,80
den	7,10	5,-	Schleie	2,40	1,20
Graben	10,-	5,-	Blaise	1,40	0,80
Speisebohnen	45,-	25,-	Krebse	per Schof	20,-
Linien	70,-	30,-			

# Warenhaus A. Wertheim.

Berlin, Leipzigerstrasse 132/133 • Rosenthalerstrasse 27/29 und 54 • Oranienstrasse 53/54.

## Der Extra-Verkauf

zu ausserordentlich herabgesetzten Preisen

vor Eröffnung unsrer Neubauten, erstreckt sich auf alle Abteilungen unsres Geschäfts.

Alle Waren sind im Preise ermässigt.

Ausgenommen sind nur vereinzelte Artikel, deren allgemeine Preislage eine Herabsetzung nicht zulässt.

Wir heben heute folgende Artikel hervor:

Seidene Sachets mit Malerei, für Handschuhe oder Taschentücher	80 Pf.	Lange Damen-Uhrketten, Doublé mit Schieber	3,25 M.	Gesellschaftsspiele in verschied. Ausführung	33 Pf.
Gürteltaschen, Wildleder mit Auflage	80 Pf.	Kravatten-Nadeln für Damen	50 Pf.	Platina-Holzbrand-Apparate mit Stift	5,25 u. 7,25 M.
Wachstuch-Tornister mit Ledereinfassung	80 Pf.	Wecker-Uhren, grosse Form	1,85 M.	Sprüche zum Brennen, ca. 32/54 cm gross	70 Pf.
Seidener Pompadour	80 Pf.	Küchen-Uhren, Delfter-Muster	6,50 M.	Wandbretter zum Brennen, aufgezeichnet, ca. 45/100 cm	3,60 M.
Photographie-Album aus Plüsch oder Leder	1,05 M.	Nickel-Herren-Uhren	4,25 M.	Brotsteller zum Brennen, gezeichnet	1,50, glatt 1,00 M.
Wandteller mit Malerei	18 u. 35 Pf.	Stahl-Damen-Uhren	4,75 M.	Hocker zum Brennen, aufgezeichnet	3,60, glatt 2,40 M.
Haussegen mit Holzrahmen	88 u. 85 Pf.	Silberne Damen- u. Herren-Uhren	8,25 M.	Studien-Ölmalkasten mit 12 Farben	3,00 M.
Kunstguss-Aufsätze mit Glas	2,50 M.	Kinderbesteck, Messer, Gabel, Löffel, versilbert in Etui	4,50 M.	Mal-Vorlagen, verschied. Landschaften, ca. 26,58 cm	15 Pf.
Kunstguss-Schalen, verkupfert	2,50 M.	Weinkorke mit Ausguss	85 Pf.	Atelier-Staffelei, braun gebeizt, verstellbar, ca. 157 cm hoch	3,20 M.
Alfenide-Cakesdosen	2,40 M.	Mokkalöffel	55 Pf.	Königs Kochbuch mit ca. 400 Kochrezepten	35 Pf.
Japanische Vasen ca. 15 cm hoch	38 Pf., ca. 19 cm hoch 55 Pf.	Zuckerzange	1,05 M.	Album von Berlin, 23 Ansichten in elegantem Einband	45 Pf.
Japanische Papier-Servietten 100 Stück	48 u. 75 Pf.	Messerbänke	Dutzend 2,40 M.	Prinz Heinrich in Klautschou, neue Jugendschrift, illustr.	1,80 M.
Japanische Tassen	38 Pf.	Puppen-Kaffeervice, vernickelt	75 Pf.	6 Lichtdruck-Postkarten von Berlin	10 Pf.
Japanische Krümelschaufel mit Besen	38 Pf.	Puppen-Sportwagen	1,85 M.	Klassiker, Goethe, Schiller, Shakespeare, Körner, Lenau, Kleist	1,15 M.
Porzellan-Amoretten	10 Pf.	Kinder-Nähmaschine	2,25 M.	Musik-Album mit 8 bis 12 Stücken, für Klavier, jedes Album	33 Pf.
Bemalte Glas-Vasen	15, 28, 33 Pf.	Gekleidete Puppe mit Schlafaugen	85 Pf.	Farbiges Briefpapier u. Umschläge im Karton	38 Pf.
Porzellan-Nippes, feine Ausführung	30 Pf.	Ungekleidete Puppe	65 Pf.	100 Briefbogen und 100 undurchsichtige Umschläge	50 Pf.
Porzellan-Figuren, hübsche Muster	55 Pf. u. 1,20 M.	Phonographen, gute Ausführung	7 u. 12,50 M.	Federkasten	12 Pf.
Pompadourkämme, hell oder dunkel Celluloid	50 Pf.	Walzen dazu, bespielt	75 Pf.	Doppelter Schiebekasten	22 Pf.
Lange Damen-Uhrketten, gelb oder oxyd.	65 Pf.	Wagen mit geschirrtm Plüschpferd	48 Pf.	Bleistifte von A. W. Faber	Dutzend 18 Pf.
Lange Damen-Uhrketten, Doublé	2,35 M.	Kubusspiel im Holzkasten	35 Pf.	Lampenschirme aus gemustertem Kropppapier	35 Pf.



# A. Jandorf & Co

C. Spittelmarkt 16/17. \* SW. Leipzigerstr. 64. SW. Belle-Alliancestasse 1-2.

## Gardinen • Möbelstoffe • Teppiche.

Tüllgardinen, Fenster 2 Chawls	2,15, 2,95, 3,75 Mk.
Tüllgardinen, 2 mal mit Band eingefasst, Meter	35, 45, 65 Pf.
Tüll-Stores in reizenden Mustern	2,25, 2,75, 3,50, 5,25 Mk.
Spachtel-Stores	5,75, 6,75, 8,50 Mk.
Erbstüll-Stores und Gardinen in grosser Auswahl.	
Tüll-Bettdecken über 1 Bett	2,50, 3,75 Mk.
Tüll-Bettdecken über 2 Betten	4,75, 6,50 Mk.
Scheibengardinen, 2 mal Band eingefasst, Meter	25, 40, 55, 85 Pf.
Congress-Stoffe, glatt und gestreift	38, 45, 55, 70 Pf.
Cöper-Spachtel-Vorhänge	Paar 2,90, 4,25 Mk.
Gardinen-Halter, weiss und crème	Stück 15, 23, 35, 50 Pf.
Gardinen-Halter, farbig	Stück 15, 35, 45, 60 Pf.
Holz-Gardinen-Stangen, Mahagoni- u. Nussbaum-Politur	48, 55, 75, 1,35 Mk.
Holz-Gardinen-Rosetten, do. do.	10, 12, 15, 23, 45 Pf.
Tüll-Decken	ca. 85/95 10    92/92 30    70/120 50    85/150 40 Pf.

### Ein Posten Gardinen-Muster!

ca. 1 1/2 Meter lang

Stück 35 Pfg.

Portiären, quergestreift	Stück 95, 1,45, 1,85 Mk.
Portiären, glatt Fond mit Streifen-Bordüre	2,25 Mk.
Portiären, glatt Fond mit Jacquard-Bordüre	3,25, 4,25, 5,75 Mk.
Portiären-Garnituren, „Woll-Cöper“, 2 Chawls u. 1 Lambrequin, reich bestickt	12,50, 18,25 Mk.
Plüsch-Garnitur, bestickt, 2 Chawls und 1 Lambrequin	19,75 Mk.
Portiären-Stangen, complet	2,50, extra stark 3,50 Mk.
Ketten-Halter für Portiären	Stück 15, 25, 38, 50 Pf.

Steppdecken, farbiger Woll-Satin	3,75, 5,75, 6,75 Mk.
Steppdecken, Handarbeit, Woll-Satin	7,50 Mk.
Schlafdecken, reizende Muster	1,45, 1,95, 2,75 Mk.
Läufer-Stoffe, Zimmer- und Treppenbelag	38, 45, 60, 85 Pf.
Axminster-Vorlagen	75, 1,60, 2,25 Mk.

### Fussbänkchen

mit buntfarbigem Plüsch-Bezug

1,15 Mk.

Fischdecken, Fantasie, mit Franze	3,25, 3,75, 4,25 Mk.
Tischdecke, einfarbig mit Kante	2,70, 3,50, 4,25 Mk.
Tischdecke, einfarbig mit Schnur	2,10, 3,95, 4,50 Mk.
Tischdecke, Chevillie	2,90, 4,25 Mk.
Tischdecken aus Plüsch mit Bordüre	6,75, 8,25, 9,50 Mk.
Chaiselongue-Decken in recht soliden Mustern	6,50, 8,75 Mk.
Gummi-Wandschoner mit rothem Rücken, buntfarbigem Fantasie-Druck	Partiepreis Stück 85 Pfg.

### Ein grosser Posten Gummitischdecken

mit Parchendruck, besonders preiswerth

ca. 65/100	85/115	100/130	130/160
75 Pf.	1,20 Mk.	1,60 Mk.	2,75 Mk.

### Wachstuch-Tablette-Decken

Stück 10 Pfg.

Fantasie-Möbelstoffe, ca. 130 cm breit	95, 1,35, 1,85 Mk.
Moquette-Plüsch für Sopha Bezüge, ca. 130 cm breit	6,50, 8,50 Mk.
Sopha-Kissen, buntfarbiger Satin mit Volant	1,15 Mk.

## Holz - Galanterie - Waaren.

### Salon - Tische.

Viereckig, Nussbaumartig gebeizt	2,50 Mk.
Viereckig, " mit gravirter Platte	2,75 Mk.
Sechseckig, " "	2,25 Mk.
Rund, " "	1,95 Mk.
Bauertische, " mit Verbindung	2,90 Mk.

### Maneele mit gravirter Rückwand,

Nussbaumartig gebeizt,

circa 60	80	100	125 cm lang.
2,00	2,40	2,65	2,90 Mk.

Salon-Tritte	1,95, 2,65 Mk.
Etagären	4,25 Mk.
Vogelbauer-Ständer	2,85, 5,25, 6,50 Mk.
Vogelbauer-Arme	45 Pf., 95 Pf.

Vogelbauer, bestehend aus Holzgestell mit Messingdraht und Schelben	2,65 - 2,90 Mk.
Handtuch-Halter	45, 95, 150 Pf.
Handtuch-Ständer	2,85 Mk.
Salon-Säulen	2,85 Mk.
Kleider-Riegel mit	3 4 5 6 schwarzen Haken.
	33 42 50 70 Pf.
Kleider-Riegel mit	3 4 5 6 schwarzen Haken und Porzellan-
	40 45 65 85 Pf. Knöpfen.
Console, Nussbaumartig gebeizt	35, 45 Pf.
Palm-Ständer, Nussbaumartig gebeizt	2,65 Mk.
Schirm-Ständer, do. do.	2,00, 2,85 Mk.

### Tischlampe

mit broncirtem Eisenfuss und decorirter Glocke

Stück 0,95 Pf.



Socialdemokratischer Parteitag in Mainz.

(Schluß aus der 2. Beilage.)

Das Wort erhält der

Berichterstatter **Webel:**

Parteilgenossen! Wir befinden uns in der festesten Lage, daß wir heute zum viertenmal in vier aufeinander folgenden Parteitagungen über die Stellung der Partei zu den preussischen Landtagswahlen zu beraten haben. Zum erstenmal geschah es 1897 in Hamburg. Dort wurde mit 150 gegen 60 Stimmen der Kölner Beschluß auf Nichtbeteiligung durch Annahme des ersten Teils meiner Resolution aufgehoben. Der zweite Teil meiner Resolution, der die Methode unserer Wahlbeteiligung regeln wollte, fand nicht die Zustimmung der Mehrheit. Dagegen wurde beschlossen, daß bei unserer Beteiligung an den Landtagswahlen keinerlei Kompromisse mit bürgerlichen Parteien eingegangen werden dürfen. Dieser Beschluß wurde in Stuttgart lebhaft aufrechterhalten. Es wurde gesagt, die Fassung sei derart, daß die Beteiligung an den Wahlen für diejenigen, die die Keimung dazu hätten, durch das einschränkende Verbot, Kompromisse einzugehen, unmöglich gemacht sei. Die Dinge liegen eben auf Grund des preussischen Landtags-Wahlsystems so, daß ohne vorübergehende Kompromisse mit bürgerlichen Parteien an einen Erfolg für unsere Partei nicht gedacht werden kann. Der Kompromißgedanke aber war gerade der Hauptstein des Mißtrahes in Hamburg. In Stuttgart wurde nun der Versuch gemacht, doch noch die Wahlbeteiligung durch Zulassung des Kompromisses zu ermöglichen. Folgende Resolution fand Annahme:

Die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen unter dem Dreiklassen-Wahlssystem kann nicht, wie die an den Reichstagswahlen, als eine Herrschaft betrachtet werden, als ein Mittel, durch die Zahlung unserer Stimmen einen moralischen Erfolg zu erreichen, sondern nur als ein Mittel, bestimmte praktische Erfolge zu erzielen. Namentlich die Abwendung der Gefahr, daß die radikalste Reaktion die Mehrheit im Landtag erlangt. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, erklärt der Parteitag, daß die Beteiligung an den Landtagswahlen nicht in allen Wahlkreisen geboten ist, um so weniger, als bei der Kürze der Zeit, die uns von den preussischen Landtagswahlen trennt, nicht daran gedacht werden kann, die in dieser Frage jetzt weit auseinandergehenden Meinungen innerhalb der Partei einander so zu nähern, daß ein einheitliches Vorgehen der Gesamtpartei möglich ist.

Unter diesen Umständen überläßt es der Parteitag den Genossen der einzelnen Wahlkreise, über die Frage der Beteiligung zu entscheiden. Wird in einem Wahlkreis die Beteiligung beschlossen, so werden, falls es sich dabei um eine Unterzeichnung bürgerlicher Oppositionskandidaten handelt, die Kandidaten sich verpflichten müssen, für den Fall ihrer Wahl in den Landtag für die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, wie solches für die Wahlen zum Reichstag besteht, auch für die Wahlen zum Landtag einzutreten und im Landtag alle Maßnahmen entschieden zu bekämpfen, die geeignet sind, die bestehenden Volksrechte im Einzelnen weiter zu schmälern oder zu beseitigen.

Wenn neuerdings wieder von den Gegnern einer derartigen Taktik gesagt wird, daß das Kompromißverfahren die Partei korrumpiere, so muß darauf hingewiesen werden, daß der Stuttgarter Parteitag beinahe einstimmig dieser Korruptionspolitik zugestimmt hat. In Hannover habe ich dann bei der Erörterung des Buchs des Genossen Bernstein in meine Resolution folgenden Absatz aufgenommen:

Die Partei steht nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfes, wonach die Befreiung der Arbeiterklasse nur ihr eigenes Werk sein kann, und betrachtet es demzufolge als geistliche Aufgabe der Arbeiterklasse die politische Macht zu erobern, um mit Hilfe derselben durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Einführung der sozialistischen Produktions- und Arbeitsverhältnisse die größtmögliche Wohlfahrt aller zu begründen. Um dieses Ziel zu erreichen, benutzt die Partei jedes mit ihren Grundanschauungen vereinbare Mittel, das ihr Erfolg verspricht. Ohne sich über das Wesen und den Charakter der bürgerlichen Parteien als Vertreter und Verfechter der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zu täuschen, lehnt sie ein Zusammengehen mit solchen von Fall zu Fall nicht ab, sobald es sich um Stärkung der Partei bei Wahlen, oder um Erweiterung der politischen Rechte und Freiheiten des Volks, oder um eine ernsthafte Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse und der Förderung von Kulturaufgaben, oder um Befreiung der Arbeiter und volkfeindlichen Bestrebungen handelt. Aber die Partei bewahrt sich überall in ihrer Tätigkeit ihre volle Selbstständigkeit und Unabhängigkeit und betrachtet jeden Erfolg, den sie erringt, nur als Schritt, der sie ihrem Endziel näher bringt.

Ich war der Ansicht, daß mit diesem Wortlaut auch die Frage unserer Beteiligung an den Landtagswahlen entschieden sei. Dem wurde von Liebnecht und andern widersprochen und deshalb wird sie heute zur Entscheidung gebracht werden. Ueber die Frage selber kann nichts Neues mehr gesagt werden, auf die Verhandlungen der früheren Parteitage will ich nicht des breiteren eingehen. Zum mindesten muß einmal der ernsthafteste Versuch gemacht werden, auch im preussischen Landtag Boden zu gewinnen, und da dies selbstständig für uns nicht möglich ist, hierzu mit solchen Elementen aus den bürgerlichen Parteien zusammenzugehen, mit denen ein Zusammengehen auf politischem Boden und auch in bestimmten wirtschaftlichen Fragen für uns nahe liegt, und die geneigt sind, einen Kandidaten von uns ihre Stimme zu geben, wofür wir ihnen helfen würden, ihren Kandidaten durchzubringen. Was in Bayern und Baden tatsächlich bereits geschehen ist, das ist auf die preussischen Verhältnisse zu übertragen. Würde die heute eingebrachte Resolution Hoffmann angenommen werden, dann würde die ganze Frage wieder auf den Boden des Hamburger Beschlusses gestellt sein. (Sehr richtig!) Wird diese Resolution angenommen, dann ist jede Wahlbeteiligung tatsächlich unmöglich gemacht. Wir können nicht selbstständig auftreten, wir müssen versuchen, mit bestimmten Elementen in den bürgerlichen Parteien bei den Wahlen Hand in Hand zu gehen, ohne daß unsere Selbstständigkeit dadurch beeinträchtigt wird.

Ich spreche nun in meiner Resolution aus, daß die Parteigenossen verpflichtet sein sollen, das nächste Mal in denjenigen deutschen Staaten, in welchen das Dreiklassen-Wahlssystem besteht, in die Wahltagung einzutreten, es sei denn, daß die lokalen Verhältnisse eine Wahlbeteiligung unmöglich machen. So lautete anfangs der erste Satz meiner Resolution. Ich habe mich aber dann genötigt gesehen, ihr noch einen Zusatz zu geben, weil von den verschiedensten Seiten mit großer Hartnäckigkeit behauptet wurde, wenn dieser Satz so stehen bliebe, so könnte er zu Mißverständnissen Veranlassung geben und denjenigen, die überhaupt nicht geneigt sind, in eine Wahltagung einzutreten, obwohl sie es könnten, eine Hintertür bieten. Ich habe daher eine Interpretation gegeben, indem ich hinzufügte, d. h. wenn mit Sicherheit anzunehmen ist, daß zufolge der öffentlichen Stimmabgabe Maßregelungen zahlreich eintreten werden. Das kann also nur der einzige Grund sein, aus dem eine Wahlbeteiligung unterbleibt; alle übrigen Gründe, die sonst angeführt werden könnten, sind ausgeschlossen. Insbesondere würde, wenn meine Resolution Annahme findet, kein sächsischer Wahlkreis fernhin die Möglichkeit haben, zu sagen, er beteiligt sich nicht. Auch unsere sächsischen Genossen, soweit sie sich entgegen den Beschlüssen der Landeskonferenzen nicht an den Wahlen beteiligen wollen, sollen künftig verpflichtet werden, sich zu beteiligen, also keine Sonderstellung mehr einzunehmen. Wir dürfen es über-

haupt nicht einsehen lassen, daß es von dem Willen einzelner Wahlkreise abhängt, ob sie die Beschlüsse des Parteitages oder der Landeskonferenzen respektieren wollen. Es ist Pflicht der Minderheit, sich zu unterwerfen, mag es ihnen auch noch so unangenehm sein. (Sehr richtig!)

Im Jahre 1898 nun haben sich auf Grund des Stuttgarter Beschlusses eine Reihe von Orten in Preußen an den Wahlen beteiligt: Breslau, Linden, Brandenburg, Elberfeld, Altona, Frankfurt a. M. Die Resultate sind sehr verschieden, aber sie können nicht maßgebend sein für den Gesamterfolg, weil infolge der schwankenden Haltung des Parteitages die Beteiligung ins Belieben der einzelnen Genossen gesteuert war und weil naturgemäß ein derartiges getrenntes Gekickere die Kampffähigkeit schwächt. (Sehr richtig.) Dem muß entgegengetreten werden. Wenn wir in den Wahlkampf eintreten, müssen wir mit aller Macht und aller Kraft eintreten, dann darf es kein Zaudern, keinen Widerspruch geben. Aber wie immer Sie über die Wahlbeteiligung denken mögen, ich halte es für dringend geboten, daß namentlich in Preußen einmal die Partei mit aller ihr zu Gebote stehenden Kraft in die Agitation eintritt, um zu zeigen, zu beweisen und selbst zu erlebnen, was sie zu leisten vermag. Es ist sehr leicht möglich, daß ganz unerwartete Resultate zum Vorschein kommen, denn dadurch, daß nicht wie früher die Steuerkraft des ganzen Wahlkreises in drei gleiche Teile geteilt und so die Wählerzahl festgesetzt wird, sondern daß diese Dreiteilung bereits in den Urwahlbezirken stattfindet, ist es sehr wohl möglich, daß wir in einer ganzen Reihe von Urwahlbezirken Erfolge erzielen, wo es früher nicht möglich war. Bei den Wahlen im Jahre 1898 zum Beispiel schloß in der ersten Abteilung die Grenze der Steuerleistung ab mit 5 M. in einem Urwahlbezirk, d. h. über 5 M. direkte Steuern zahlte, war in diesem Bezirk Wähler erster Klasse. Mit 5 bis 20 M. schloß in der zweiten Abteilung die Steuerleistung ab in 9 Bezirken, mit 20 bis 30 M. in 20 Bezirken. Nun ist ja die erste Wählerklasse selbstverständlich hier außer Betracht zu lassen. In der zweiten Abteilung liegt die Sache schon anders, da war in 2738 Urwahlbezirken die Steuerleistung zwischen 5 und 30 M. In der dritten Abteilung schloß die Steuerleistung mit 3 M. in 274, mit 3-10 M. in 3754, mit 10-20 in 4903 und mit 20-30 in 3111 Urwahlbezirken. Berlin selbst bietet uns ein ganz eigenartiges Bild. Im ersten Berliner Wahlkreis schloß die zweite Wählerklasse ab in den Urwahlbezirken 218 und 238 mit 26 M., im Urwahlbezirk 204 mit 9 M. Da haben wir also schon die Möglichkeit, sogar in der zweiten Klasse den Sieg zu erlangen. Im zweiten Berliner Wahlkreis schloß die erste Wählerklasse ab im Urwahlbezirk 324 mit 44 M., im Urwahlbezirk 385 mit 20 M.; die zweite Wählerklasse schloß in den Urwahlbezirken 324, 340 mit 4 M., 354, 365 und 367 mit 9 M., im Urwahlbezirk 370 mit 388 mit 6 M. ab. Das sind Steuergrenzen, bei denen wir unzweifelhaft Wahlmänner zweiter Klasse wählen dürften. Im dritten Berliner Wahlkreis schloß die erste Wählerklasse ab in den Urwahlbezirken 888 und 909 mit 26 M., im Urwahlbezirk 890 mit 12 M. Die zweite Wählerklasse in den Urwahlbezirken 909, 909, 1042, 1092, 1098, 1099, 1071, mit 6 M. Im vierten Berliner Wahlkreis schloß die erste Wählerklasse im Urwahlbezirk 695 mit 27 M., in den Urwahlbezirken 508 und 602 mit 26 M. ab, die zweite Wählerklasse schloß in den Urwahlbezirken 598, 577, 602 und 695 mit 6 M. ab. Bei geistlicher Operation sichern solche Bezirke uns einzelne Wahlmänner zweiter Klasse, während wir die dritte Klasse in den weitaus meisten Fällen erobern können. Dazu kommt, daß der Urwahlbezirk mindestens 750 und höchstens 1749 Seelen umfassen darf, wir haben also in Berlin Urwahlbezirke, die aus 2 bis 3 Häusern bestehen, wo also die Agitation sehr erleichtert ist.

Ich will durchaus keine Illusionen über die möglichen Erfolge erwecken, ich will nur nachweisen, daß die Dinge keineswegs so unglücklich liegen, wie allgemein angenommen wird. In denjenigen Bezirken, wo eine große industrielle Arbeiterschaft vorhanden ist, wo also reiche Leute so gut wie gar nicht wohnen, ist es uns möglich, nicht nur die gesamte dritte, sondern auch einen Teil der zweiten Klasse zu erobern, und vor allem wären wir in Teltow-Beeslow im Stande gewesen, durch eine Wahlbeteiligung zu verhindern, daß zwei der schlimmsten Arbeiterfeinde in den Landtag gekommen wären. (Sehr richtig!) Ich meine ferner, dessen Name denselben Klang hat wie der Name Stumm, und den Großgrundbesitzer King. Unter solchen Verhältnissen lohnt es sich zum mindesten der Mühe, daß wir alles aufbieten, zu sehen, wie weit wir bei den Wahlen ins Volk dringen können. Ich gebe mich gar keiner Illusion hin über die Bündnisfähigkeit der betreffenden bürgerlichen Parteien; ich gebe den Gegnern jedes Kompromisses mit bürgerlichen Parteien von vornherein zu, daß der Zeitraum der letzten drei Jahre seit unsren ersten Verhandlungen keineswegs dazu angethan ist, die Hoffnungen auf die bürgerlichen Parteien sonderlich zu stärken. (Sehr richtig!) Aber auf der anderen Seite ist doch auch in Erwägung zu ziehen, daß es immerhin eine Minorität giebt, mit der ein Zusammengehen in dieser Frage möglich ist. Ich will, daß wir zunächst wenigstens mal einen ehrlichen Versuch machen. Wirkling! der Versuch, dann werden auch die eifrigsten Anhänger der Wahlbeteiligung von selbst ein zweites Mal sich der Wahl enthalten. (Lebhaft: Sehr ernstlich!) Das sage ich deshalb, weil, wenn ich es nicht sagte, diese Frage auf einem späteren Parteitage von den Gegnern angeschnitten würde. Dann will ich aber selbst dabei sein und miltreden, vorausgesetzt, daß ich noch lebe, was ich hoffe.

Es ist heute vielfach und mit einem gewissen Recht in unserer Partei die Ansicht vertreten, daß wir ich weiß nicht welche Hoffnungen auf bestimmte Kreise des Bürgertums setzen können. Die das hoffen, werden durch das Wagnis des Exempels ad absurdum geführt. Gelangt aber das Exempel, so haben wir keine Ursache, uns zu ärgern. Denn so liegen die Dinge nicht, daß wir nicht die Hilfe der entscheidenden bürgerlichen Elemente für unsere eigenen politischen Bekämpfung gebrauchen können. Im Gegenteil, es ist bedenklich, daß die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland, es dahin gebracht haben, daß das Bürgertum mehr und mehr ins reaktionäre Lager abzuweichen. Und was insbesondere das bisher noch bis zu einem gewissen Grade als Oppositionspartei geltende Centrum betrifft, so haben wir ja in den letzten Jahren aus seiner Plottenpolitik, Militärpolitik, Weltmachtspolitik und insbesondere aus der famosen Lieberichs Rede in Bonn zur Genüge kennen gelernt, was von jener Seite zu erwarten ist. Ich läusche mich nach dieser Richtung nicht; auch in einer ganzen Reihe anderer Fälle hat das Bürgertum diejenige Pflicht nicht erfüllt, die es sehr gut hätte erfüllen können ohne Schaden für sein Renommee. Ich erinnere an gewisse Vorgänge im preussischen Landtag und bei den Reichswahlen der letzten Jahre. Aber all das kann uns nicht von einem ernsthaften Versuch abhalten. Ich bitte sie dringend, alle zu meiner Resolution gestellten Anträge abzulehnen. Das, was in der Resolution gesagt ist, genügt zur Klärung unserer Stellungnahme.

Es ist nun heute hier ein Flugblatt von Ged verteilt worden, das auf gewisse Vorgänge bei den Landtagswahlen in Baden zu sprechen kommt, die allerdings, wenn sie richtig sind, was ich vorläufig nicht bezweifle, ein bedenkliches Licht auf die Taktik werfen, die ein Teil unserer Genossen in Baden beobachtet hat. Ich erkläre nun heraus, daß ich, falls die Beteiligung beschlossen wird und irgendwo im Lande unsere Genossen eine ähnliche Taktik beobachten, wie die Karlsrüber, das auf das entschiedenste verurteilen würde. Ich verlange ja auch in meiner Resolution, daß für Preußen der Parteivorstand das Centralwahlkomitee bildet und voraussichtlich wird ja auch im Jahre 1900, wo unter normalen Verhältnissen die allgemeinen Wahlen stattfinden, ein Teil der Vorstandsmitglieder für, ein anderer gegen Beteiligung sein. Dadurch ist die Gewähr gegeben, daß der Vorstand überall da, wo er auf Grund der Resolution

die Wahl der Entscheidung hat, den richtigen Weg finden und dafür sorgen wird, daß Vorgänge wie in Baden vermieden werden. Gerade darin, daß eine Centrale die Sache von einheitlichen Gesichtspunkten aus leitet und daß die einzelnen Wahlkreise sich mit der Centrale in Verbindung setzen müssen, liegt eine Garantie für die Vermeidung solcher Vorkommnisse. Ich bitte sie, meine Resolution möglichst einstimmig anzunehmen. (Beifall.)

**Singer:**

Von einer einstimmigen Annahme der Weberschen Resolution wird kaum die Rede sein. Er hat die historische Entwicklung durchaus richtig dargestellt. Ich stimme mit ihm auch vollkommen darin überein, daß Neues in der Frage nicht mehr gesagt werden kann. Das Dreiklassenwahlssystem an sich ist es selbstverständlich nicht, das mich zu einem Gegner der Beteiligung an den Landtagswahlen macht. Wenn ich die Hoffnung hätte, ja wenn ich nur die Möglichkeit sehen könnte, daß allerdings unter der Voraussetzung der selbstständigen Beteiligung, es der Partei möglich wäre, einen oder mehrere Abgeordnete in den preussischen Landtag zu schicken, so würde ich einen Versuch mit der Beteiligung empfehlen. Aber ich besitze, daß es möglich ist, und auf dem Wege, auf dem Webel es möglich machen will, kann ich ihm nicht folgen. (Sehr richtig!) Der Eintritt von Socialdemokraten in den preussischen Landtag ist nur mit Hilfe bürgerlicher Parteien möglich, und — ich werde das Wort, das ich jetzt sagen will, gewiß nicht an die Adresse Webers; ich meine ihn zu gut — auf den politischen Aushandel lasse ich mich nicht ein (Sehr gut); die Bündnisse, die wir mit den bürgerlichen Parteien schließen können zu dem Zweck der Erzielung einiger Landtagsmandate, werden durch die Vorteile, die die Anwesenheit einiger socialdemokratischer Abgeordneter im Landtag hat, nicht aufgehoben. Das Verlassen des Standpunkts, der, wie ich sage, die Partei groß und stark gemacht hat und der erhalten bleiben muß, das Verlassen des Standpunkts, die politischen Erfolge zu erringen, geschieht auf die eigene Kraft, halte ich für viel gefährlicher, als daß es aufgewogen werden könnte durch ein paar Mandate. Nun sagt Webel: Die Verhältnisse liegen nicht so ungünstig, man kann infolge der veränderten Steuerabgabe in Preußen vielleicht auch in der zweiten und ersten Abteilung Wahlmänner bekommen. Ich gebe das ohne weiteres zu, das sind aber so vereinzelte Fälle, daß sie in Verbindung mit den Wahlmännern der III. Abteilung absolut nicht im Stande sind, einen Abgeordneten durchzuführen. Was nützen mir die zwei oder drei oder fünf oder zehn Wahlmänner in der II. Klasse, wenn dagegen 600 bürgerliche stehen! Was machen wir die ein oder zwei Wahlmänner, die die Philantropen oder Idealisten aus der ersten Wahlabteilung für uns geben! Gewiß, diese Konstatierung mag zur Charakterisierung, wie weit der sociale Gedanke in die bürgerlichen Kreise eingedrungen ist, ganz wünschenswert sein, aber man soll sich doch nicht einreden, daß man durch diese paar Wahlmänner etwa das Wahlergebnis zu einem socialdemokratischen machen kann, wenn eben der Handel nicht gemacht wird. Ich kann mir also nicht helfen: Die Zahlen, die Webel angeführt hat, deren Richtigkeit ich durchaus nicht bestreite, sind durchaus kein Beweis dafür, daß wir durch eigene Kraft auch nur einen einzigen Abgeordneten bekommen können. Nun wird man uns vielleicht darauf verweisen, daß wir ja doch bei den Reichstagswahlen auch für bürgerliche Kandidaten stimmen. Es ist aber durchaus etwas anderes, ob ich in der Stichwahl zwischen einem Konservativen und einem Freisinnigen die Stimme gebe oder ob ich als socialdemokratischer Urwähler für einen Freisinnigen oder Centrumsmann stimme. (Sehr gut!) Das ist der gewaltige Unterschied, der von den Befürwortern der Landtagswahlbeteiligung nicht genügend erkannt wird. (Sehr richtig!) Doch nur dann erst, wenn wir selbstständig in die Wahlbewegung eintreten und keine Bündnisse schließen und keine gemeinsamen Kandidaten aufstellen, kann auch das Exempel, das Webel will, gemacht werden, können wir die Stärke unserer Partei zum Ausdruck bringen. Aber wie will Webel, wenn bei den Urwahlen Bündnisse mit bürgerlichen Parteien gemacht werden, feststellen, wieviel Prozent der Urwähler socialdemokratisch gewesen sind? Will man das, dann müssen die alten Grundsätze innegehalten, socialdemokratische Wahlmänner aufgestellt werden; die kann man dann genau so handeln lassen wie socialdemokratische Wähler bei den Reichstagswahlen handeln, d. h. eventuell das kleinere Übel erwählen. Beschließt also der Parteitag die Beteiligung, dann kann es geschehen entsprechend den bisherigen Grundsätzen durch selbständige Beteiligung, ich werde gegen alle Resolutionen stimmen, weil ich mir keinen Erfolg von einer selbstständigen Beteiligung verpasse; in der Vorabstimmung werde ich, um in den schädlichen Beschluß eine Korrektur hineinzubringen, für die Resolution Hoffmann stimmen. (Lebhafter Beifall.)

**Ged:**

Ich habe deswegen zur Einleitung der Diskussion das Wort ergriffen, um über den Zweck der Verteilung meines Flugblatts keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen. Die Tendenz eines bürgerlichen Parteistritts hier aufzurollen liegt mir fern; ich berichte nur etwas, was schon bekannt ist, lediglich, damit es als Material dienen soll und für den Fall, daß die Genossen anderer Länder den Versuch machen sollten, Kompromisse mit den bürgerlichen Parteien abzuschließen, sie nicht dieselben bedauerlichen Erfahrungen machen sollen wie wir. Denn gesündigt wird innerhalb und außerhalb der Grenzen unres bürgerlicher Provinz- und Musterlandes in Deutschland, in Bayern ebenso wie in dem hiesigen Sachsen. Wir haben aus Opportunismus oder aus Mangel einer richtigen Ueberlegung im Orange der Verhältnisse Dinge gethan, die unsre Prinzipienreife getrübt haben. Das ging aber nicht anders, wenn wir mit den uns zunächst stehenden bürgerlichen Parteien zusammen gehen, die wir auf anderen Gebieten bekämpfen müssen. Wir gehen mit ihnen für die kurze Wahlzeit eine morganatische Ehe ein (Heiterkeit) und sind die Hiltzertochter der Wahlzeit vorbei, dann bitten wir sie uns nicht unter den Linden zu grüßen. Und da wundern Sie sich, daß wir nachher bei den Wahlen in der Stimmzahl zurückgegangen sind? Muß das die Wähler nicht verwirren, wenn sie gegen den Kandidaten stimmen sollen, den wir ihnen noch vor einem Jahre empfohlen haben als einen, der unsre Interessen ebenso gut vertreten werde wie wir? Was ich vorgelegt habe, sind keine Geheimnisse, es handelt sich bei mir nicht um persönliche Klänle. Kein bürgerlicher Genosse hat die persönliche Schuld an dem, was vorgekommen ist. Aber ich bitte die Genossen doch, wenn sie in die Beschuldigung kommen, mit bürgerlichen Parteien Kompromisse abzuschließen, das Plättlein, das ich ihnen gegeben, in die Hand zu nehmen, ihr Vorgehen damit zu verrichten (Heiterkeit), und sich vor Augen zu halten, was sie bei dem Verhandeln mit bürgerlichen Parteien zu erwarten haben. (Beifall.)

**Weiß-Köln:**

Reine Mandatgeber können sich nicht damit befriedigen, daß sie sich an den preussischen Landtagswahlen beteiligen sollen. Sie halten es für eine Zeit- und Geldverschwendung. (Sehr richtig!) Es wird dadurch nur Konfusion erzeugt und die Kampfbereitschaft gegen die bürgerliche Partei verwischt. (Sehr richtig!) Ged hat ein kleines Beispiel dafür geliefert, wie weit man in Baden mit den Kompromissen gekommen ist. Ged hat so weiter, so kommen wir dahin, daß wir schließlich an unsre eigene Mission nicht mehr glauben. (Oh! Oh!) So wird man die Kompromißlusteile doch nicht ausstimmen wollen, daß mit allen Parteien Kompromisse geschlossen werden dürfen. Es kommen hauptsächlich die Freisinnigen in Betracht. In meinem Kreise besteht nicht die geringste Sympathie für die Freisinnigen, die in schmuckvoller Weise den Kampf gegen uns geführt haben. Einige freisinnige Fabrikanten dort verbieten ihren Arbeitern sogar den Gewerkschaften anzugehören. (Hört! Hört!) Wenn Webel selbst in dem Kreise mit Engeldungen reden wollte, er könnte die Genossen dort nicht zu einem Kompromiß mit den Freisinnigen bewegen. Ich bin nach wie vor gegen jede Beteiligung. Sollte sie aber bei-



schlossen werden, so müßte wenigstens der Selbständigkeit der Wahlkreise die Entscheidung überlassen werden. (Bravo)

### Lebedour:

Die Gegner und Anhänger der Beteiligung sind darin ganz einig, daß es äußerst wünschenswert wäre, wenn wir in allen Landtagen Vertreter hätten. Auch darin stimmen wir überein, daß die Agitation bei den Landtagswahlen, ob sie nun zu Erfolgen führt oder nicht, immerhin glänzige Ergebnisse haben wird. Wenn wir Gegner an der Beteiligung bei den preussischen und sächsischen Landtagswahlen, die hauptsächlich dabei in Betracht kommen, uns nicht für die Resolution bedel erklären können, so liegt das daran, daß wir die Nachteile, die aus dem Eintritte der Partei in die Landtagswahlen hervorgehen müssen, für viel gefährlicher halten, als die Vorteile. Ich will zunächst auf unsere Verbesserungsvorschläge zur Weiblichen Resolution eingehen. Zunächst beantragen wir, daß die Landtagswahlkreise über die Beteiligung zu entscheiden haben. Die gegenwärtige Fassung ist doppeldeutig; beim vorjährigen Versuch ist die Fassung so angelegt worden, daß die Genossen der Reichstagswahlkreise die Entscheidung haben sollten. Das ist widersinnig; der Kreis, der die Wahl vorzunehmen hat, muß entscheiden. In Berlin sind 4 Landtagswahlkreise und 6 Reichstagswahlkreise, und die Grenzen dieser Kreise decken sich natürlich nicht. Wird die Beteiligung beschlossen, dann müssen aus den dort organisierten Genossen Rekrutierungen geschaffen werden, die die Arbeit bei den Landtagswahlen durchzuführen haben. So wie in Berlin liegt es überall, auch in Sachsen. Das hat zu Streitigkeiten geführt. Wenn in einem Landtags-Wahlkreis zwei Reichstags-Wahlkreise darin stecken, so ist es vorgekommen, daß der eine Kreis gesagt hat: wir machen mit, und der andre: wir machen nicht mit. Gewiß hat es seine Schwierigkeit, neue Organisationen dafür zu schaffen, aber unüberwindlich sind sie nicht, und den Leitern der Reichstags-Wahlkreise ist es wahrscheinlich ganz angenehm, wenn sie sich nicht damit zu befassen brauchen. Ich warne, einen Antrag anzunehmen, der, wie ich höre, eingebracht werden soll, wonach die Landtags-Wahlkreise zwar die Leitung haben, aber gebunden sein sollen an die Zustimmung der Landeskonferenzen. Das heißt die Streitigkeiten in die Provinzen hineintragen. Ferner haben wir den Verbesserungsvorschlag gestellt, Bedel hat ganz recht, er ist im Geiste der Hamburger Resolution gehalten, nur trifft er besser und gründlicher, was getroffen werden soll. Wir wollen auf jeden Fall Wahlbündnisse verhindern, weil Unannehmlichkeiten schlimmster Art für die Partei die Folge sein müssen. Ein eklatantes Beispiel ist der Offenburger Fall. Derartige Vorkommnisse liegen aber in der Natur der Sache. Weder hat schon davon gesprochen, daß auch in Sachsen gemindert worden ist. In Sachsen sind die Parteiverhältnisse zum Glück derartig ausgereift, daß die sozialdemokratische Partei, die nach Bündnissen haften will, keine bürgerliche Partei findet, die Bündnisse mit ihr eingehen möchte. Für Sachsen ist die Gefahr also ausgeschlossen, der Freisinn ist auf ein einziges Bündnis zusammengeschrumpft und ist in Pirna lieber mit Hoch und Wagen ins reaktionäre Antikemmentalager gezogen, als in der Stichwahl für unseren Kandidaten zu stimmen. Und die Antikemmentalisten sind so in der Verkrümelung begriffen, daß die Wiederwähler und Himmelmantelner sich bald gegenseitig nicht mehr für bündnisfähig halten werden. Und in Jena die National-Sozialisten, sie, die zuerst auf Wassermark herabgeklopft, bis er ganz mürbe wurde, sie, die sich zu einer Arbeiterpartei auszuwachsen möchten, sie haben in der Stichwahl gegen unsere Kandidaten entschieden. Jetzt, wo sie ein Massenprogramm aufgestellt haben, werden sie zu Wahlbündnissen noch weniger bereit sein. Da wir der Ueberzeugung sind, daß die Hoffnung Weibels die reine Utopie ist (Widerstreich), da wir glauben, daß bei der Wahlbeteiligung nichts für uns herankommt, und selbst wenn etwas herauskommt, der Schaden für die Partei aus dem Bündnis mit bürgerlichen Parteien bedeutend größer ist als der Nutzen, so verlangen wir, daß alle Bündnisse mit bürgerlichen Parteien ausgeschlossen sein sollen, wenn man sich überhaupt für die Beteiligung entscheidet.

Stuger teilt mit, daß Hoffmann-Verlin, der als Mitglied der Kontrollkommission vorgeschlagen ist, um Streichung seines Namens in der Vorschlagsliste ersucht, da er eine Wahl nicht annimmt.

Die Mittagspause tritt ein.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

**Zur Nachwahl im sechsten Reichstags-Wahlkreise.** Übergründliche Blätter bringen die Mitteilung, daß Genosse Georg Lebedour Dresden im sechsten Wahlkreise als Reichstagskandidat aufgestellt sei. Wir bemerken dazu, daß es sich einwählen nur um einen Vorschlag handelt; die Entscheidung über die Kandidatenfrage liegt bei der Parteiversammlung, die zu diesem Zweck zum Mittwoch nächster Woche einberufen ist.

**Der sechste Reichstags-Wahlkreis** tritt nunmehr in die Agitation für die am 30. Oktober stattfindende Erziehung ein. Am kommenden Sonntag früh acht Uhr findet eine Flugblattverbreitung statt; es ist Pflicht jedes Parteigenossen, sich daran zu beteiligen. Die Verbreitung geschieht von den bekannten Stellen, außerdem von folgenden Centralstellen aus: Koabit: Johann Warr, Pustkystr. 10; Wedding: Krouse, Müllerstraße 7a; Drauzenburger Vorstadt: Schulze, Schwarzloppstraße 15; Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen: Goppe, Ackerstr. 21, Rosin, Ruppinerstr. 42, Bahngänger, Zwinimänderstr. 84, Herzmann, Putzstr. 45, Wendenroth, Wapstr. 42/43. Schönhauser Vorstadt: Schönfeld, Fehrbühnerstraße 9. Zahlreiche Beteiligungen erwarten. Die Vertrauensleute.

**Reinickendorf.** Der Wahlverein hält am Sonnabend in Dittchers Seepark seine Mitgliederversammlung ab.

**Der sozialdemokratische Verein von Johannisthal und Nieder-Schöneweide** hält seine Versammlung am 22. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Mecker ab.

## Lokales.

### Folgen des Wohnungswunders.

Die in den letzten Jahren eingetretene, besonders seit dem vorigen Jahre immer fühlbarer gewordene Wohnungs-Innappheit in Berlin und die dadurch hervorgerufenen Mietsteigerungen haben sehr rasch eine Wirkung gehabt, die mit unerfreulicher Deutlichkeit zeigt, was die zunehmende Verteuerung der Wohnungen für die unbemittelte Bevölkerung zu bedeuten hat. Im städtischen Familienobdach ist, wie bereits mitgeteilt wurde, die Frequenz ganz außerordentlich gestiegen. Die Zunahme hat schon vor etwa einem Jahre begonnen, und wir haben auch, als sich die erste stärkere Frequenzerhöhung bemerkbar machte, schon damals und seitdem noch öfter darauf hingewiesen. Aber in den letzten Monaten ist der Andrang zum Obdach so stark geworden, daß sich die Frequenz am 1. September d. J. bereits auf 141 Familien mit 403 Köpfen und 104 Einzelpersonen, im ganzen 507 Personen gestellt hat. Eine so hohe Frequenz ist bisher überhaupt noch nicht beobachtet worden, auch nicht unter den allerungünstigsten Verhältnissen — in keinem Winter, geschweige mitten im Sommer, und nicht einmal in Zeiten weit ausgebreiteter Arbeitslosigkeit. Man kann danach ungefähr beurteilen, wie sich die Frequenz des Obdachs im Herbst und vollends im Winter gestalten werden. Die Familienabteilung des städtischen Obdachs vermag

nach ihrem gegenwärtigen Umfang normalerweise überhaupt nur sechshundert Personen zu beherbergen. Wahrscheinlich werden die Zusätze des Obdachs schon zum 1. Oktober stark zusammenrücken müssen, damit der Zugang, den sie in diesen Tagen erhalten werden, Platz finden kann. Im Winter aber wird vielleicht die Schaffung von Quartieren erforderlich werden. Daß diese Zunahme der Obdachfrequenz auf den Wohnungswunder zurückzuführen ist, der sich jetzt in Berlin zu neuer, stuppiger Höhe entfaltet hat, das kann keinem Zweifel unterliegen. Der Behauptung eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen den außerordentlichen, oft geradezu unvorstellbaren Mietsteigerungen, die sich die Berliner Hausbesitzer gegenwärtig gestatten dürfen, und der Frequenzzunahme im Familienobdach wird auch von keiner Seite widersprochen, selbst nicht von den Organen der Hausbesitzervereine. Neben der Verteuerung der Wohnungen kommt auch der andre Umstand in Betracht, daß jetzt die Hausbesitzer ärmere Leute mit dürftigem Gausrat überhaupt nur schwer bei sich aufnehmen. Die herrschende Wohnungs-Innappheit und die starke Nachfrage nach Wohnungen gestatten ihnen ja, unter den Mietlustigen nach Belieben zu wählen. Welcher Hausbesitzer wird da seine Wohnungen an Leute vermieten, die nur gerade das mitbringen, was er ihnen im Falle der Zahlungsunfähigkeit nicht abfordern darf!

An den Frequenzverhältnissen des Obdachs zeigen sich die Wirkungen des Wohnungsmangels und der Mietsteigerungen besonders rasch, und sie sind hier besonders grell. Nicht ebenso schwind und nicht ebenso deutlich, aber ebenso sicher dürfte eine andre Wirkung auftreten, die sich als Folgeerscheinung der Zunahme des Wohnungswunders einzustellen pflegt. Wenn die Allerärmsten sich vor den Mietsteigerungen ins Obdach flüchten, dann suchen sich zahlreiche andre arme Familien, die noch nicht so weit herunter sind, zunächst noch mit einer Einschränkung ihres Wohnungsbedürfnisses zu helfen. Auch für den Wohnungsverbrauch gilt die Regel, daß eine Preiserhöhung allemal eine Einschränkung des Verbrauchs zur Folge hat. Man nimmt kleinere Wohnungen oder aber man vermietet noch mehr als bisher an Schlafsofajchen. Auch das Mittel der Vereinigung von zwei oder mehreren Haushaltungen zu einer gemeinsamen wird in solchen Zeiten öfter als sonst angewendet. Verwandte oder mit einander bekannte Familien ziehen zusammen und richten sich ein, so gut es geht — oder vielmehr, so schlecht es geht. Es ist klar, daß solche Mittel zwar eine augenblickliche Notausgabe verhelfen, aber dennoch nicht ohne Schaden für den Bleiben, der Hilfe von ihnen erwartet. Die gesundheitlichen Gefahren einer Zusammenvermehrung zahlreicher Bewohner in einer Wohnung sind bekannt. Diese Gefahren wachsen, wenn die Dichtigkeit des Zusammenwohnens wächst. Die Mietsteigerungen führen also mittelbar zu einer Schädigung der Volksgesundheit, insofern sie die zur Miete wohnende Bevölkerung — wenigstens die unbemittelte — zwingen, noch enger zu wohnen und sich mit noch weniger Raum zu begnügen als bisher. Diese Wirkung pflegt sich, wie gesagt, erst mit der Zeit einzustellen, und sie tritt nicht so greifbar deutlich hervor, wie die Zunahme der Obdachfrequenz. Aber kommen muß auch sie, wenn der Wohnungswunder in seiner jetzigen Stärke und Ausdehnung längere Zeit anhält.

**Moderne Lehrlingswirtschaft.** Heute vor acht Tagen lag uns die Aufgabe ob, die Lehrlingswirtschaft im Tischlergewerbe zu beleuchten. Daß es in andren Berufen ähnlich schlimm bestellt ist, lehrt eine Verhandlung, die sich vorgestern vor dem Geweregericht abspielte. Die Witwe K. hatte gegen den Mechaniker Henning, Neue Friedrichstr. 37, der Inhaber einer sogenannten Lehrwerkstatt ist, auf Aufhebung des Lehrverhältnisses, dem ihr Sohn untersteht. Die Klage wurde wie folgt begründet: Herr Henning beschäftigt 25-30 Lehrlinge, jedoch keinen einzigen Gehilfen. In den oft vorkommenden Fällen, daß er nicht anwesend ist, vertritt ihn ein Fräulein in der Werkstatt. Plaudert ein Lehrling bei der Arbeit oder läßt er sich sonst eine Ungehörigkeit zu Sünden kommen, so verhängt Herr Henning über den jungen Sünden die Strafe des Kackarbeitens. Der Lehrling muß dann „bis auf weiteres“ gewöhnlich eine Stunde länger arbeiten als seine Leidensgefährten. Herr Henning hält in solchen Fällen auf Ordnung, denn er gibt den Eltern des Lehrlings von der verhängten Strafe schriftlich Kenntnis und verlangt das Schreiben mit deren Unterschrift versehen wieder zurück. In dem vorgestern verhandelten Fall war die Klägerin Frau K. mit der über ihren Sohn verhängten Strafe nicht einverstanden gewesen; demzufolge hatte sie ihn gebeten, nach Schluß der regulären Arbeitszeit nach Hause zu gehen; ebenfalls hatte sie die Unterschrift des Denunzianten Schreibens verweigert. Der Lehrherr hat daraufhin dem jungen K. wegen „grober Ungehörigkeit“ etwa zehn Ohrfeigen verabfolgt und ihn dann mit dem Befehl nach Hause geschickt, sich nicht eher wieder bei ihm sehen zu lassen, als bis er die Unterschrift seiner Mutter bringe. Frau K. zog es daraufhin vor, ihren Sohn überhaupt nicht wieder in die „Lehrwerkstatt“ zu schicken.

Solche Fälle hat Herr Henning jedoch wiederholt vorgefallen, und auch vorgestern verlangte er die für unberechtigte Aufhebung des Lehrverhältnisses im Lehrvertrag festgesetzten 300 Mark Geldstrafe, wobei er die Vermerkung lassen ließ, daß es ihm an sich gleichgültig sei, ob der Lehrling wieder in seine Werkstatt eintrete; auf Zahlung der Strafe bestche er jedoch unbedingt.

Die Angelegenheit wurde vorgestern nicht zu Ende geführt. Der Gerichtshof beschloß vielmehr, sich zunächst bei der Verwaltungsbehörde darüber Auskunft einzuholen, ob unter den vorliegenden Umständen von einer gewissenhaften Ausbildung der bei Henning beschäftigten Lehrlinge die Rede sein könne.

Zur Kennzeichnung des modernen Lehrlingswesens ist die Angelegenheit aber schon heute von Bedeutung.

**Das Opfer des Buchbinderkreises.** Ueber die Selbstmordgeschichte des Buchbinders Hermann J., die von der „Deutschen Tageszeitung“ mit der leichterkennbaren Absicht, die Arbeiterbewegung zu schädigen, in die Welt gesetzt worden ist, haben wir genaue Erkundigungen eingelesen. Von der Logiswirtin, wie von dem Logisfolgenden des Unglücklichen wird uns folgendes berichtet:

Hermann J. ist Hilfsarbeiter und hat noch drei Tage vor seiner That in einer Kartonfabrik als Zuschneider gearbeitet. In Buchbinderkreise hat er, so viel wir in Erfahrung bringen konnten, überhaupt noch nicht gearbeitet. Er hat wohl, nachdem er am Sonnabend seine Stellung verlassen hatte, die Absicht geäußert, auf Grund einer Annonce in einer andren Fabrik um Arbeit anzufragen, hat aber diesen Voratz gar nicht ausgeführt, sondern seinen Krampf verlegt und — das übrige ist ja bekannt. Darüber, daß der Streit der Buchbinder ihm im Arbeitstagen hinderlich gewesen wäre, hat er seinen Handgenossen gegenüber nicht das mindeste geäußert. Er hat einen Zettel hinterlassen, auf dem die Worte standen: „That zum Tode — verflüchtetes Leben!“ Unglückliche Familienverhältnisse, Streit mit seinen Eltern, ein Liebesverhältnis — das sollen die Ursachen seiner That gewesen sein. Die Leute, die in den letzten Wochen täglich mit ihm verkehrten, teilen mit uns die Enttäuschung über die Hehlungen der „Deutschen Tageszeitung“ und deren Helfershelfer. Im übrigen ist noch zu bemerken, daß in der Kartonfabrik jetzt überhaupt nicht gearbeitet wird. Hätte sich der junge Mann an den Arbeitsnachweis der Buchbinder, Engelstr. 15, gewandt, so wäre ihm dort jederzeit eine Stellung nachgewiesen worden.

**Lieb Vaterland, magst ruhig sein.** Eine Lokalkorrespondenz berichtet folgende Notiz: Auf dem Berliner Nahrungsmittelmarkt

ist seit dem Ausbruch der chinesischen Wirren resp. der Entsendung deutscher Soldaten nach China eine auffallende Erscheinung zu beobachten. Fast sämtliche Delikatessenhandlungen kämpfen mit einem derartigen Mangel an Waren, daß sie den an sie gestellten Ansprüchen lange nicht gerecht werden können. Die Ursache dieser Erscheinung ist darin zu suchen, daß die Engros- Händler und Fleischwaren- u. w. Fabrikanten durch Lieferungen für die ostasiatischen Expeditionscorps Abwärts stark in Anspruch genommen sind und deshalb mit ihren Effektivierungen im Rückstand bleiben müssen. Dem in China befindlichen Offizierscorps werden, wie man uns mitteilt, auf Befehl des Kaisers, die aussergewöhnlichen Lederbitten nachgeschickt. Pasteten, Wild, Geflügel und andre Sorten von Braten, Speisen, Forellen und andre Schiffswaren- und Seefische, Krebse, Krabben, kurz alle nur erdenklichen Delikatessen in den verschiedensten Zubereitungen werden von der Militärverwaltung aufgeschafft und in geeigneter, für die Tropen erforderlicher Konfektion nach China verschickt. Hierbei kommen neuerfundene Kochapparate für seltenen Spiritus zur Anwendung, mittels deren der Offizier im Felde sich in fünf Minuten einen Braten tafelfertig auswaachen kann. Man fürchtet, daß mit dem Eintritte der Winterfajson der erwähnte Mangel noch empfindlicher werden wird.

Und da sage noch einer, daß nicht auch die oberen Tausende für die Weltpolitik Opfer bringen müssen!

**Eine Gastrolle im Polizeipräsidium.** Eine Vorstellung in Audrecherksfajsen gab gestern, Donnerstagsvormittag, Herr Georg Rudini, der demnächst in einem hiesigen Spezialitäten-Theater auftreten wird, im Konferenzsaal des Polizeipräsidiums zahlreichen Beamten der Kriminalpolizei, darunter dem Chef, Regierungsrat Dieterici und Polizeidirektor v. Reescheidt, Hällessem. Für die Kriminalpolizei ist es nicht ohne Bedeutung zu wissen, bis zu welchem Grade der Fertigkeit man es im Offizien von Verbrechen aller Art ohne Anwendung von äußerlich wahrnehmbarer Gewalt oder besondere Werkzeuge bringen kann. Für die Verteilung eines Verbrechens und die Richtung der Nachforschungen kann eine solche Wissenschaft unter Umständen von großer Bedeutung sein. Die Vorstellung Rudinis war nun sehr lehrreich. Der Künstler ließ sich, nachdem er sich seiner Kleidung bis auf die Beinleider entledigt hatte, von Beamten das Schloßzeug, das hier bei der Kriminalpolizei in Gebrauch ist, regelrecht anlegen. Die Beine wurden ihm geschloßen, die Arme fünfmal doppelt auf dem Rücken gefesselt, Daumenschrauben angelegt und die Finger geschloßen. Unter den Mund legte man ihm ein Tuch, das ihn hinderte, mit dem Munde zu arbeiten. Dann deckte man ihn mit einem großen Laten zu. Nach etwa sechs Minuten gab der Künstler ein Zeichen, daß man die Hülle wegnehmen könne, stand dann aller Fesseln ledig da und legte mit verbindlichem Lächeln alles Schloßzeug auf den Tisch. Alles hübsch geordnet und unbeschädigt. In America hat der Künstler es fertig gebracht, aus einem verschloßenen Raum, in dem er gefesselt bewacht wurde, zu entfliehen, „ohne Apparat“ und ohne sich oder den Fesseln und Schloßen einen Schaden zu thun.

**Die Berliner Kriminalpolizei** wird demnächst mit einer neuen Hühnerbekleidung ausgestattet werden. Die Beamten erhalten Stiefel mit Gummisohlen, die den Tritt ungeräusch machen und bei Streifzügen und Beobachtungen Verdächtiger in Gebrauch genommen werden sollen. Ob die Gummisohlen auch die Entdeckung der Räder erleichtern werden, lassen wir dahingestellt.

**Revision des Krankenhauses Friedrichshain.** Im Auftrage des Ministers des Innern hat gestern der Geh. Regierungsrat und Medizinalrat Behmer die gesamten Einrichtungen des städtischen Krankenhauses im Friedrichshain, der ältesten und größten Krankenanstalt der Stadt Berlin, einer eingehenden Revision unterzogen. Der Ministerialbeauftragte erschien schon um 9 1/2 Uhr in der Anstalt und verließ sie erst nach 3 Uhr wieder.

**Mit der bevorstehenden Beilegung des Accumulatorenbetriebs** bei der Großen Straßendahn werden auch die schweren Sammlerwagen, die sogenannten Deumerwagen, aus dem Verkehr des Verkehrs verschwinden. Die neuen Wagen werden etwa 90 bis 100 Centner leichter sein. Die schweren Wagen, von denen die Gesellschaft ca. 350 in Betrieb hat, werden umgebaut und für Ober- und Unterleitungs-Kraftentnahme eingerichtet. Die gegen die Unterleitung geltend gemachten Bedenken, die durch das traurige Ergebnis der Unterleitungs-Versuchsstrecke an der Lutherische berechtigt erschienen, sind, wie der Betrieb auf der Siemens- und Hallesche-Bahn zwischen Behren- und Hollmannstraße beweist, hinfällig. Die Anlage der früheren Versuchsstrecke ist ein altes System mit einfachem Stromkabel. Bei den unterirdischen Stromzuführungen über die Linden hinweg usw. kommt ein neues System zur Anwendung, welches auch den Witterungseinflüssen des Winters genügend Widerstand entgegenzusetzen kann.

**Die Einführung des gesetzlichen Ladenschlusses am 1. Oktober** wird von den deutsch-nationalen Handlungshelfern durch Veranlassung einer allgemeinen Festsfeier gewürdigt werden, wozu gegenwärtig in den 550 Ortsvereinen dieses Verbandes gerufen wird. Die Herren müssen auf sozialpolitischem Gebiet recht geringe Ansprüche machen oder auch recht wenig Agitationsstoff haben, wenn sie eine verhältnismäßig so beschiedene Erzeugungsmacht der Reichstags-Mehrheit wie den Reumehrerschluß schon zum Festspielen demgen.

**Anfragen über den Verbleib deutscher Soldaten in Ost-Asien.** Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Antwortende der bereits in China gelandeten oder auf dem Wege dorthin befindlichen Truppen des Ostasiatischen Expeditionscorps, welche über den Verbleib ihrer Angehörigen unterrichtet zu sein wünschen, haben etwaige Anfragen unter der Adresse: „Ariegsministerium, Ostasiatische Abteilung, Berlin W., Leipzigerstr. 5“ dorthin zu richten. Anfragen bei der Ostasiatischen Abteilung über den Verbleib von Angehörigen der kaiserlichen Marine und der bei Marine-Truppenteilen befindlichen Personen, wie sie in letzter Zeit wiederholt vorgekommen sind, können von dieser Stelle aus nicht beantwortet werden.“ (Auskunft über diese erteilt das Reichs-Marineamt.)

**Mit Salznatron** sich zu töten versuchte in der vergangenen Nacht eine „Klitsch“ Martha Kurka aus der Friedrichstraße, die erst 18 Jahre alt und schon lebensüberdäufig ist. Sie erreichte ihr Ziel nicht, wurde vielmehr gerettet und in ein Krankenhaus gebracht.

**Opfer der Großen Berliner.** In der Alten Schönhauserstraße geriet die 68 Jahre alte Witwe Christine F. unter die Räder eines Straßenbahnwagens und trug so schwere Verletzungen am Kopfe davon, daß sie bald darauf starb. — Die 74 Jahre alte Schlafstierfrau Adelheid Babes wurde vor dem Hause Landsberger Allee 60 von einem Straßenbahnwagen zu Boden geschleudert und etwa zehn Schritte mitgeschleift. Hierbei erlitt die alte Frau lebensgefährliche Verletzungen am Kopf.

**Unfall oder Selbstmord?** Die 27 Jahre alte Arbeiterin Marie Westphal aus der Fruchtstraße 26 hatte ein Verhältnis, das nicht ohne Folgen blieb. Am Dienstagmorgen hörte sie mit ihrer Arbeit auf und sagte ihren Arbeitsgenossen, sie würden sich am andren Tag wundern. Nach Hause gekommen, ließ sie sich von der Wirtin eine Tasse Kaffee geben, da sie unwohl sei und trank darauf fünf Glas Wasser. Spät abends folgte schweres Erbrechen, nachs um 2 1/2 Uhr wurde ein Arzt geholt, aber schon um 6 Uhr morgens war das Mädchen tot. Es wird vermutet, daß es bei einem strafbaren Verbrechen, die Folgen des Verhältnisses zu beseitigen, ums Leben gekommen ist. Die Leiche ist deshalb zur Feststellung der Todesursache beschlagnahmt worden, da unter Umständen noch gegen die Beschaffer des Mittels vorgegangen ist. Möglich ist aber auch, daß ein Selbstmord durch Vergiftung vorliegt.

**Ein Bild sozialen Elends,** wie es in unsrer göttlichen Weltordnung leider zu den Alltagszeiten gehört, tollt sich in der Verteilung eines Leiers auf, der uns folgendes berichtet: Mittwochabend führte mich mein Weg durch die Meyerstraße. Dort sah ich eine abgehaarte Frau mit ihrem drei oder vier Wochen alten Kinde



rafflos umher irren. Vor dem Hause Nummer 15 bittet sie sich für ihre letzten Fennige in einem Geschäft Milch für ihr Kind aus; sie selber sei seit dem frühen Morgen ohne jegliche Nahrung. Selbstverständlich gab der Inhaber der Unglücklichen die Milch ohne Entgelt; ich selber sah bei der Gelegenheit, daß das Kind im todtranken Zustande war und jeden Augenblick zu sterben schien. Die Mutter teilte mir mit, daß sie obdachlos sei und das arme Wesen von der Pflanzung, bei der sie es untergebracht hätte, zurückhalten habe, da sie infolge ihrer Mittellosigkeit nicht im Stande gewesen wäre, das Kostgeld zu zahlen. Ich ging nun mit der Mutter nach dem Krankenhaus am Friedrichshain, um dort die Aufnahme des todtranken Kindes zu erwirken. Jedoch wurde ich hier scharf abgewiesen mit dem Bemerkten, man nehme Kinder unter ein Jahr nicht auf. Raslos wandte ich mich nun an das Polizeibureau am Landsberger Platz. Hier erhielt ich durch die Vermittlung des Polizeileutnants, der sich in der Sache recht hilfreich zeigte, die Anweisung, daß das Kind doch im Krankenhaus Friedrichshain aufgenommen werden sollte. Mit dieser Verfügung ergab ich denn auch dort die Aufnahme des Kindes, während die Mutter in ihrer trostlosen Lage bei Bekannten ein Unterkommen suchte.

**Der nächtliche Straßenhandel** hört mit dem 1. Oktober auf, da nach § 139c der Gewerbeordnung während der Zeit, wo die Verkaufsstellen geschlossen sein müssen, das Feilbieten von Waren auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder an öffentlichen Orten sowie im Gewerbebetrieb im Umhergehen verboten ist. Sowohl für die „Nächtigen“ Wursthändler, als auch für die Obsthändler, die an manchen Stellen im Sommer die ganze Nacht über mit ihren Karren auf Kundschaf harren und leibliche Geschäfte machen, hat das letzte Stundlein geschlagen. Aber auch der Jammer des nächtlichen Handels mit Wachsstockhölzern verschwindet dann vor den Augen der Dessenlosigkeit.

**Eine beherzigenswerte Mahnung an das reisende Publikum** veröffentlicht das Polizeipräsidium. Am 10. September dieses Jahres ist auf dem Fernverkehrsbahnhof des Bahnhofssteigs Friedrichstraße eine schwarze Lederhandtasche gestohlen worden. Diese enthielt eine Toilettenrichtung, Glasgläser mit silbernen Deckeln, ein kleines Kissen und eine kleine silberne Statue (Jungfrau darstellend), verschiedene Gegenstände dürften M. H. gezeichnet sein. Angaben über den Verbleib des gestohlenen Guts werden in jedem Polizeiviertel oder bei der Kriminalpolizei, Zimmer 43, entgegen genommen. Zugleich mit dieser Bekanntmachung wird vom Polizeipräsidium darauf hingewiesen, daß das reisende Publikum meist unglücklich sorglos mit seinem Reisegepäck umgeht. Es gehört durchaus nicht zu den Seltenheiten, daß Reisende fremden Leuten auf den Bahnhöfen ihr Gepäck zur Verwahrung überlassen und von diesen bestohlen werden. Frauen verkönnen oftmals Personen, die sie ansprechen und dann angeben, dieselbe Reisekarte zu haben, größere Geldbeträge zur Besorgung der Fahrkarten an. Derartige Sorglosigkeiten fördern Gewohnheitsdiebe geradezu heraus, sich dem Publikum aufzubringen und es zu schädigen.

**Das leichtsinnige Fortwachen von Obstruktion** hat wiederum ein blühendes Menschenleben gefordert. Die 21-jährige Pflanzergärtnerin des Baumunternehmers P. L. a. h. zu Groß-Lichterfelde war vor etwa 10 Tagen in Berlin über achtlos hingeworfene Pfannenstücke angegriffen und hatte, da sie mit dem Hintertopf schwer auf das Trottoir aufschlug, eine starke Schrienerkrankung erlitten, die jetzt den Tod des beklagten Patienten jaugen Mädchens herbeiführt hat. Auf Veranlassung der Berliner Staatsanwaltschaft fand in Groß-Lichterfelde die gerichtliche Sektion der Leiche statt mit dem Ergebnis, daß ein Gehirnschlag, herbeigeführt durch jenen Unfall, die Todesursache gewesen ist.

**Einem Raubmordfall** ist der Führer Adolf Schuster aus der Badstr. 59 zum Opfer gefallen. Schuster fuhr am Montagvormittag auf dem Grundstück Neue Königl. 70 mit dem Fahrstuhl abwärts, stieg im zweiten Stock aus, um etwas zu besorgen, verläumte es aber, die Türe zu schließen. Als er zurückkehrte, nahm er an, daß der Stuhl sich noch in derselben Höhe befinde, und wollte einsteigen. Der Stuhl war jedoch abwärts gegangen und Schuster stürzte nun in den Schacht hinab. Er schlug sich die Nase ab und brach das rechte Handgelenk. Auf der Unfallstation 3 erlag er seinen Verletzungen, da bei der Verbringung der Rippenknochen Splitter in das Gehirn eingebrungen waren.

**Der Privatier Karl Lowien** aus Brandenburg a. S. wurde, wie gemeldet, mit seiner Frau, einem Fräulein Welle, unter dem Verdacht der vorläufigen Brandstiftung auf dem hiesigen Potsdamer Bahnhof verhaftet. Lowien hat sich seiner Bestrafung dadurch entzogen, daß er im Gefängnis Selbstmord verübte. Seine Frau ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden, da sich der gegen sie gerichtete Verdacht der Mithäuferschaft nicht hat aufrecht erhalten lassen.

#### Aus den Nachbarorten.

**Die Streiklausel in Charlottenburg.** In der Stadtverordneten-Versammlung von Charlottenburg gelangte gestern bei Gelegenheit der Besprechung des Berichtes der Hochbauverwaltung die Streiklausel zur Erörterung. Stadtverordneter Dr. Penzig fragte an, wie es die Stadt mit der Klausel halte? Er hoffe nicht, daß wie es verlaute, die Stadtverwaltung die Unternehmer durch Zugestehen der Streiklausel einseitig begünstige. Stadtbaurat Brauer erklärte hierauf: Die Frage der Streiklausel geht die Dessenlosigkeit eigentlich nichts an! Ich äußere mich nur ungern darüber. In die bisherigen Verträge ist die Streiklausel nicht aufgenommen. Für die Zukunft ist die Zusage gegeben worden, daß bei allgemeinen Umständen die Verwaltung über eine Verlängerung der Fristen Entscheidung treffen werde.

Diese Antwort läßt manche Unklarheit zurück und befähigt von neuem den Argwohn, daß die Charlottenburger Stadtverwaltung die Unternehmer einseitig begünstigt.

**Die Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung** hatte gestern ihre erste Sitzung nach den Ferien. Nachdem einige Maßnahmsangelegenheiten der zuständigen Kommission überwiesen worden waren, kam die Magistratsvorlage, betreffend die **Versorgung der Stadt mit elektrischer Kraft** zur Verhandlung. Die ursprünglich auch vom Magistrat und der Beleuchtungsdeputation gehegte Absicht, ein städtisches Elektrizitätswerk zu erbauen und auf eigene Rechnung zu betreiben, ist seitens dieser Körperschaften aufgegeben worden. In der Begründung der Vorlage wird ausgeführt, die Rentabilität eines solchen Werkes ließe sich wegen des zu erwartenden nicht gerade großen Konsums schwer herausrechnen. Auch müßten die Strompreise für die Abnehmer höher gestellt werden, als es nach dem Entwurf zu einem Vertrag mit den Berliner Elektrizitätswerken möglich sei, dem zugestimmt der Magistrat den Stadtverordneten empfiehlt. Nach dem Vertragentwurf soll die Stadtgemeinde Rixdorf den Berliner Elektrizitätswerken gestatten, für die Dauer des Vertrags in den Straßen des gegenwärtigen Weichbilds und eventuell des erweiterten Weichbilds von Rixdorf unterirdische Leitungen zur Fortführung der Elektrizität anzulegen und Transformatoren in oberirdischen Schauhäusern zum Zweck der Abgabe von Elektrizität an Behörden, Korporationen und Private innerhalb des Gemeinde-Bezirks aufzustellen. Die Zuführung des Stroms von dem Elektrizitätswerk „Obersee“ nach Rixdorf hat durch zwei Starkstromleitungen zu erfolgen. Der Entwurf sieht dann eine Reihe von Bedingungen für den Bezug der Elektrizität vor. Der Stadt soll jährlich eine Abgabe von 6 Pf. für jede zu Beleuchtungszwecken gelieferte Kilowattstunde, und von 2 Pf. für jede zu anderen Zwecken gelieferte Kilowattstunde gesichert werden. Die Kilowattstunde wird für Lichtzwecke mit 50 Pf. berechnet, während die Kraft für andere Zwecke nach dem jeweiligen Tarif für Kraftstrom des Werks „Obersee“ berechnet werden soll mit einem Aufschlag von 2 Pf. Dieser Preis beträgt zur Zeit 11 Pf. pro Kilowattstunde bei unterirdischer Zuleitung. — Es entwickelte sich eine lebhafteste Debatte, in der vielerlei Bedenken gegen den empföhlenen Vertrag von den verschiedensten Seiten geltend gemacht wurden. Stadt-Direktor Pöppe beantragte Zurückverweisung an die durch 9 Stadtverordnete

verstärkte Beleuchtungsdeputation, mit der Maßgabe, daß der Schaffung eines eigenen Werkes näher getreten werde. Weder ist allerdings der Meinung, daß für Rixdorf ein „eigenes Haus“ nicht gerade vorteilhaft sei. Andererseits wäre es aber von Vorteil, „hier im eigenen Hause“ zu sein. Vielleicht könne ein Uebergang ermöglicht werden. R. e. r. a. u. (Soc.) befürwortete den Antrag Pöppe und vertrat den bekannten sozialdemokratischen Standpunkt, daß eine der Allgemeinheit dienende Anlage, wie sie ein Elektrizitätswerk sei, in die Hand der Kommune gehöre. Stadt-Direktor erklärte, nach Durchsicht des Vertrags auf demselben Standpunkt zu stehen, wie Kreyer. — Bürgermeister Voigt hält augenblicklich die Erzielung eines eignen Werks aus finanziellen Gründen für unmöglich. Wenn man ein solches wolle, müßte man einige Jahre, bis zur Kräftigung der Stadt, warten. — Schließlich wurde der Antrag Pöppe einstimmig angenommen.

Für ein Kaiser-Wilhelm-Denkmal in Rixdorf hatte ein Komitee von Rixdorfer Patrioten eine bestimmte Summe zusammengebracht. Der Magistrat beantragt, sich mit der Aufstellung des Denkmals auf dem Hohenzollernplatz und mit der Uebernahme der Unterhaltungs-pflicht auf die Stadtgemeinde einverstanden zu erklären. Trotz des Protestes der Sozialdemokraten wurde die Dessenlosigkeit ausgeschlossen. Die Vorlage wurde später gegen die Stimmen der 16 Sozialdemokraten angenommen.

**Von dem Spandauer Festungsgelände,** das nach Schleifung der Festung zur Verfügung steht, beabsichtigt die Militärverwaltung nach einer dem Magistrat von Spandau übermittelten Erklärung Grundstücke für folgende Zwecke zurückzubehalten: für eine katholische Garnisonkirche, zum Bau von Kasernen für die in absehbarer Zeit zu bildenden dritten Bataillone der beiden Regimenter der 5. Garde-Infanterie-Brigade, und sodann Land für einen Ueberschießplatz. Die übrigen Festungsgeländereiten mit Ausnahme von einigen Bächen, die mit Rücksicht auf die Eigenschaften Spandaus als größter Waffenplatz erhalten bleiben, werden der Stadt zum Kauf angeboten.

**Aus Rixdorf.** Die hiesige Schmiede-Jungung zeigt durch Circular an, daß sie vom 1. Oktober d. J. ab eine Preiserhöhung von 10 Proz. einrichten lasse. Offentlich beklagen die Herren Jungungsmeister dann auch die Arbeitslosigkeit ihrer Gesellen an. — Auf einem Baum aufgeschwiegt hat sich gestern nachmittags der 12-jährige Schulaube Paul Wegener aus Berlin. Derselbe hatte hier wohnende Verwandte besucht und war mit anderen Kindern auf die Straße gegangen. Hierbei verließerte er in der Hermannstraße den Fuß der Verkehrsbarriere, glitt dabei ab und schlug so heftig auf eine Baumspitze, daß dieselbe ihm tief in den Oberschenkel drang. Ras mit vieler Mühe konnte der Knabe aus seiner gefährlichen Lage befreit werden. Nachdem ihm in der Unfallstation ein Verband angelegt, brachte ein Sanitätsmann den Knaben mittels Droßke nach der Wohnung seiner Eltern, Weidenweg 21.

**Vom Wesen der preussischen Polizei.** Die „Germania“ schreibt: Eine neue Soldatelle haben sich einzelne Vorortbehörden dadurch geschaffen, daß sie in ihren unter Aufsicht der Dessenlosigkeit erscheinenden Wählern Bekanntmachungen über die Radfahrer verbotene Wege erlassen. Die Berliner, die davon nichts wissen und die kleinen Warnungstafeln nicht gewahren, werden demnach von den quasi im Hinterhalt stehenden Gendarmen so angehalten und notiert. Klammert sich in verflochtenen Jahren diese Klagen häufiger wie in der letzten Zeit. Jetzt wird aber wieder berichtet, daß auf dem Weg von Potsdam über Aldersdorf am letzten Sonntag selbst in der Dunkelheit die Radler angehalten seien. Die Warnungstafel habe aber gar nicht gesehen werden können und der Beamte habe sich wie verdeckt gehalten. Der Beamte hätte sich doch so stellen können, daß er die Radfahrer auf die Tafel hingewiesen hätte.

**Pantow.** Bei Prüfung des Gemeinde-Rats in der letzten Sitzung der Gemeindeverwaltung ergab sich, daß der Vorschlag für 1890/1900 um 27 608 M. überschritten wurde. Hieran sind der Armenetat mit 6500 M., die Volksschule mit 7000 M., die Realschule mit 4500 M. beteiligt. Es wird angenommen, daß durch die am 1. April nächsten Jahres in Kraft tretende Grundwertsteuerveränderung zu diesen die Gemeindeverteilung beschloß, mit der Eröffnung eines Rathauses zu beginnen, der Bau des geplanten Krankenhauses wurde wegen der hohen, sich vorab auf 700 000 M. belaufenden Kosten angehalten. Ein Gehalt von 50 M. für das verfallene Sedanfest wurde abgelehnt. Dem vom Arbeiterverein Pantow gestellten Antrag, den mit der Mahnung beauftragten Steuererheber zu ernähren, die Steuerbeträge bei der Mahnung einzulagern, da die Regierung es der Gemeinde überläßt, die Form der Eintreibung selbst zu wählen, soll vom 1. Oktober ab Folge geleistet werden. Jedoch werden die Mahngelühren nach wie vor erhoben.

#### Gerichts-Zeitung.

**Die Vorgänge beim Straßenbahnstreik** beschäftigen immer noch die Gerichte. Westen stand der frühere Motorwagenführer Friedrich Dorow 21., der vom Schöffengericht wegen groben Unfalls zu sechs Wochen Haft verurteilt worden war, vor der Berufungsinstanz der Landgericht 1. Sowohl der Staatsanwalt wie der Angeklagte hatten Berufung eingelegt. Als am Nachmittags des 20. Mai; einige von Streikbrechern geführte Motorwagen durch die Chausseestraße fuhren, beobachteten zwei dort im Hause Nr. 90 wohnende Personen, daß ein Mann, der sich auf dem Fluß des gegenüberliegenden Hauses aufhielt, von dort aus den in gleicher Höhe befindlichen Motorwagen mit Steinen bewarf. Es wurden auch einige Schreien vernehmbar, da aber nur vereinzelte Personen zu damaliger Zeit die Straßenbahn benutzten, so entstand kein weiterer Schaden. Der Befende war den Beobachtern ganz genau als der frühere Wagenführer bekannt, der seit durch die Chausseestraße gefahren war. Dorow wurde auf der Straße verhaftet. Das Schöffengericht hielt den Angeklagten trotz seiner Behauptung, daß er das Opfer einer Personenverwechslung geworden sei, für überführt, verurteilte ihn aber nur wegen groben Unfalls, da ein Strafantrag wegen Sachbeschädigung von der Großen Pferdebahn-Gesellschaft nicht vorlag. Dies ist inzwischen von der Gesellschaft nachgeholt worden, und wurde die Lage des Angeklagten dadurch erheblich verschlechtert. Die Beweisannahme fiel wiederum zu Ungunsten des Angeklagten aus. Der Staatsanwalt wollte die Pferdebahnwagen als solche Gegenstände angesehen wissen, welche gemeinnützigen öffentlichen Zwecken dienen. Der Angeklagte müsse deshalb aus § 340 Str.-G.-B. solche wegen groben Unfalls bestraft werden. Er beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von neun Monaten. Der Verteidiger, Rechtsanwält Leub. F. r. e. d. m. a. n. n. verteidigte sich besonders dagegen, daß die Pferdebahn als ein öffentliches Institut angesehen werde und deshalb der schwere Gesetzesparagraph zur Anwendung kommen solle. Die Pferdebahn sei nur ein großes Privatunternehmen, ebenso wie beispielsweise die Restaurationslokale von Köpinger. Der Gerichtshof verurteilte den Angeklagten auch nur wegen einfacher Sachbeschädigung und wegen groben Unfalls, aber zu 4 Monaten Gefängnis.

**Vor dem Schöffengericht** stand gestern Verhandlungstermin in einer Privatklage an, die der Journalist Rauch gegen den Bekleidungs- und Redacteur der „Staatsbürger-Zeitung“, Wilhelm Bruhn und Dr. Paul Völkner angestrengt hat. Rauch war seiner Zeit in Rom, stellte dort Nachrichten in Sachen der an dem Gymnasialfest Winter verübten Missethat an und hatte in seinen Berichten den Verdacht der Thäterhaft auf den Schlächtermeister Hofmann gelenkt. Wegen dieser Verleumdung griff die „Staats-Bzg.“ den Kläger Rauch heftig an und entwarf von seiner journalistischen Thätigkeit und persönlichen Ehrenhaftigkeit ein solches Bild, daß daraufhin die Privatklage erhoben wurde. Namens der Angeklagten hatte Rechtsanwalt P. a. n. Charlottenburg einen Wahrheitsbeweis angetreten, es kam jedoch gestern zur Erhebung eines solchen nicht, da der Termin wegen eines Formfehlers bei der Klage-Erhebung verjagt werden mußte.

**In dem großen Diebstahlprozeß Haffe und Genossen** stand gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I Termin an. Auf der Anklagebank saßen zwölf Personen, von denen einzeln zu den gewohnheitsmäßigen Verbrechern gehören. So ist der Hauptangeklagte, Cigarrenmacher Robert Karl Haffe vielfach verurteilt und hat erst im Jahre 1898 eine zehnjährige Zuchthausstrafe verbüßt. Ein anderer, der Arbeiter August Adolf Emil Tessen, dem mehrere Kollisionsfälle zur Last fallen, ist siebenmal vorbestraft; der Schneider Hermann Kühne hat 21 Vorstrafen erlitten und 15 Jahre im Zuchthaus zugebracht. Haffe hat den großen Einbruchdiebstahl bei Feilbach u. P. r. e. u. in der Nacht zum 19. Februar verübt, wobei Geldwerten im Werte von 6000 M. und mehrere hundert Mark bares Geld gestohlen worden sind. Die übrigen Angeklagten, von denen ein Teil noch selbständig Diebstähle verübt hat, haben bei der Wegschaffung der Sachen und ihrer Unterbringung mitgewirkt und stehen deshalb unter der Anklage der gewerbs- und gewohnheitsmäßigen, beziehungsweise der einfachen Hehlerei. Die Hauptangeklagten nach dieser Richtung hin sind der Gefährlichhändler Josef Lüttgen und dessen Ehefrau Ernestine geb. Weder, in deren Geschäftskeller die Kriminalpolizei ein ganzes Hehlernest entdeckt hat. Das Lüttgensche Ehepaar ist bisher unbekannt. Der Prozeß leidet unter einem eignen Luftern. Der größte Teil der Angeklagten sitzt seit fast 9 Monaten in Untersuchungshaft, die Erledigung der Sache wird aber durch den Angeklagten Haffe fortgesetzt verzögert. Haffe hat Veranlassung genommen, Zweifel an seiner geistigen Gesundheit nach zu rufen, so daß eine längere Beobachtung seines Geisteszustands notwendig war. Es ist dabei insbesondere zur Sprache gekommen, daß er sich mit den abenteuerlichsten „Erfindungen“ beschäftigt und manchen thörichten und feilsamen Schritt zu Gunsten dieser angeblich epochemachenden Erfindungen unternommen hat. Das ärztliche Gutachten hat jedoch keinen Anlaß dazu gegeben, die Zurechnungsfähigkeit Haffes auszuschließen. Zum gestrigen Termin waren außer 32 Zeugen auch Gerichtsphysikus Dr. Störmer und Oberarzt Dr. Seiffert von der Charité als Sachverständige geladen, aber nicht erschienen. Es ergab sich, daß beide Herren sich noch auf Urlaub befinden und die Verladung nicht erhalten haben. Auf Befragen erklärte Haffe, daß er selbst sich für geistig gesund halte, er verbleibe aber dennoch bei dem Verlangen, daß die beiden medizinischen Sachverständigen sich an Gerichtsstelle über seinen Gesundheitszustand äußern sollten. Da er hieron nicht abzubringen war, blieb dem Gerichtshof nichts übrig, als die Verhandlung zu vertagen. Die für das Lüttgensche Ehepaar gestellten Haftentlassungs-Anträge wurden vom Gerichtshof abgelehnt.

**556 deutsche Krieger** gegen einen Sozialdemokraten. Ueber einen Verleumdungsprozeß wird uns aus Raumburg berichtet: Der Genosse, Redacteur Adolf Thiele vom „Volkswort“ in Halle wurde gestern von der Strafkammer unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Manns wegen Verleumdung des 556 Kriegervereins-Mitglieder, worüber wir erst kürzlich berichteten, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Es handelte sich um eine im Mai 1898 von dem Genossen Thiele in Zeit gehaltenen Rede, bei welcher er nach den Aufzeichnungen der überwachenenden Beamten gesagt haben sollte: „Das Kriegervereinsmitglied ist eine Schmach für Deutschland, ferner ist es eine Schmach, daß die Arbeiter, die erst dem Korporationsentronnen sind, in Kriegervereine eintreten. Dieselben haben nur den Zweck, dem Arbeiter das bishigen Gehalt herauszunehmen und ihn zum Sklaven zu machen, Zeit seines Lebens.“ Als der Staatsanwalt neun Monate Gefängnis beantragte, entgegnete Genosse Thiele, es habe das Strafmaß unangelegentlich. Die Sozialdemokratie würde von den Kriegervereinen permanent beschimpft und der Herr Staatsanwalt würde gegen diejenigen, der sagte, „die Sozialdemokratie sei eine Schande“, wohl keine neun Monate Gefängnis beantragen.

#### Vermishtes.

**Trotz der herrlichen Tage,** denen wir im europäischen Reich der Wille jetzt entgegengeführt sind, nimmt es mit der Europa-mündigkeit kein Ende. Wie „Vormanns Telegraphisches Bureau“ meldet, hat der Passagierverkehr über Bremen in den letzten Wochen nie dagewesene Dimensionen angenommen. Die bedeutendsten Ziffern zeigt die laufende Woche, in welcher einschließlich des am nächsten Sonnabend abgehenden Dampfers „Großer Kurfürst“ allein nach New York nicht weniger als 222 Kajüten- und 225 Zwischendeck-Passagiere, im ganzen 556 Passagiere vom Norddeutschen Lloyd befördert wurden. Diese enorme Passagierzahl verteilt sich auf die einzelnen Dampfer wie folgt: „Aller“ 222 Kajüten- und 276 Zwischendeckpassagiere, zusammen 508; „Friedrich der Große“ 546 bzw. 1043, zusammen 1599; „Kaiser Wilhelm der Große“ 805 bzw. 641, zusammen 1446; „Großer Kurfürst“ 655 bzw. 1275, zusammen 1930. Sämtliche vier Dampfer sind bis auf den letzten verfügbaren Platz in allen drei Klassen besetzt.

**In dem furchtbaren Grubenunglück** wird uns nur noch berichtet: Zur Zeit der gestrigen Explosion von Köhlengruben in der Grube-Glück-Gesche waren, soweit bisher festgestellt werden konnte, 83 Bergleute im Schacht beschäftigt. Von diesen retteten sich 28 nach dem Luftschacht; bisher sind zwei Leichtverletzte und 18 Schwerverletzte, darunter der Betriebsleiter, geborgen; von diesen sind bereits fünf gestorben. Dreißig Leichen wurden noch im Schacht gefunden, konnten jedoch noch nicht herausgeholt werden, weil das Feuer eine Annäherung nicht zuläßt. Weitere fünf Personen werden noch vermisst.

**Die Pest in Glasgow.** Der Stand der Pestepidemie ist: 21 angekündigte Pestfälle und 3 pestverdächtige Fälle; 109 Personen werden ärztlich beobachtet.

#### Witterungsbericht vom 20. September 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (Hand mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (° C)	Stationen	Barometer (Hand mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (° C)
Wilmersd.	768	SW	3	bedekt	14	Haparanda	761	S	2	Nebel	7
Hamburg	771	SW	1	Nebel	10	Petersburg	761	S	4	wolkig	17
Berlin	769	SW	2	Regen	14	Gort	770	SW	4	wolkig	17
Frankf.	770	N	5	bedekt	15	Aberdeen	767	SW	1	bedekt	14
München	768	SW	1	bedekt	14	Bogis	771	SW	3	wolkig	10
Wien	767	SW	1	bedekt	14						

Weiter-Prognose für Freitag, den 21. September 1900. Nachts etwas kühler, am Tage wärmer, zunächst meist heiter und trocken bei mäßigen südlichen Winden; später zunehmende Bewölkung. Berliner Wetterbureau.

#### Briefkasten der Redaktion.

**Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.**  
**W. M., München.** Nehmen Sie sich einen Rechtsanwält. — E. S. 54. Ergen Sie dem Vermieter zur Vornahme der Reparatur eine angemessene Frist und teilen Sie ihm mit, daß Sie nach dem fruchtlosen Ablauf die Reparatur vornehmen und die Kosten bei der nächsten Mietszahlung abgeben werden. — E. S. 75. Ja, Sie sind wahlberechtigt und auch zur Wahl der Wählerliste berechtigt. — E. S. 76. Ja. — E. S. 77. Nein. — E. S. 100. Ja, Sie können das Gehalt in der von Ihnen angegebenen Höhe beanspruchen. — Klasse. 1. Die Kosten sind nicht geltend zu machen. 2. Der Wähler ist der gerichtliche oder notariell beurkundete Vertragspartei kein Teil gebunden. — E. S. 59. Die Bahn ist bei der Verlustschadensersatzpflichtig. Der Erstattungsanspruch ist bei der lgl. Eisenbahndirektion Berlin und im Falle der Ablehnung des Ertrages durch diese bis zum 3. September 1901 gerichtlich geltend zu machen. — E. S. 1. Kommen Sie in die Sprechstunde. — Pantow, Rein,



# A. Jandorf & Co

C. Spittelmarkt 16/17. SW. Leipzigerstr. 64. SW. Belle-Alliancestrasse 1/2.

## Glas

- Dessert-Teller gepresst : : Stück 6  
 Citronen-Pressen mit Augus . . . 13  
 Butterdosen gepresst : : : : 20  
**Bierbecher** mit Goldrand . Stück 7  
 Weingläser echt Krystall . : : Stück 15  
 Krystall-Biertulpen : : : 28  
 Käseglocken geschliffen : : : 55

## Porzellan


- Ein grosser Posten  
 blau decoriertes Porzellan:  
**Kaffeekannen, Theekannen, Butter-**  
**dosen, Dessertteller** etc. etc.  
 aussergewöhnlich preiswerth.  
 Kaffee- u. Theetassen blau decoriert . . . 13  
**Kaffebecher** bunt decoriert. . . . 17  
**Scherzassen** mit Schrift . . . . 55  
**Kaffeeservice** 5 Theile, für 2 Personen 1,65  
**Tafelservice** Rokokoform, 76 Theile  
 für 12 Personen, Veldekmuster . . . 83,50

## Steingut


- Satznäpfe** gerippt, 4theilig . . . Stück 33  
**Satztöpfe** Satz 6 Stück, blau Zwiebelmuster 1,35  
**Blumentöpfe** bunt decoriert . Stück 28  
**Bierkrüge** . . . 1/2 Ltr. 10 1 Ltr. 15  
**Einmachetöpfe**  
 grau Steinzeug  
 ca. 2 3 5 9 12 15 20 25 Ltr. Inhalt  
 17 23 33 50 65 110 150 175

## Küchenartikel

- Schöpf-Löffel mit Streusen : Stück 15  
 Reibekulen . . . . . 13  
 Fleischklopfer . . . . . 23  
 Butterstecher . . . . . 28  
 Kaffeetrichter . . . . . Stück 25 u. 33  
 Essigrichter . . . . . 20 u. 30  
 Nudelrollen . . . . . Stück 38  
 Durchschläge . . . . . Stück 40 u. 60  
 Melonenformen . . . . . Stück 50

 Ganz besonders preiswert

## Emaillie

Ganz besonders preiswert 

- Kaffeekannen** 13, 15, 20, 30, 40,  
 Theekannen 10, 20, 30, 40,  
 Milchtöpfe 12, 20, 25, 28,  
 Suppenterinen 35, 55, 75, 95,

- W**asserkessel ca. 16 18 20 bis 26 cm 30 30 48 48  
**K**affee-Aufgussmaschine 48, 75, 95  
**W**asserkannen 48, 75, 95, 110  
**C**onsole mit Maass . . . . . Stück 25,

- T**oilette-Eimer mit Einsatz und Korhenkel . . . 1,50  
**F**enster-Eimer . . . . . Stück 48  
**M**esserspühler . . . . . 48  
**K**rümmelschuppen . . . . . 23  
**M**ilchkannen mit Henkel . . . . . 23

Arbeiter-Kanne mit Tasse 23,



Verksammlungen.

Die Herren-Maschinenbauer hielten am Mittwoch eine stark besuchte Versammlung im Friedrichstädtischen Kasino ab. Der Vorsitzende Herr Rittler beleuchtete das Verhalten der Unternehmer der Herren-Maschinenbauer gegen die Arbeiter. Er wies an einer Reihe von Einzelfällen nach, daß verschiedene Geschäftsinhaber bestrebt sind, den Löhnen, welchen sie infolge des diesjährigen Streiks anerkannt haben, wieder zu durchbrechen, und daß sich leider auch hier und da Kollegen finden, welche sich die Abzüge gefallen lassen, in der Hoffnung, durch deren Rückzahlung mehr Arbeit zu bekommen. Weiter wies der Referent darauf hin, daß die Arbeiter die Einführung fester Löhne hauptsächlich deshalb durchgesetzt haben, um der willkürlichen Festsetzung des Lohns seitens der Unternehmer ein Ende zu machen und um zu verhindern, daß die stille Zeit zur Lohnrückzahlung ausgenutzt werde. Aber in dieser Hinsicht werde von verschiedenen Firmen seit einiger Zeit wieder das alte System der Willkür befolgt. Als Beispiel hierfür wies der Referent auf eine Geschäftsempfehlung der Firma Thibaut u. Sigand hin. In der genannten Anzeige empfiehlt sich die Firma auch zu Reparaturen, zu denen — wie in der Besondere gesagt wird — die tote Saison am geeignetsten ist. Da wir in dieser Zeit von den billigen Löhnen für Handarbeit Gebrauch machen können. Dieser Passus — meinte der Referent — lasse darauf schließen, daß bei der genannten Firma nicht nur Reparaturen, sondern auch neue Sachen in der stillen Zeit zu billigen, das heißt nicht tarifmäßigen Löhnen angefertigt werden. Eine von der Organisation der Schneider an die Firma gerichtete Anfrage wegen Anerkennung des Tarifs sei nicht beantwortet worden. In das Warenhaus Tieg, dessen nahe bevorstehende Eröffnung angekündigt worden ist, habe sich die Organisation gleichfalls gewandt und die Firma auf das Bestehen von Tarifen sowie auf die abenteuerlichen

Folgen der Nichtbeachtung derselben aufmerksam gemacht. Eine Antwort sei auch in diesem Fall nicht erfolgt. — Die Versammlung nahm eine Resolution folgenden Inhalts an: In Anlehnung an die am 20. Juni gefasste Resolution erkläre die am 19. September versammelte Schneider Berlin: Da die Unternehmer fortwährend an den Abmachungen zu rütteln versuchen, hat die Agitation unter den Kollegen in erhöhtem Maße einzusetzen. Die Versammlung erwartet, daß besonders in den Geschäften, wo der 3. Tarif gilt, Zusammenkünfte der Kollegen veranstaltet werden. Differenzen, welche in dieser Hinsicht noch vorkommen sollten, werden der Leitung der Organisation zur Berücksichtigung überwiesen, und hat dieselbe nach Lage der Umstände zu entscheiden. Die Versammlung verurteilt auf das entschiedenste das Gebahren der neu entstandenen Warenhäuser, welche zwar die Forderungen der Arbeiter ignorieren, nicht aber die Arbeiterpresse, bei deren Lesern sie vorzugsweise die Handelsartikel absetzen versuchen. Der Vertrauensmann wird deshalb beauftragt, hiergegen bei den maßgebenden Instanzen die nötigen Schritte einzuleiten.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. 24. Hamburg. Filiale Berlin 6). Sonnabend, den 22. d. M., abends 9 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Dietz, Köpenickerstr. 123. Tagesordnung: Rapport und Beschlüsse.

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen, gegr. 1892. Heute abend 9 Uhr in den Kommodorenhallen, Kommodorenhallenstr. 30: Geschäftliche Sitzung. Aufnahme neuer Mitglieder.

In der humanitären Gemeinde, Mohrenstr. 47, im oberen Saal des Brandenburger Hauses, hält am Sonntag, vormittags 10 1/2 Uhr, Herr Dr. Rud. Wenzel den zweiten Vortrag seines Vortragszyklus: „Der Weg zum Glück. Das richtige Wissen des Glücks.“ — Gäste, Damen und Herren, haben freien Zutritt.

Central-Kranken- und Sterbefälle der Tischler. Die Ortsvereinigungen Berlin und Umgebung versammeln sich am Freitagabend punkt 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus Saal 3.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Rahl. Lungenheilstätten sind errichtet vom Volkshelms-Bereim vom Roten Kreuz (Schriftführer Herr Stadtkor Dr. Baumwig, Charlottenburg, Ansehstr. 29), vom Berlin-Brandenburger Heilstätten-Bereim (Schriftführer Geheimrat Prof. Dr. F. Hühnel, W. Bismarckstr. 4) sowie von der Stadt Berlin (Stadtrat Marggraf, Neue Friedrichstr. 9/10, Postfach der hiesigen Heilstätten). Wenden Sie sich zunächst an den Krankenkassen-Vorstand.

Genosse Pörn. Besten Dank für Ihre Mitteilungen.

O. D. 27. Wenn Sie ohne Ofen gemietet haben: Reim. M. 2. Die Benutzung muß innerhalb einer Woche nach Verkündung des Urteils eingeleitet sein. S. 3. 40. Wenn Ihre Frau ihr Vermögen in die Erbenschaft einwirft, erhält sie die Hälfte des so gebildeten Gesamtvermögens. Groß-Vogelersfeld. 1. Reim, die Kinder können nicht widerprechen. 2. Die Auszahlung des Muttererbes kann verlangt werden. 3. Die Höhe des Muttererbes hängt von der Zahl der Erben ab. H. G. G. Bede können es thun. M. 2. Großherrenstraße. Reim. — Genosse Galenke. 1. Sie können Klagen. 2. Amtsgericht II Berlin. 3. Ja. 4. Ja. — H. R. 1900. Ja, Sie müssen ihn noch zur Schule schicken. — M. 2. 05. Auf dem Klagewege können Sie nicht erreichen. Werden Sie noch einmal verhörlieh vorgeht. Warum Sie übrigens beim Klage nach außerhalb eine bezg. Klage bringen, ist unklar. — O. D. 19. Ja, Sie sind wahlberechtigt. — M. 2. Treddin. Sie müssen zunächst abnehmen. Wenn die Sachen dann mangelhaft eingeliefert werden, können Sie sie der Verkäuferin zur Verfügung stellen und vom Vertrag zurücktreten. Unerhebliche Mängel können allerdings nicht in Betracht. — R. D. 100. 1 Die Höhe ist unbegrenzt. 2. Ja, es kann auch in diesem Fall Schmerzensgeld verlangt werden. — H. 5. 1000. Sie können es selbst verkaufen, können es aber auch dem hiesigen Amtsgericht I zur Verpfändung übergeben. Die Höhe der Raten können wir nur nach Mitteilung des Objekts angeben. Nach dem Tausend richtet sie sich nicht. — Müdel. Die Kosten des von Ihnen angenommenen Anwalts müssen Sie zahlen, die des gegnerischen Anwalts brauchen Sie nicht zu erheben.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 21. Sept. Opernhaus. Urdine. Anfang 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Johanna Nacht. J. Louve von Bei Buchholzens. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Opern-Theater (Stoll). Die Niederlaus. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Die Weber. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Die sieben Kinder. Anfang 7 1/2 Uhr. Lesing. La Gioconda. Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz. Die Dame von Maxim. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Revanche. Der weiße Storch. Anfang 7 1/2 Uhr. Westen. Die weiße Dame. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Die Orientreise. Anfang 8 Uhr. Secessionsbühne. An des Reiches Pforten. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Der griechische Sklave. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Der Liebes Schlüssel. Anfang 7 1/2 Uhr. Kuffen. Othello, der Mohr von Venedig. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelmsstädtisches. Der Zungenring. Anfang 7 1/2 Uhr. Carl Weiss. Müller und Schulze auf der Pariser Weltausstellung. Anfang 8 Uhr. Welke-Alliance. Ein toller Einfall. Anfang 7 1/2 Uhr. Metropol. Spezialitäten-Vorstellung. Der Mandarin von Tsing-ling-ting. Anfang 7 1/2 Uhr. Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Senad auf Erden. Anfang 8 Uhr. Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Puffschützchen. Anf. 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 8-10 Uhr: Sternwarte. Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr (im Theateraal): Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Die Orientreise. Schwan in 3 Akten von Oskar Blumenthal und Gustav Rabelburg. Sonnabend, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: Die goldne Eva. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Faust. 1 Teil, erster Abend. Sonntag, abends 8 Uhr: Die goldne Eva.

Central-Theater.

Heute u. täglich Anf. 7 1/2 Uhr: Der griechische Sklave. (A Greek Slave). Aufspaltung: Operette in 3 Akten von Sidney Jones. Morgen und folgende Tage: Der griechische Sklave. Sonntag nachmittags 3 Uhr zu halben Preisen: Der Bettelstudent von U. Winkler.

Apollo-Theater.

Um 9 1/2 Uhr: Venus auf Erden. Luise Medlon. Spink und Spink. Adele Moraw. Mr. Vandy. Fanny Norton. Erna Bertholdi. Robert Steidl. Three Amaranth. The three Avolos. Der Kosmograph etc. etc. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Venus auf Erden.

Luise Medlon. Spink und Spink. Adele Moraw. Mr. Vandy. Fanny Norton. Erna Bertholdi. Robert Steidl. Three Amaranth. The three Avolos. Der Kosmograph etc. etc. Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

URANIA \* \* \* Taubenstr. 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: Eine Wanderung durch die Pariser Weltausstellung.

Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

CASTANS PANOPTICUM Friedrichstr. 105. Neu! Die schöne Neu! Schlangener Cleopatra Bändigerin. Pythow- und Aesculap-Schlangen!! Sensationell in Berlin in solcher Vollendung noch nie gesehene Reptiliendressur! Die russische Konzertkapelle. Der deutsche Seesoldat und die Boxer. Feldmarschall Graf Walderszen etc.

Passage-Panopticum. Nur noch kurze Zeit! Marokkaner (11 Mädchen, 3 Männer, 3 Kinder). Vorstellung stündlich. Von 7 bis 10 1/2 Uhr: Théâtre varié.

Thalia-Theater Dresdenstrasse 72/73. Heute und folgende Tage: Der Liebes Schlüssel. Anfang präzis 7 1/2 Uhr.

Palast-Theater

früher Feen-Palast, Burgstr. 22. Direction: Winkler u. Feibel. Das Rosen-September-Programm! Neu! Puffschützchen! Neu! Große Puffe mit Gesang v. G. Braune. Puff, Rempnerstr. Die G. Winkler. Nini Bülow, Chansonnetten. Diva Garry-Truppe, Grand-Grottesque-Bantomiminen. Mollu Verch, Centric-Chansonnette. The Bernards, Arien-Virtuosi. Mr. Bobbi mit seiner großartigen Soubrette. Außerdem nur erstklassige Künstler und Spezialitäten. Anfang 7 Uhr. Kasseneröffnung 6 Uhr. Entrée 50 Pf. Num. Pl. 1 Mk.

Metropol-Theater.

Täglich um 9 Uhr. Der größte Opernserfolg d. Saison: Edouard Steinberger als Gasp. Der Mandarin von Tsing-ling-ting, sowie das vollständig neue September-Spezialitäten-Programm. Bianca & Desroche. Charmeroy Rudinoff. Anf. 7 1/2 Uhr. Kasseneröffnung 6 Uhr.

Gossmanns Konzertgart.

Kreuzbergstr. 49 an d. Ringbahn. Jeden Sonntag: Garten-Freikonz. und Gr. Ball. Jenes Sonntag u. Freitag: Norddeutsche Sänger. Anfang 8 Uhr. Nachher: Konz. z. d. Bes. anm. u. Bes. z. d. Bes. anm.

Carl Weiss-Theater Gr. Frankfurterstr. 132. Novität. Rosen-Erfolg. Müller und Schulze auf der Pariser Weltausstellung. Aufspaltung: Operette in fünf Akten von Carl Weis u. J. Dill. Musik von H. Winkler. Anfang 8 Uhr. Morgen und folgende Tage: Derselbe Vorstellungs.

Victoria-Brauerei. Lützowstr. 111/112. Im Garten oder Saal. Täglich: Norddeutsche Sänger (Führmann, Dorst, Walder.) Anfang: Sonntag 7, Montag 8 Uhr. Entrée 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf. Familien-Billetts 3 Stück 1 Mk. Sonder nur in der Woche gültig. Sonntag und Donnerstag: Tanzkränzchen.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel Karlstrasse. Nur erste Klasse. Direction: Spezialitäten. J. M. Rutt. Jeden Sonntag nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Cohns Festsäle, Beuthstrasse 19/20. Empfehlung meine Säle zu Versammlungen. Einige Sonntags und Sonntage noch frei für Hochzeiten. (48902)

Treptow. Restaurant Karpfenteich. an der Köpenicker Landstraße. Jeden Sonntag: Frei-Konzert. Im Saale Tanz. (L 1000)

Echte Kornbranntweine aus reinem Roggen und Malz gebrannt. Wetzlarer Alter 65 Pf., Richtenberger 95 Pf., Münchländer 110 Pf., Preßlauer 125 Pf., Sternbägers, Dornkaat, Kanavit etc., in Originalflaschen. Cognac in großer Auswahl. Pl. 1,10-25,00 Mk. Hinderekraft eigener Bereitung. Pr. 1.- Mk. Feinste in- und ausländische Plaqueur, Ungarweine etc. empfiehlt. Alexanderstr. 62, Potsdamerstr. 48 (Eingang Rur- fürstenstr.) u. Zöllnerstr. 135. Fernr. VII A 7180

F. Willumell, Alexanderstr. 62, Potsdamerstr. 48 (Eingang Rur- fürstenstr.) u. Zöllnerstr. 135. Fernr. VII A 7180 für Güte anzugeben, man erhält auch in billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt. (53942) Knabenstrikts 1-3 Mk. Herrenstrikts, weiß 1,75-5,25 - hell 2,00-6,25 - Cylinderhüte 4,00-12,00 - Chapeaux claque 8,00-10,00 im Einzelverkauf bei Arnold & Eggert Hof-Engros-Geschäft Waldemarstr. 44, part., Kein Laden.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“ I. Invalidenstr. 180, an der Brunnenstr. II. Gr. Frankfurterstr. 135, Ecke Andauerstr. III. Oranienstr. 31, Ecke Adalbertstr. IV. Chausseestr. 3, Ecke Schlegelstr. Holz od. Eisen, mit Matratze und einem completem Stand neuer Federbetten 22, 23, 33-80,00, Stand v. 10-100,00 25, 30, 35-150,00. Betten mit Matratze, Oberbett, Unterbett und 2 Kissen. 0,45-7,00 p. Pfd. Neu von 6,50-21,00. Theilzahlung gestattet. Bei größeren Raten Casopreise. Lieferant des Post-Spar- und Versicherungs-Vereins.

Unsinn ist Viel Geld

Schulze und Schulze auf der Pariser Weltausstellung. Aufspaltung: Operette in fünf Akten von Carl Weis u. J. Dill. Musik von H. Winkler. Anfang 8 Uhr.

W. Noacks Theater. Schumannstr. 16. Heute, Freitag, den 21. September: Drei Tage aus dem Leben eines Spielers. Schauspiel in 3 Akten, von Th. Hell. Sonnabend wegen Privatfehlheit keine Vorstellung.

Sanssouci Kottbusserstrasse. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Nord-Sänger. Fausta Nachlass. Anfang Sonntag 7 Uhr. Entrée 50 Pf. Anfang Wochentags 8 Uhr. Entrée 30 Pf. Nach jeder Vorstellung: Tanzkränzchen. Montag und Donnerstag: Tanz jezt. Alle anderen Tage sind die Säle für Hochzeiten, Hochzeiten u. Familienlungen, ebenso für Verwandtschaften und Matinen (Hoffmanns Nord-Sänger) bestens empfohlen.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel Karlstrasse. Nur erste Klasse. Direction: Spezialitäten. J. M. Rutt. Jeden Sonntag nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

W. Noacks Theater. Schumannstr. 16. Heute, Freitag, den 21. September: Drei Tage aus dem Leben eines Spielers. Schauspiel in 3 Akten, von Th. Hell. Sonnabend wegen Privatfehlheit keine Vorstellung.

Sanssouci Kottbusserstrasse. Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: Hoffmanns Nord-Sänger. Fausta Nachlass. Anfang Sonntag 7 Uhr. Entrée 50 Pf. Anfang Wochentags 8 Uhr. Entrée 30 Pf. Nach jeder Vorstellung: Tanzkränzchen. Montag und Donnerstag: Tanz jezt. Alle anderen Tage sind die Säle für Hochzeiten, Hochzeiten u. Familienlungen, ebenso für Verwandtschaften und Matinen (Hoffmanns Nord-Sänger) bestens empfohlen.

Secessions-Bühne. Alexanderstr. 40. Heute, Freitag, zum zweitenmal: An des Reiches Pforten. Cirkus Busch. Heute, Freitag, den 21. Sept., abends 7 1/2 Uhr: Humoristischer Gala-Abend. Großer Erfolg. Berliner Landpartien. Mit über 100 Telle Brende zu Wasser und zu Lande in 2 Akten. Europäische Kapellisten u. vorzügliches Programm.

Cirkus Alb. Schumann. II. Saison. Sonnabend, den 22. September cr., abends präzis 7 1/2 Uhr: Eröffnungsvorstellung mit vollständigem Programm für Berlin. Zum Schluss zum erstenmal: CHINA. Bilder aus der Gegenwart in 3 Akten von August Stern. In Szene gesetzt und mit neuen Ballett-effekten versehen vom Director Alb. Schumann. Musik von August Stern und Alois Braunert. 1. Abteilung: Die Unjeren in Niantjion. 2. Abteilung: Der Aufstand d. Borer-Arieg. 3. Abteilung: Die Verbündeten vor Taku-Peking. Preise der Plätze, sowie alles übrige wie bekannt. Billet-Vorverkauf im Invalidenpark und an der Circuskasse von 10 Uhr morgens ab. Sonntag, den 23. d. M., abends 7 1/2 Uhr: Zweite große Vorstellung und zum zweitenmal: China.

China. Bilder aus der Gegenwart in 3 Akten von August Stern. In Szene gesetzt und mit neuen Ballett-effekten versehen vom Director Alb. Schumann. Musik von August Stern und Alois Braunert. 1. Abteilung: Die Unjeren in Niantjion. 2. Abteilung: Der Aufstand d. Borer-Arieg. 3. Abteilung: Die Verbündeten vor Taku-Peking. Preise der Plätze, sowie alles übrige wie bekannt. Billet-Vorverkauf im Invalidenpark und an der Circuskasse von 10 Uhr morgens ab. Sonntag, den 23. d. M., abends 7 1/2 Uhr: Zweite große Vorstellung und zum zweitenmal: China.

Deutsche Konzerthallen Spandauer Brücke. Täglich 4 ausländische Kapellen 4 Gr. Theater-Vorstellung.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Entrée 50 Pfennig. Vorverkauf 40 Pf.

Riesen-Stofflager Krausenstr. 14 I. Etage, fertigt nach Maass unter garantiertem Sitz: Hochfeine Winterpaletots für 36 Mk. Hochfeine Anzüge für 30 Mk. Hochfeine Bekleider für 10-12 Mk.

Zahn-Klinik Vr. Teilsigla. Frau Olga Jacobson, Dent. 843\*) Invalidenstr. 145.

Jeder Arbeiter Jeder Handwerker sollte zur Arbeit die Lederhose Herkules tragen. Wein-Berlauf. Jede beste Ware in profichem gewaschen u. gebrannt. Heizen u. vom aus einem Tisch gearbeitet. Kleiderstoffe u. Kappnähte. Hebe Leder, Pilot-Taschen, die Dose (bei Entnahme von) 4 Mk. 50. Gut indigoblaues Jackett für Maschinen, Reiterei etc. 1 Mk. 80. Gut indigoblaue Hose bis 1 Mk. 50. Weisses Manchestere Hofe 8 - 5,50, 3,50. Weißer, Rander, Jackett 13 - 9. - Kerse-Rittel, gebildet, Hestel 2 Mk. Rander-Rittel in Leinwand 2,20. 2 Mk. 40. Weißes Leder-Jackett, ge- faltet, zweifach. 7 Mk. 50. Weiße Leder-Hose, Prima Ware. 3 Mk. 25.

Baer Sohn. Ein gros. Export. Es detail. Chaussestr. 21a. Brüsterstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20. Die 15 te Vertriebsstelle 1900 aber gefamte Herren und Frauen-Bekleidung (Auf- lage 1 Million) wird fortwährend und portofrei angeliefert. Bestand von 20 Pl. an franco. — Bei Bestellung genügt Angabe der Druck u. Bandweite u. Schrittlänge. Obige Preise gelten für normale Größen. 50292

Filzhüte für Herren. neueste Form, 1,50 und 2,00, hochfeine Qualität 2,50 und 3,00, extra feine 3,50-4,50 im Hut-Engros-Lager, Franziskanerstrasse 20, 3 Tr. Cylinderhüte, Chapeaux claque und Knabenhüte in großer Auswahl. Bei Erhalt der Ballon habe ich mich entschlossen, den gefamten Bestand meiner erst- classigen Mars-Fahrräder weit unter dem Marktpreise zu verkaufen. Jede Maschine wird mit frischen Pneumatik besogen. 54352

Ehe-waren. Eisen, Gold-waren. Eisen, Gold-waren. Eisen, Gold-waren.



# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

## Sitzung der Orts-Verwaltung.

Am Sonnabend, den 23. September, wird die Zahlstelle Nordberlin- und Südberlin-Gebiet (Königs) nach der Vintzschir. 3 bei Romanowstr. verlegt. Zur Beachtung: Morgen Sonnabend fassen die Beitragsämter des Sitzungsgebietes wegen von 6 1/2 bis 8 Uhr abends auf den Zahlstellen.

## Modell- und Fabrik-Zischler!

Montag, den 24. September, abends 8 Uhr:

### Große öffentliche Versammlung

im Weddingpark, Müllerstraße 178.

Tagesordnung: 1. Kassenkämpfe in kulturgeschichtlicher Beleuchtung. Referent: Karl Klingner. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 107/7 Die Ortsverwaltung.

## Achtung! Drechsler. Achtung!

Sonntag, den 23. September, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Siebert (Andreas-Festsäle), Andreasstr. 21: Allgemeine

### Centrum-Vertrauensmänner-Versammlung der Drechsler.

Tagesordnung: Unsere Lohnbewegung. — Die Vertrauensmänner sämtlicher Bezirke aller Bezirke haben pünktlich zu erscheinen. Vertrauensmänner und Vertrauensmännerlegitimiert. — Die Drechsler-Vertrauensmänner aus den Zischlerbezirken sind besonders eingeladen. Die Kommission.

## Achtung! Drechsler. Achtung!

Sonntag, den 23. September, mittags 11 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Siebert (Andreas-Festsäle), Andreasstr. 21:

### Große öffentliche Drechsler-Versammlung

für Berlin und Umgegend.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Bundsdrechsler-Streit. 2. Unser weiteres Vorgehen. 3. Diskussion und Beschlussfassung. Pünktliches Erscheinen sämtlicher Kollegen erwünscht. 107/8 Der Einberufer.

## Achtung!

Heute Freitag finden die Gewerkschaftswahlen von 12 Uhr mittags bis 9 Uhr abends statt. Wir ermahnen die wahlberechtigten Kollegen, von dem ihnen zustehenden Recht Gebrauch zu machen.

## Maler und Berufsgenossen!

Sonntag, den 23. September, mittags 12 Uhr, bei Keller, Koppau-Straße 29:

### Große öffentliche Versammlung

der Maler und verw. Berufsgen. Berlins u. Umgegend. Tages-Ordnung: Unser neuer Lohnvertrag und wie gebeten wir denselben am besten durchzuführen? 125/8 Der Gehilfen-Ausschuss sowie der Vertrauensmann sind herzlich eingeladen. F. A. F. Klein.

## Vergnügnungs-Verein „Formerbund“

Sonnabend, den 22. September, in Kellers Festsälen (Inhaber Melchert), Bergstraße 68:

### \* \* 29. Stiftungsfest. \* \*

Anfang 8 Uhr. Herren 50 Pf. Damen 30 Pf. (277/3)

### Zähne 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teils. wöchentlich 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

# Achtung! Bauarbeiter. Achtung!

Sonntag, den 23. September 1900, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

## Große Versammlung aller zum Streikgebiet

Berlin u. Umgegend gehörigen Verbandszahlstellen.

Tagesordnung: 1. Die Erklärung unserer Organisation und wie bringen wir dieselben zur Durchführung. Referent: Kollege G. Behrendt. 2. Beschlussfassung über das Zutreten des am 9. September angenommenen Antrags. 3. Verschiedenes. 20/12

Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt!

F. A. O. Bötcher.

## Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Die Sitzung der Ortsverwaltung mit den Bezirksleitungen und Agitations-Kommissionen findet heute nicht statt. 118/4

Sonnabend, den 22. September, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Fischer, Senfstraße 9:

### Konferenz der Vertrauenspersonen für Moabit.

Sonnabend, den 22. September, abends 9 Uhr:

### Versammlung für Weizensee

im Prälaten, Königs-Chaussee, Ecke Lederstraße. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Wiesenthal über: Konsumgenossenschaften. 2. Diskussion. 3. Verbandangelegenheiten.

Montag, 24. September, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

### Versammlung aller in Accumulatoren-Fabriken

beschäftigten Arbeiter. Tagesordnung: 1. Wie verbessern wir die Zustände in den Accumulatoren-Fabriken? Referent: Adolf Cohen. 2. Diskussion. 3. Verbandangelegenheiten.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen in obigen Versammlungen ersucht Die Ortsverwaltung.

## Metallarbeiter!

Heute Freitag, den 21. September, von mittags 12 Uhr bis abends 9 Uhr, finden die Gewerkschaftswahlen statt. Wir machen es hiermit, indem wir auf die Befehlsanordnungen der Gewerkschaftskommission verweisen, jedem wahlberechtigten Kollegen zur Pflicht, von dem ihm zustehenden Recht Gebrauch zu machen. Die Ortsverwaltung.

## Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter

und Berufsgenossen Berlins und Umgegend. Montag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Graumann, Rannstraße Nr. 27:

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Weyl über: Das Reichs-Bezahlungsgesetz und die Mißstände in Krankenhäusern. 2. Diskussion. 3. Vereins-Angelegenheiten. 142/13

Um recht zahlreiches Besuch ersucht Der Vorstand.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß in Zukunft die Versammlungstermine Sonntags bekannt gemacht werden. Bitte dieses zu beachten.

### Decorateur für ein feineres Möbelmagazin in Breslau.

Decorateur, der gleichzeitig perletter Verkäufer sein muß, wird für ein feineres Möbelmagazin in Breslau zum sofortigen Eintritt gesucht. Persönliche Vorstellung Donnerstag, den 20. und Freitag, den 21. d. Mts., im Hotel Monopol, Berlin, Zimmer 111, zwischen 12 und 2 Uhr mittags. (36/10

## Dankfagung.

Für die liebevolle Teilnahme und reiche Kranzspende bei der Beerdigung meiner lieben Frau (54828

### Karoline Wieser

sage allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Verein Strindnabel meinen herzlichsten Dank.

Hermann Wieser.

Sage hiermit allen Freunden und Kollegen, insbesondere dem Gesangsverein „Verechtigter“, sowie dem Deutschen Holzarbeiter-Verband für die Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes meinen herzlichsten Dank. 346

### Eleonore Göritz.

### Dem Kollegen Gmund

ein donnerndes Hoch zum Geburtstag. 356 B.

### Arbeiter-Radfahrer-Verein

### „Berlin“.

Sonntag, 23. d. M. früh 5 Uhr, Grenzauer-Tour nach Angermünde (77 Kilometer). Mittags 1 Uhr: Start dabei! nach Bernau (26 Kil.). Damen und Herren willkommen.

### Sirischleiß 30, 40, 50.

Oberbrück. Gänge 55 u. 60, auch Gänselein, Lebern und Vieren. Enten, Gänse, Tauben.

### A. Ritschl, Dresdenerstr. 61.

### Die weitbekannteste

### Bettfedern-Fabrik

Ordnung, Berlin, Prinzenstraße 46, versendet gegen Nachnahme garant. neue Bettfedern d. 9/10, 11/12, 12/13, 13/14, 14/15, 15/16, 16/17, 17/18, 18/19, 19/20, 20/21, 21/22, 22/23, 23/24, 24/25, 25/26, 26/27, 27/28, 28/29, 29/30, 30/31, 31/32, 32/33, 33/34, 34/35, 35/36, 36/37, 37/38, 38/39, 39/40, 40/41, 41/42, 42/43, 43/44, 44/45, 45/46, 46/47, 47/48, 48/49, 49/50, 50/51, 51/52, 52/53, 53/54, 54/55, 55/56, 56/57, 57/58, 58/59, 59/60, 60/61, 61/62, 62/63, 63/64, 64/65, 65/66, 66/67, 67/68, 68/69, 69/70, 70/71, 71/72, 72/73, 73/74, 74/75, 75/76, 76/77, 77/78, 78/79, 79/80, 80/81, 81/82, 82/83, 83/84, 84/85, 85/86, 86/87, 87/88, 88/89, 89/90, 90/91, 91/92, 92/93, 93/94, 94/95, 95/96, 96/97, 97/98, 98/99, 99/100, 100/101, 101/102, 102/103, 103/104, 104/105, 105/106, 106/107, 107/108, 108/109, 109/110, 110/111, 111/112, 112/113, 113/114, 114/115, 115/116, 116/117, 117/118, 118/119, 119/120, 120/121, 121/122, 122/123, 123/124, 124/125, 125/126, 126/127, 127/128, 128/129, 129/130, 130/131, 131/132, 132/133, 133/134, 134/135, 135/136, 136/137, 137/138, 138/139, 139/140, 140/141, 141/142, 142/143, 143/144, 144/145, 145/146, 146/147, 147/148, 148/149, 149/150, 150/151, 151/152, 152/153, 153/154, 154/155, 155/156, 156/157, 157/158, 158/159, 159/160, 160/161, 161/162, 162/163, 163/164, 164/165, 165/166, 166/167, 167/168, 168/169, 169/170, 170/171, 171/172, 172/173, 173/174, 174/175, 175/176, 176/177, 177/178, 178/179, 179/180, 180/181, 181/182, 182/183, 183/184, 184/185, 185/186, 186/187, 187/188, 188/189, 189/190, 190/191, 191/192, 192/193, 193/194, 194/195, 195/196, 196/197, 197/198, 198/199, 199/200, 200/201, 201/202, 202/203, 203/204, 204/205, 205/206, 206/207, 207/208, 208/209, 209/210, 210/211, 211/212, 212/213, 213/214, 214/215, 215/216, 216/217, 217/218, 218/219, 219/220, 220/221, 221/222, 222/223, 223/224, 224/225, 225/226, 226/227, 227/228, 228/229, 229/230, 230/231, 231/232, 232/233, 233/234, 234/235, 235/236, 236/237, 237/238, 238/239, 239/240, 240/241, 241/242, 242/243, 243/244, 244/245, 245/246, 246/247, 247/248, 248/249, 249/250, 250/251, 251/252, 252/253, 253/254, 254/255, 255/256, 256/257, 257/258, 258/259, 259/260, 260/261, 261/262, 262/263, 263/264, 264/265, 265/266, 266/267, 267/268, 268/269, 269/270, 270/271, 271/272, 272/273, 273/274, 274/275, 275/276, 276/277, 277/278, 278/279, 279/280, 280/281, 281/282, 282/283, 283/284, 284/285, 285/286, 286/287, 287/288, 288/289, 289/290, 290/291, 291/292, 292/293, 293/294, 294/295, 295/296, 296/297, 297/298, 298/299, 299/300, 300/301, 301/302, 302/303, 303/304, 304/305, 305/306, 306/307, 307/308, 308/309, 309/310, 310/311, 311/312, 312/313, 313/314, 314/315, 315/316, 316/317, 317/318, 318/319, 319/320, 320/321, 321/322, 322/323, 323/324, 324/325, 325/326, 326/327, 327/328, 328/329, 329/330, 330/331, 331/332, 332/333, 333/334, 334/335, 335/336, 336/337, 337/338, 338/339, 339/340, 340/341, 341/342, 342/343, 343/344, 344/345, 345/346, 346/347, 347/348, 348/349, 349/350, 350/351, 351/352, 352/353, 353/354, 354/355, 355/356, 356/357, 357/358, 358/359, 359/360, 360/361, 361/362, 362/363, 363/364, 364/365, 365/366, 366/367, 367/368, 368/369, 369/370, 370/371, 371/372, 372/373, 373/374, 374/375, 375/376, 376/377, 377/378, 378/379, 379/380, 380/381, 381/382, 382/383, 383/384, 384/385, 385/386, 386/387, 387/388, 388/389, 389/390, 390/391, 391/392, 392/393, 393/394, 394/395, 395/396, 396/397, 397/398, 398/399, 399/400, 400/401, 401/402, 402/403, 403/404, 404/405, 405/406, 406/407, 407/408, 408/409, 409/410, 410/411, 411/412, 412/413, 413/414, 414/415, 415/416, 416/417, 417/418, 418/419, 419/420, 420/421, 421/422, 422/423, 423/424, 424/425, 425/426, 426/427, 427/428, 428/429, 429/430, 430/431, 431/432, 432/433, 433/434, 434/435, 435/436, 436/437, 437/438, 438/439, 439/440, 440/441, 441/442, 442/443, 443/444, 444/445, 445/446, 446/447, 447/448, 448/449, 449/450, 450/451, 451/452, 452/453, 453/454, 454/455, 455/456, 456/457, 457/458, 458/459, 459/460, 460/461, 461/462, 462/463, 463/464, 464/465, 465/466, 466/467, 467/468, 468/469, 469/470, 470/471, 471/472, 472/473, 473/474, 474/475, 475/476, 476/477, 477/478, 478/479, 479/480, 480/481, 481/482, 482/483, 483/484, 484/485, 485/486, 486/487, 487/488, 488/489, 489/490, 490/491, 491/492, 492/493, 493/494, 494/495, 495/496, 496/497, 497/498, 498/499, 499/500, 500/501, 501/502, 502/503, 503/504, 504/505, 505/506, 506/507, 507/508, 508/509, 509/510, 510/511, 511/512, 512/513, 513/514, 514/515, 515/516, 516/517, 517/518, 518/519, 519/520, 520/521, 521/522, 522/523, 523/524, 524/525, 525/526, 526/527, 527/528, 528/529, 529/530, 530/531, 531/532, 532/533, 533/534, 534/535, 535/536, 536/537, 537/538, 538/539, 539/540, 540/541, 541/542, 542/543, 543/544, 544/545, 545/546, 546/547, 547/548, 548/549, 549/550, 550/551, 551/552, 552/553, 553/554, 554/555, 555/556, 556/557, 557/558, 558/559, 559/560, 560/561, 561/562, 562/563, 563/564, 564/565, 565/566, 566/567, 567/568, 568/569, 569/570, 570/571, 571/572, 572/573, 573/574, 574/575, 575/576, 576/577, 577/578, 578/579, 579/580, 580/581, 581/582, 582/583, 583/584, 584/585, 585/586, 586/587, 587/588, 588/589, 589/590, 590/591, 591/592, 592/593, 593/594, 594/595, 595/596, 596/597, 597/598, 598/599, 599/600, 600/601, 601/602, 602/603, 603/604, 604/605, 605/606, 606/607, 607/608, 608/609, 609/610, 610/611, 611/612, 612/613, 613/614, 614/615, 615/616, 616/617, 617/618, 618/619, 619/620, 620/621, 621/622, 622/623, 623/624, 624/625, 625/626, 626/627, 627/628, 628/629, 629/630, 630/631, 631/632, 632/633, 633/634, 634/635, 635/636, 636/637, 637/638, 638/639, 639/640, 640/641, 641/642, 642/643, 643/644, 644/645, 645/646, 646/647, 647/648, 648/649, 649/650, 650/651, 651/652, 652/653, 653/654, 654/655, 655/656, 656/657, 657/658, 658/659, 659/660, 660/661, 661/662, 662/663, 663/664, 664/665, 665/666, 666/667, 667/668, 668/669, 669/670, 670/671, 671/672, 672/673, 673/674, 674/675, 675/676, 676/677, 677/678, 678/679, 679/680, 680/681, 681/682, 682/683, 683/684, 684/685, 685/686, 686/687, 687/688, 688/689, 689/690, 690/691, 691/692, 692/693, 693/694, 694/695, 695/696, 696/697, 697/698, 698/699, 699/700, 700/701, 701/702, 702/703, 703/704, 704/705, 705/706, 706/707, 707/708, 708/709, 709/710, 710/711, 711/712, 712/713, 713/714, 714/715, 715/716, 716/717, 717/718, 718/719, 719/720, 720/721, 721/722, 722/723, 723/724, 724/725, 725/726, 726/727, 727/728, 728/729, 729/730, 730/731, 731/732, 732/733, 733/734, 734/735, 735/736, 736/737, 737/738, 738/739, 739/740, 740/741, 741/742, 742/743, 743/744, 744/745, 745/746, 746/747, 747/748, 748/749, 749/750, 750/751, 751/752, 752/753, 753/754, 754/755, 755/756, 756/757, 757/758, 758/759, 759/760, 760/761, 761/762, 762/763, 763/764, 764/765, 765/766, 766/767, 767/768, 768/769, 769/770, 770/771, 771/772, 772/773, 773/774, 774/775, 775/776, 776/777, 777/778, 778/779, 779/780, 780/781, 781/782, 782/783, 783/784, 784/785, 785/786, 786/787, 787/788, 788/789, 789/790, 790/791, 791/792, 792/793, 793/794, 794/795, 795/796, 796/797, 797/798, 798/799, 799/800, 800/801, 801/802, 802/803, 803/804, 804/805, 805/806, 806/807, 807/808, 808/809, 809/810, 810/811, 811/812, 812/813, 813/814, 814/815, 815/816, 816/817, 817/818, 818/819, 819/820, 820/821, 821/822, 822/823, 823/824, 824/825, 825/826, 826/827, 827/828, 828/829, 829/830, 830/831, 831/832, 832/833, 833/834, 834/835, 835/836, 836/837, 837/838, 838/839, 839/840, 840/841, 841/842, 842/843, 843/844, 844/845, 845/846, 846/847, 847/848, 848/849, 849/850, 850/851, 851/852, 852/853, 853/854, 854/855, 855/856, 856/857, 857/858, 858/859, 859/860, 860/861, 861/862, 862/863, 863/864, 864/865, 865/866, 866/867, 867/868, 868/869, 869/870, 870/871, 871/872, 872/873, 873/874, 874/875, 875/876, 876/877, 877/878, 878/879, 879/880, 880/881, 881/882, 882/883, 883/884, 884/885, 885/886, 886/887, 887/888, 888/889, 889/890, 890/891, 891/892, 892/893, 893/894, 894/895, 895/896, 896/897, 897/898, 898/899, 899/900,